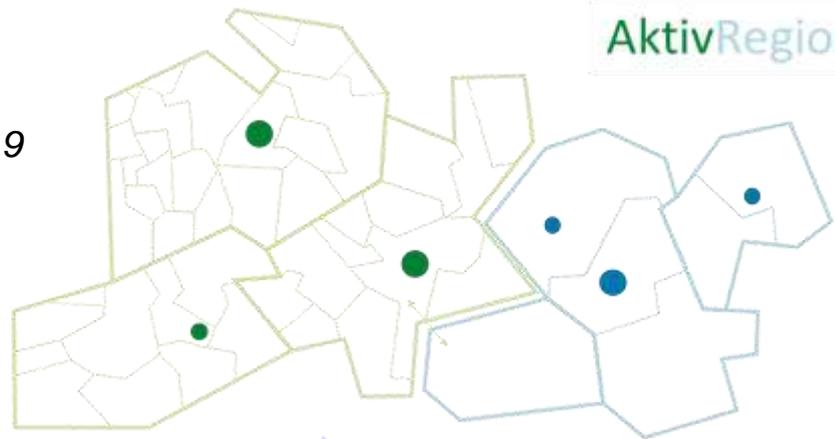


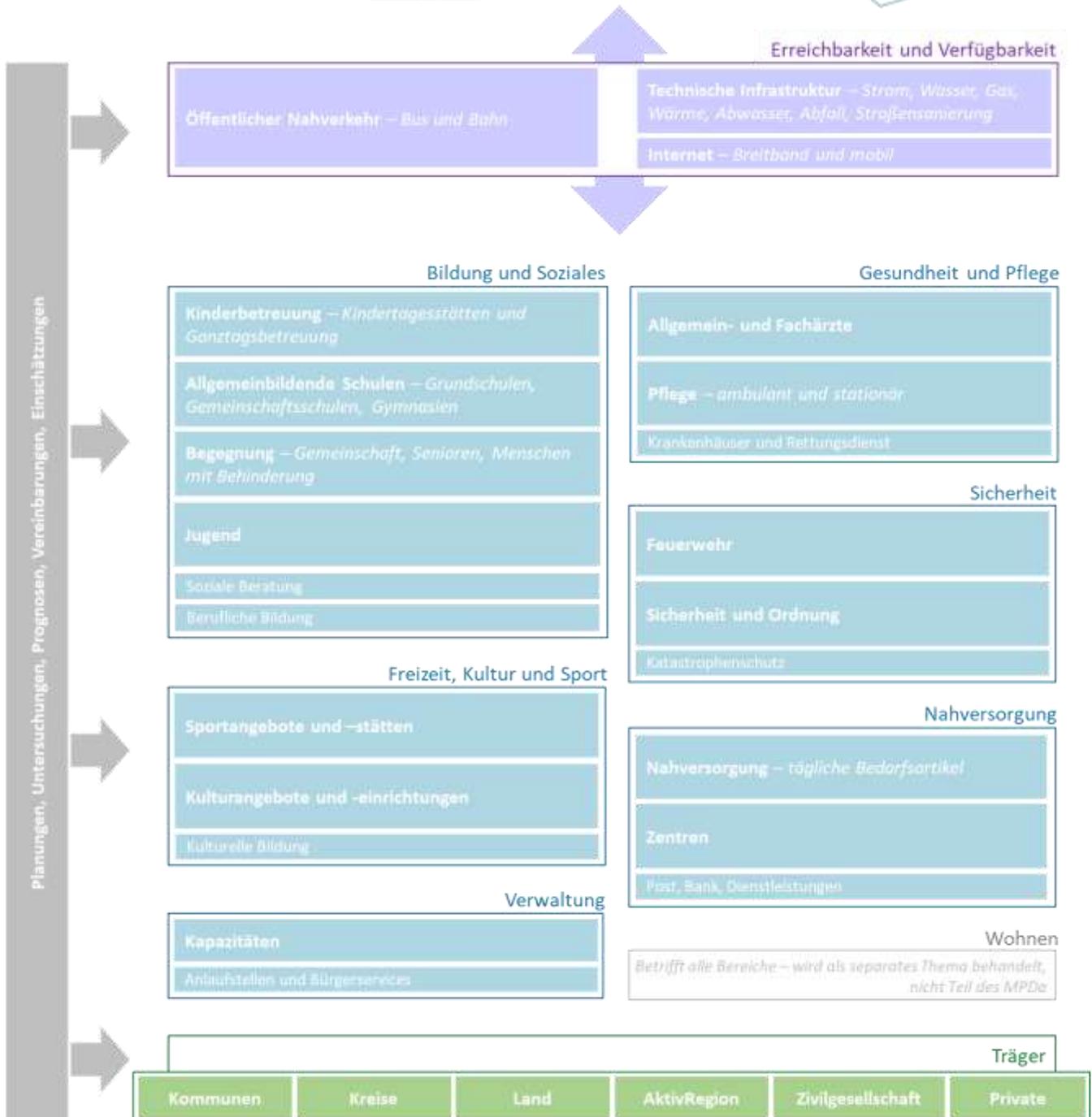
**MASTERPLAN
DASEINSVORSORGE**

Basismodul

finale Fassung 22.03.2019



AktivRegion



Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
1.1	Auftrag und Hintergrund	5
1.2	Prozess, Methodik und Beteiligte	8
2.	Bevölkerung: aktuell und perspektivisch	10
2.1	die AktivRegion: Zusammensetzung und räumliche Einbettung	10
2.2	Bevölkerungsstruktur aktuell	12
2.3	Altersstruktur und Altersgruppen aktuell	14
2.4	Wanderungen	15
2.5	Haushalts- und Wohnraumentwicklung	19
2.6	Wirtschaft, Fachkräfte, Ein- und Auspendler	21
2.7	Entwicklungsspektren der Demografie bis 2030	26
2.8	Zusammenfassung und Schlüsse	35
3.	bestehende Planungen: raumbezogene Planungen und Ziele im Bereich Daseinsvorsorge	37
3.1	Planungsebenen	37
3.2	Landesplanung	38
3.3	Regionalplanung	43
3.4	Kreisplanung und kreisübergreifende Planungen	44
3.5	kommunale und interkommunale Planungen	48
4.	Rahmenbedingungen der Versorgung	50
4.1	personelle und finanzielle Kapazitäten	50
4.2	daseinsvorsorgeübergreifende Trends	51
4.3	Versorgungsbezüge und das Zentralörtliche System	56
4.4	Erreichbarkeit und Mobilität	61
4.5	Internetzugang	68
5.	Versorgungssituation: sektorale Betrachtung	74
5.1	Bildung	79
5.2	Soziales (Beratung, Betreuung, Begegnung)	89
5.3	Kultur, Sport und Freizeit	96
5.4	Gesundheit	102
5.5	Sicherheit	110
5.6	Nahversorgung	115

5.7	Zentren	117
5.8	Verwaltung	119
<hr/>		
6.	Gesamtbild AktivRegion: Versorgungssituation, Handlungsbedarf, Zuständigkeiten	121
6.1	Versorgungssituation und Handlungsbedarf	121
6.2	aktuelle Schwerpunktthemen der Kommunen	132
6.3	Zuständigkeiten	133
<hr/>		
7.	Empfehlungen	134
7.1	mögliche Impuls-Projekte	136
7.2	Organisation und Rolle der AktivRegion	144
7.3	Vorschlag Modul II: vertiefte Untersuchungen und Best-Practice-Recherchen	144
<hr/>		
8.	Ausblick	146
8.1	Fördermöglichkeiten	147
8.2	Fortschreibungskonzept	147
<hr/>		
9.	1. <i>Aktivregion-Forum Lebensqualität und Daseinsvorsorge</i> – Ergebnisvorstellung	149

1. Einleitung

1.1 Auftrag und Hintergrund

Seit 2007 unterstützt und vernetzt die AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz Akteur/innen in ihren Mitgliedskommunen. Im Jahr 2014 beschloss die AktivRegion ihre aktuelle Integrierte Entwicklungsstrategie, deren größter Fokus auf der Weiterentwicklung der regionalen Daseinsvorsorge liegt. Aufbauend darauf wurde die Erstellung eines **Masterplans Daseinsvorsorge (MPDa) als Grundlage für weitere thematische Projekte** konkretisiert, worauf in den Mitgliedskommunen weitestgehend positive Rückmeldungen folgten. Eine Ausnahme stellt das Amt Preetz-Land dar, das sich am Projekt nicht beteiligt. 2016 wurde der Projektstart vom Vorstand einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen. Der Zuschlag an die EBP Deutschland GmbH erfolgte im Januar 2018.

Der vorliegende Bericht stellt das Basismodul des Masterplans dar. Er umfasst die Analyse der Situation und der Zukunftsfestigkeit der Versorgungsinfrastrukturen und formuliert den daraus resultierenden Handlungsbedarf. Handlungsoptionen und Empfehlungen werden nur angerissen, um das Aufbaumodul vorzubereiten.

Die Bearbeitung erfolgte von März bis November 2018.

Sicherung der Daseinsvorsorge als Zukunftsaufgabe im ländlichen Raum

Große Teile der AktivRegion sind ländlich geprägter Raum, durchzogen vom Naturpark Holsteinische Schweiz und Landwirtschaftsflächen. Ländliche Räume sind bundesweit vom demografischen Wandel besonders stark betroffen. Junge Einwohner/innen ziehen für die Ausbildung immer häufiger in größere Städte und bleiben dann in den dortigen Arbeitsmärkten. Zurück bleiben häufig ältere und tendenziell immobilere Einwohner/innen, denen die Unterstützung ihrer Kinder im Alltag fehlt und deren Pflegebedarf von den abnehmenden Fachkräften perspektivisch nicht gedeckt werden kann. Zudem fallen Infrastrukturen, die überwiegend von abnehmenden Altersgruppen genutzt oder getragen wurden, zunehmend aus. In der Summe funktionieren viele Infrastrukturen bereits jetzt oder perspektivisch nicht mehr wie bisher; es herrscht zunehmender Anpassungsbedarf.

Die Komplexität dieser Entwicklungen erfordert gemeinsame Ansätze: „*Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf nahezu alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge*“, so der Leitfaden „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ des Bundes von 2016, „*sind so tiefgreifend und vielschichtig, dass eine vorausschauende Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen im Rahmen der alltäglichen Arbeit sowie im Rahmen der üblichen Ressortzuständigkeiten kaum zu leisten ist.*“ Der Masterplan Daseinsvorsorge ist die Antwort der AktivRegion auf diese Problematik.

Ziele des MPDa laut der Integrierten Entwicklungsstrategie der AktivRegion

Die Kommunen der AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz entwickeln sich im demografischen Wandel deutlich besser, als Prognosen erwartet hatten. Die Bevölkerungsentwicklung ist relativ stabil und die Zuzüge überwiegen die Fortzüge über den Effekt der Flüchtlingszuzüge hinaus; die

Infrastrukturausstattung ist gut. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass das langfristig so bleibt. Die Bevölkerung wird trotz Zuzügen insgesamt älter und steuert auf einen hohen Anteil immobiler Einwohner/innen in kleinen Haushalten, aber großen Immobilien zu, die im peripheren Raum von Versorgungsleistungen abgeschnitten sind. Deshalb hat die AktivRegion mit der Integrierten Entwicklungsstrategie auf diese Tendenzen reagiert und stellt das Thema Daseinsvorsorge in den Fokus einer nachhaltigen Entwicklung für die Region. Der Masterplan Daseinsvorsorge ist nun die erste und zentrale Maßnahme einer Initiative, die Zukunftsfestigkeit der Region sicherzustellen. Seine Aufgabe ist laut der Integrierten Entwicklungsstrategie:

- die Schaffung von **regionalen Grundlagen und Kompetenzaufbau**,
- **regionale Verantwortung und Identität** zu stärken,
- **zukunftsfähige Strukturen** zu schaffen,
- **Ortskerne zu attraktivieren** und
- **Engagement zu fördern**.
- Dafür sollen zudem **kurzfristig Daseinsvorsorgeprojekte** identifiziert werden.

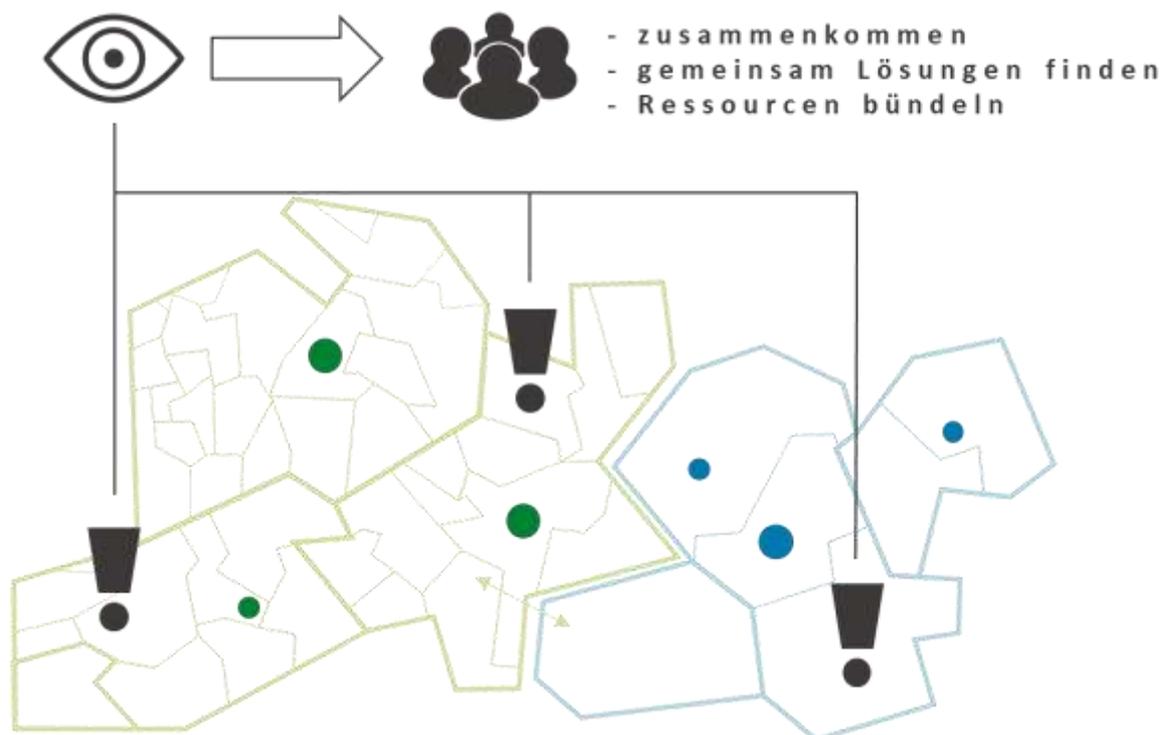


Abbildung 1: Aufgabe des MPDa - vereinfachte Darstellung

Möglichkeiten eines Masterplans Daseinsvorsorge

Mit der Erstellung des Masterplans Daseinsvorsorge soll ein Prozess angestoßen werden, über die gemeinsame Verantwortung für die Versorgung der Region ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Der Leitfaden „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ des Bundes formuliert es folgendermaßen:

„Es ist nicht primäres Ziel, ein weiteres Planwerk zu verfassen, neben dem Schulentwicklungs-, dem Nahverkehrs-, dem Pflege-, dem Jugendhilfeplan und vielen anderen mehr. Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge kann und soll diesen Fachplänen nicht Konkurrenz machen. Die Pläne der Fachressorts sind in der Regel gesetzlich gefordert, in ihrem Inhalt und ihrer Aussagenschärfe stark reglementiert und unterliegen häufig einem Genehmigungsverfahren. Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge ist dagegen ein informeller Plan und Prozess losgelöst von rechtlichen Vorgaben. Er ist flexibler, offener für Neues und bietet mehr inhaltliche Möglichkeiten. Im Idealfall finden sich am Ende des Planungsprozesses alle hierbei entwickelten Zielsetzungen, Lösungsansätze und Entscheidungen in den einzelnen Fachplänen wieder. Eine Regionalstrategie ermöglicht somit einen deutlich erweiterten Blickwinkel gegenüber den Fachplanungen. Dieser ist notwendig, um der Komplexität der vielschichtigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die verschiedenen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge Rechnung zu tragen.“

Das vorliegende Basismodul des MPDa für die AktivRegion soll eine **Grundlage** darstellen für die **detailliertere Betrachtung** der zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge in allen beteiligten Kommunen. Es soll in diesen Bereichen **Basis-Informationen und die Versorgungssituation nach Einschätzung der Kommunen** zusammenfassen und übersichtlich darstellen. Eine Detailplanung bestimmter Daseinsvorsorgebereiche kann der MPDa selbst nicht bieten; er bietet vielmehr die Basis dafür.

Vor allem soll der MPDa eine umfangreiche Diskussion anstoßen - gerne auch eine Grundsatzdiskussion - über die gemeinsame Verantwortung für die Daseinsvorsorge und für welche Bereiche und in welcher Tiefe diese wahrgenommen werden soll.

Der MPDa soll **alle Bereiche der Daseinsvorsorge betrachten, die für das alltägliche Leben** der Einwohner/innen **eine Rolle spielen** und die von einer Veränderung der Bevölkerungs- oder Siedlungsstruktur oder anderen aktuellen Themen der Raumplanung potenziell berührt werden.

1.2 Prozess, Methodik und Beteiligte

Grundlagen-Recherche

In einem ersten Schritt erfolgte eine Grundlagen-Recherche frei verfügbarer Informationen über die Internetpräsenzen von Land, Kreisen, Ämtern und Kommunen sowie über verfügbare Berichte, Analysen, Planungen und Konzepte, die bei Bedarf durch verschiedene Gespräche ergänzt wurden. Diese Informationen bildeten die Grundlage für die weitere Betrachtung der Situation der Versorgungsinfrastruktur.

Interviews zur Versorgungssituation

Die Ergebnisse der Grundlagen-Recherche wurden daraufhin zunächst in Gesprächen mit den beiden Kreisen, dann mit den Kommunen, validiert und vervollständigt sowie erste Handlungsansätze thematisiert. Es erfolgten acht Kommunalgespräche, dabei wurde mit den Kommunen der drei Ämter gebündelt gesprochen. Die Kommunen Ascheberg, Bönebüttel und Bösdorf, die von benachbarten Städten mit verwaltet werden, haben an Gesprächen räumlicher Nachbarn teilgenommen.

Die erhobenen Informationen wurden im Anschluss systematisiert und aufbereitet.

Auswertung der Bevölkerungsentwicklung

Für die demografischen Daten wurde weitestgehend auf die online verfügbaren Daten des Statistischen Landesamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein zurückgegriffen. Ergänzt wurde die Betrachtung durch die kritische Auswertung der verfügbaren Prognosen und den Einbezug demografischer Trends und der Siedlungsstruktur. Weiterhin wurde auf Pendlerdaten der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Zur Wohnraumentwicklung konnten in diesem Rahmen keine belastbaren und vollständigen Informationen gewonnen werden.

Schlüsse für die Zukunftsfähigkeit der Infrastrukturen

Aus den Daten zur bisherigen und erwarteten Bevölkerungsentwicklung wurden, in Kombination mit den Informationen zu Versorgung und Zustand der Infrastrukturen sowie unter Berücksichtigung aktueller Trends der Daseinsvorsorge, Schlüsse zur Zukunftsfähigkeit der Versorgung abgeleitet. Dazu zählen sich neu ergebende Bedarfe ebenso wie fehlende Auslastungen, aber auch Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung der Träger. Zudem hat sich die Perspektive ehrenamtlicher Trägerstrukturen als begleitendes Dauerthema herausgestellt.

Eine zusammengefasste Aufbereitung dieser sektoren- und kommunalscharfen Aussagen zur Versorgungssituation wurde in Daseinsvorsorge-Profilen der Kommunen und Ämter aufgeführt. Außerdem wurden die Informationen der Kommunen zu einem Gesamtbild auf Ebene der AktivRegion zusammengefasst.

Formulierung von Empfehlungen

Als letzter Teil des Berichts wurde, in diesem ersten Teil des Masterplans Daseinsvorsorge in kompakter Form, der Handlungsbedarf hergeleitet. Dazu gehören vor allem Empfehlungen, in welchen Bereichen Konzepte entwickelt werden und welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden sollten. Sofern es

sich in den Gesprächen ergeben hat, werden auch erste Handlungsansätze benannt.

Start der aktiven Phase

Ganz im Sinne des „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ sollen mit Abschluss des Basismoduls dessen Ergebnisse in einer „Kick-Off-Veranstaltung“ der AktivRegion vorgestellt und erste Initiativen und Projekte auf den Weg gebracht werden. An der Veranstaltung teilnehmen sollen neben den Kreisen und Kommunen der AktivRegion mit Vertreter/innen ihrer im Mai 2018 neu gewählten Kommunalvertretungen auch Träger/innen der Daseinsvorsorge-Einrichtungen, Vertreter/innen des Landes und Vertreter/innen benachbarter und überlagernder interkommunaler Zusammenschlüsse wie der KielRegion.

2. Bevölkerung: aktuell und perspektivisch

Um Aussagen zu aktuellen und zukünftigen Bedarfen bzw. der Nachfrage an die Versorgungsinfrastrukturen treffen zu können, werden im Folgenden die **bisherige Bevölkerungsentwicklung und Szenarien der künftigen Bevölkerungsentwicklung** betrachtet. Einbezogen werden hierbei die **Einwohnerzahlen** und die **Altersstruktur** sowie die bisherigen **Wanderungsbewegungen** und **Pendlerzahlen**.

Daten zum Bevölkerungsstand, der Altersstruktur und den Wanderungen sowie zur Entwicklung der vergangenen Jahre von 2000 bis 2016 finden sich auf den Internetseiten des Statistikamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein. Pendlerzahlen bis 2015 finden sich im Pendleratlas der Bundesagentur für Arbeit¹.

Diese Betrachtung beschränkt sich auf die Gemeindeebene (bzw. bzgl. der Pendler auf Kreisebene), da kleinräumigere Daten dem Landesamt nicht vorliegen und deren Beschaffung den Rahmen dieses Berichts sprengen würde.

Vorangestellt wird kurz die AktivRegion mit den ihr angehörigen Kommunen vorgestellt.

2.1 die AktivRegion: Zusammensetzung und räumliche Einbettung

Die AktivRegion Schwentine-Holsteinische Schweiz **umfasst wesentliche Gebiete des Naturparks Holsteinische Schweiz** im Naturraum Schleswig-Holsteinisches Hügelland. Sie ist **kreisübergreifend über die Kreise Ostholstein und Plön** angelegt und integriert 45 derer Kommunen.

Sie **grenzt** im Nordwesten **an die Stadt Kiel** und im Südwesten **an die Stadt Neumünster**, die Hansestadt Lübeck ist von der südlichen Grenze ca. 30 km entfernt. Südlich schließt sich der Kreis Segeberg an.

Die östliche Grenze wird bestimmt durch den Bungsberg, den höchsten Berg Schleswig-Holsteins, und südöstlich, in der Gemeinde Süsel, beginnt bereits das direkte Hinterland der Ostseeküste. Die Flüsse Schwentine und Alte Schwentine durchfließen die Region. Sie sind gemeinsam mit den Seen landschaftsbestimmend für die Region.

Die AktivRegion umfasst auf einer Fläche von 878 km² **insgesamt 45 Kommunen mit 93.316 Einwohner/innen**. Das entspricht einer **eher geringen Bevölkerungsdichte** von rund 106 Einwohner/innen pro km², die deutlich unter der von Schleswig-Holstein (rund 180) und Deutschland (rund 230) liegt. Hinzu kommt eine sehr kleinteilige Bevölkerungsstruktur (**starke Zersiedlung**). Dementsprechend ist die AktivRegion stark durch Landwirtschaftsflächen und Wald geprägt; gerade im Osten auch durch zahlreiche Seen, die bspw. die Siedlungsfläche der Stadt Plön stark beschränken. Sechs der Kommunen mit zusammen 40.016 Einwohner/innen

¹ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Interaktive-Visualisierung/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html>

liegen im Kreis Ostholstein und 39 Kommunen mit zusammen 53.300 Einwohner/innen liegen im Kreis Plön. Auf die von der Raumordnung festgelegten Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung wird in Kapitel 4.3.2 „Entwicklungsziele für Orte mit Versorgungsfunktionen“ eingegangen.

Die AktivRegion weist zahlreiche sehr kleine Kommunen auf, die zum größten Teil im Kreis Plön liegen. Deshalb sind 35 dieser Kommunen in drei Ämtern mit je rd. 8.000 - 10.000 Einwohner/innen organisiert.

Größenklasse	Anzahl (in OH/in Plön)
bis 500 Einwohner	18 Kommunen (0/18)
501 - 1.000 Einwohner	11 Kommunen (0/11)
1.001 - 2.000 Einwohner	5 Kommunen (1/4)
2.001 - 5.000 Einwohner	5 Kommunen (2/3)
über 5.000 Einwohner	5 Kommunen (3/2)

Tabelle 1: Kommunen der AktivRegion nach Größenklassen

Die Kommunen der AktivRegion sind folgende:

im Kreis Ostholstein:

- die Kommunen Bosau (Verwaltungsgemeinschaft mit dem Amt Großer Plöner See), Eutin, Kasseedorf und Schönwalde am Bungsberg (beide im Amt Ostholstein-Mitte), Malente und Süsel (Verwaltungsgemeinschaft mit Eutin)

im Kreis Plön:

- die Kommunen Ascheberg und Bösdorf (beide Verwaltungsgemeinschaft mit Plön), Bönebüttel (Verwaltungsgemeinschaft mit Neumünster), Plön und Preetz
- das Amt Bokhorst-Wankendorf mit den Kommunen Belau, Großharrie, Rendswühren, Ruhwinkel, Schillsdorf, Stolpe, Tasdorf und Wankendorf
- das Amt Großer Plöner See mit den Kommunen Dersau, Dörnack, Grebin, Kalübbe, Lebrade, Nehnten, Rantzau, Rathjensdorf und Wittmoldt
- das Amt Preetz-Land (nimmt nicht am Projekt MPDa teil) mit den Kommunen Barmissen, Boksee, Bothkamp, Großbarkau, Honigsee, Kirchbarkau, Klein Barkau, Kühren, Lehmkuhlen, Löptin, Nettelsee, Pohnsdorf, Postfeld, Rastorf, Schellhorn, Wahlstorf und Warnau

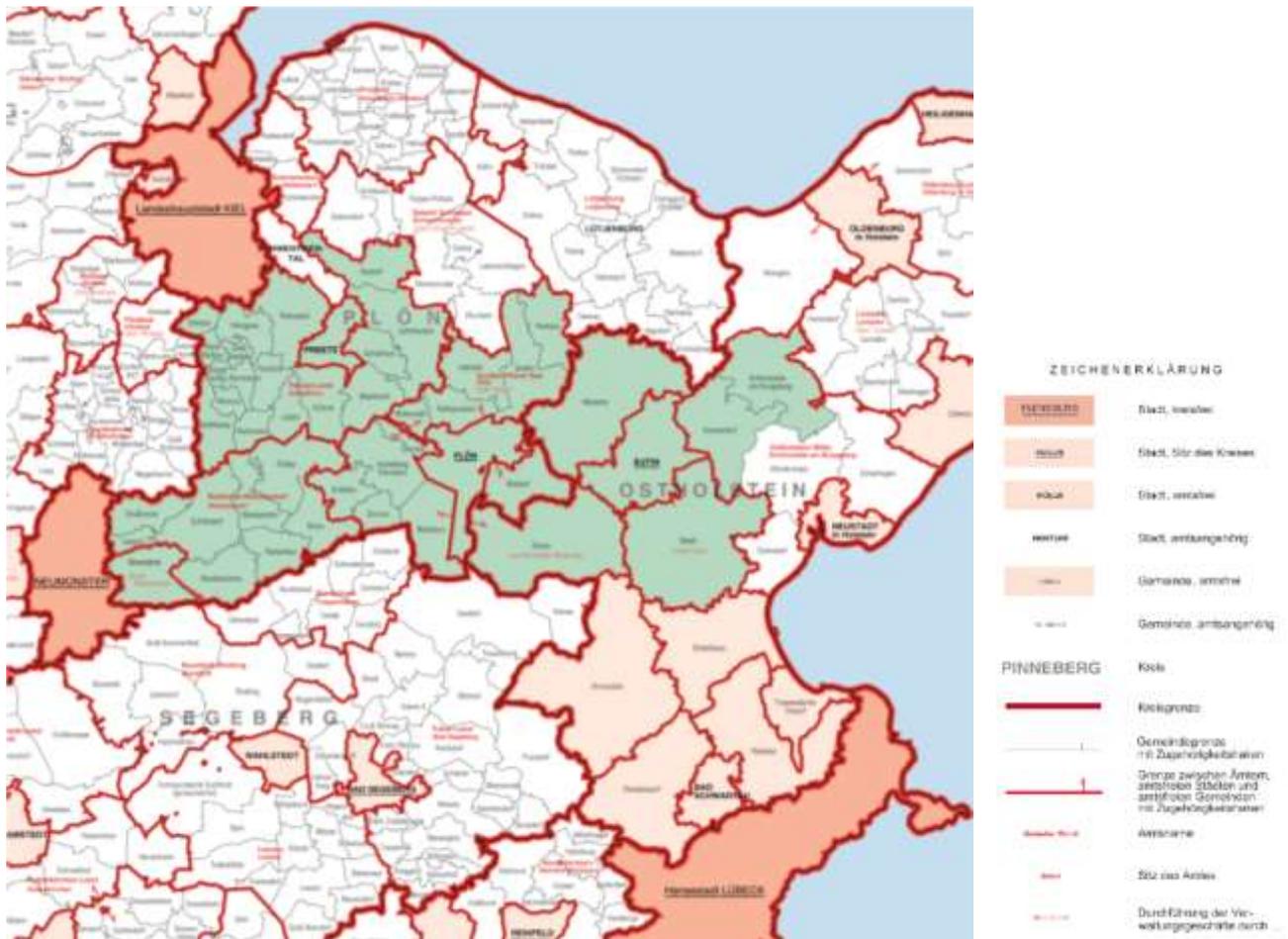


Abbildung 2: Abgrenzung und Lage der AktivRegion (grün)

[Quelle: Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein, eigene Bearbeitung]

2.2 Bevölkerungsstruktur aktuell

Zum 31.12.2017 lebten in der AktivRegion 93.316 Menschen, davon 40.016 im Kreis Ostholstein und 53.300 im Kreis Plön. Seit dem Zensus **2011 bis zum 31.12.2017** ist die **Einwohnerzahl** der AktivRegion um 3.910 (1,3%) **gestiegen**. Dieser Zuwachs erfolgte fast vollständig in den Jahren 2015 und 2016. Die Bevölkerung im Land ist in der gleichen Zeit um 2,8% gestiegen, die Entwicklung in der AktivRegion verlief demnach **unterdurchschnittlich**. Nach den aktuellsten vorliegenden Daten vom 4. Quartal 2017 ist für 2018 nicht von einem weiteren Bevölkerungswachstum auszugehen; die drei Kommunen über 10.000 Einwohner/innen haben alle leichte Verluste zu verbuchen.

Die Einwohnerzahl war von 2000 bis 2006 gestiegen, dann gefallen und seit 2013 ist die Entwicklung wieder positiv.

Ein nennenswerter Punkt in der Bevölkerungsentwicklung ist der **Zensus 2011**. Mit dieser Neuzählung der Bevölkerung musste in vielen Kommunen die Bevölkerungszahl aufgrund von Ungenauigkeiten in der Fortschreibung nach unten korrigiert werden.² Diese **zum Teil starke Korrektur der Einwohnerzahl nach unten** hat entsprechende **Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen und damit die kommunalen Haushalte**.

Aufgrund des Bruches in der Fortschreibung werden im Folgenden i.d.R. die Zahlen nach dem Zensus verwendet.

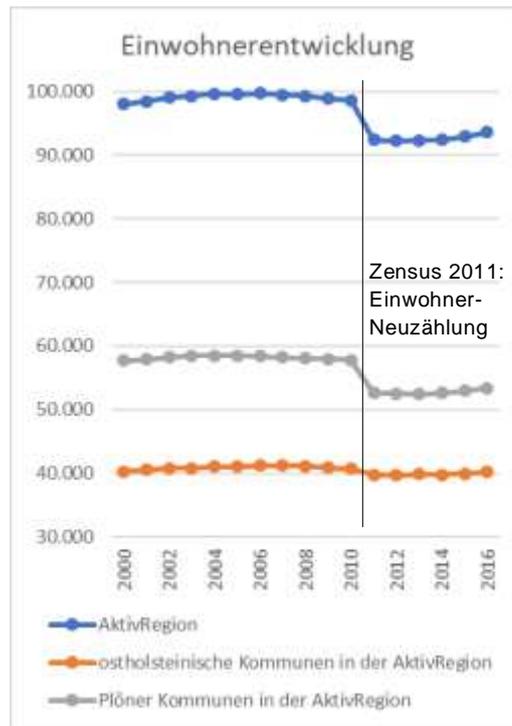


Abb. 3: Einwohnerentwicklung in der AktivRegion
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH, eigene Darstellung]

teilräumliche Unterschiede

Es lassen sich verschiedene Muster teilräumlich unterschiedlicher Einwohnerentwicklung zwischen 2011 und 2016 erkennen. Zum einen ist die Einwohnerzahl der Kommunen mit Orten über 5.000 Einwohner/innen (die Städte und Malente) zusammen um 3% gewachsen, während die der Kommunen ohne solche Orte um 1% abgenommen hat. Besonders negativ war die Einwohnerentwicklung in einigen eher dünn besiedelten Kommunen, allerdings ist keine klare Korrelation zu erkennen. Ein Schwerpunkt dieser Tendenz liegt bei einigen Kommunen im Amt Preetz-Land, wohingegen die Entwicklung der Kommunen in direkter Nähe zu Kiel sogar positiv verlaufen ist. Keine relevanten Unterschiede gab es zwischen den Kommunen Ostholsteins und Plöns, deren kumulierte Einwohnerzahl jeweils um etwa 1% gewachsen ist.

2 Das betrifft vor allem die Stadt Plön. Nach der Schließung der dortigen Kaserne wurde die Bevölkerung um über 30% nach unten korrigiert.

2.3 Altersstruktur und Altersgruppen aktuell

Die Altersstruktur in der AktivRegion ist der von Land und Bund sehr ähnlich. Der Anteil der Einwohner/innen über 64 Jahren ist allerdings um 2 bzw. 4% höher, dementsprechend niedriger ist der Anteil der Einwohner/innen im erwerbsfähigen Alter. Der Anteil unter-18-Jähriger ist in etwa gleich.

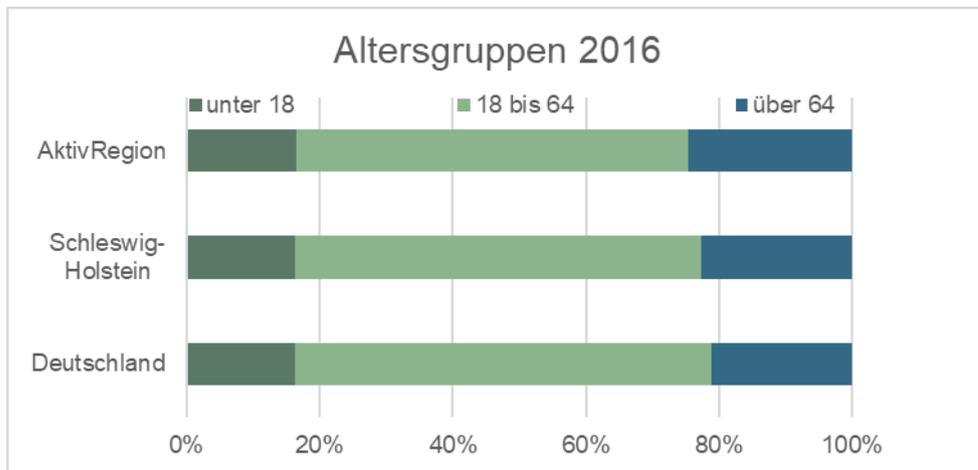


Abbildung 4: Altersgruppen der AktivRegion im Vergleich

Die Anteile haben sich in den zehn Jahren von 2006 bis 2016 klar verschoben - die Anteile unter-18-Jähriger und derer im erwerbsfähigen Alter sind jeweils um 2 % gesunken, während der Anteil über-64-Jähriger um 4 % gestiegen ist.

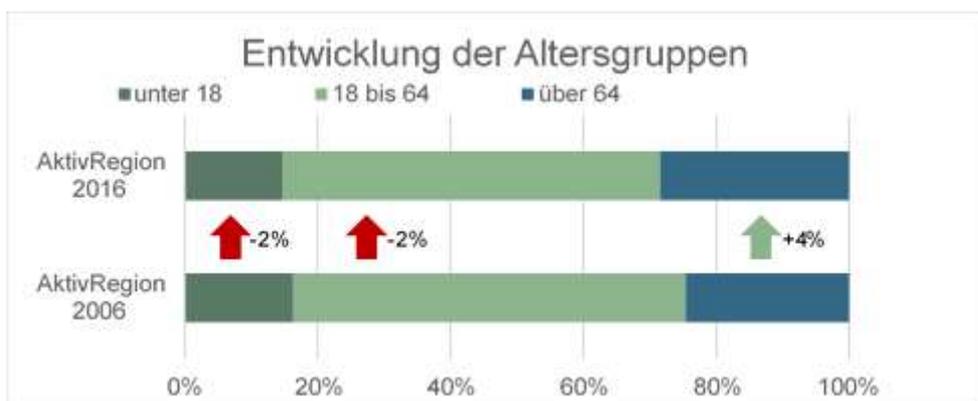


Abbildung 5: Altersstruktur der AktivRegion in der zeitlichen Entwicklung

teilräumliche Unterschiede

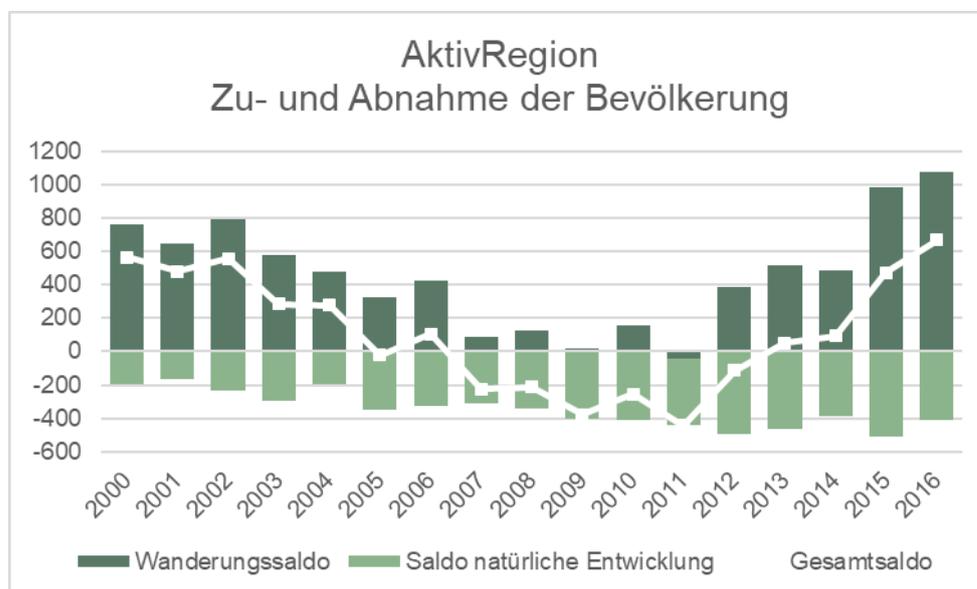
Teilräumliche Extrema finden sich in verschiedene Richtungen. Die Gemeinden **Dörn**ick, **Neh**nten und **Tas**dorf sind **stärker überaltert** als die anderen Gemeinden; dort sind nur 11 bzw. 12 % der Einwohner/innen unter 18, aber über 30 % über 64 Jahre alt, in Dörn

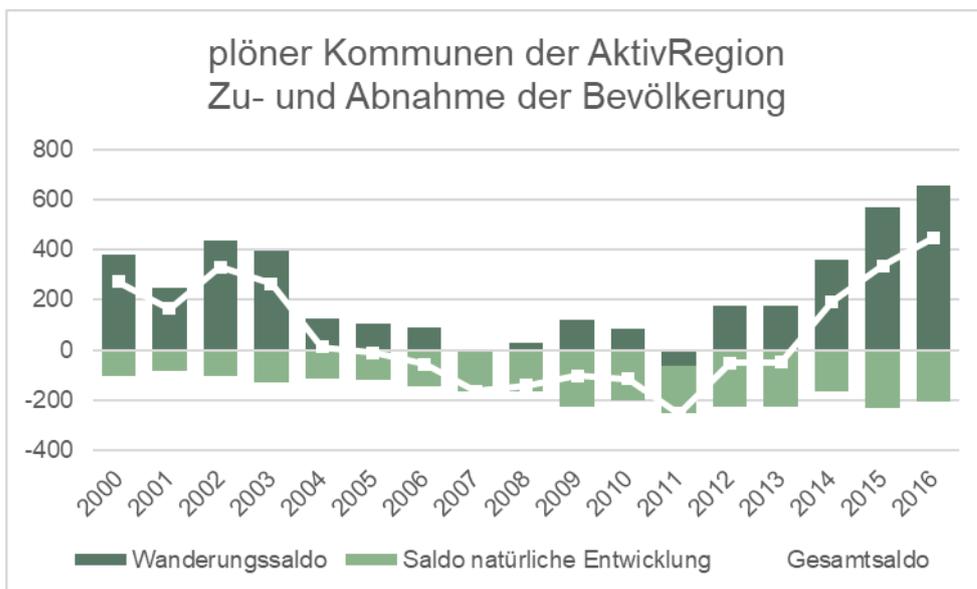
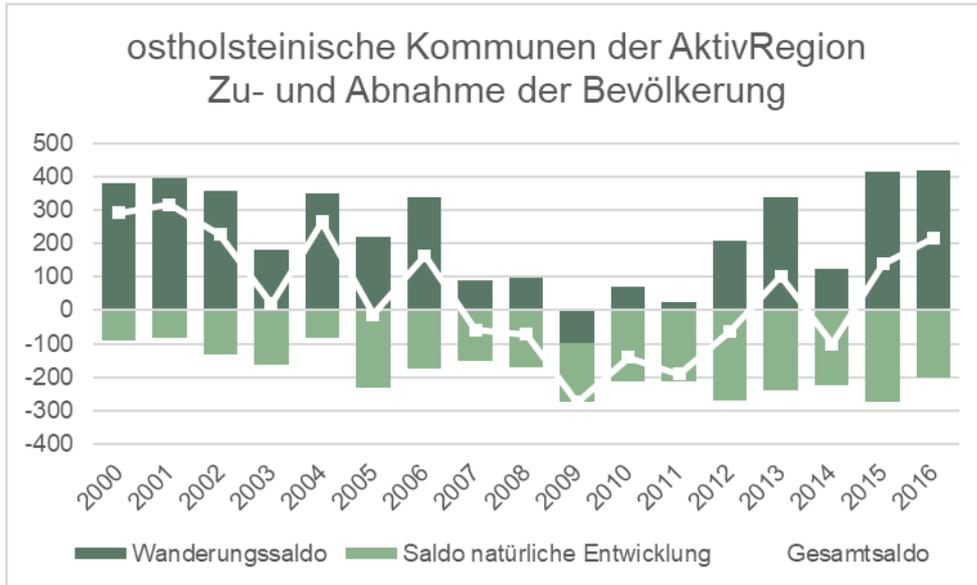
Tasdorf haben gleichzeitig den stärksten Anstieg über-64-Jähriger (+ 14 %), vor Wittmooldt (+ 9 % auf 31 %), während der Anteil in Nehnten sogar um 3 % gesunken ist. Diese Veränderungen sind aufgrund der kleinen Gemeindegrößen allerdings nur stark eingeschränkt aussagekräftig. Bemerkenswert ist, dass auch **alle Städte** bzw. größeren Orte **überdurchschnittlich viele über-64-Jährige** aufweisen; Malente und Plön sogar fast 30 %.

Als Ausreißer dieser Tendenz weisen die **Gemeinden Dersau, Stolpe** und einigen Gemeinden des Amtes Preetz-Land einen **hohen Anteil junger Einwohner/innen** von über 20 % auf. In **Belau und Großbarkau** ist sogar der **Anteil unter-18-Jähriger gewachsen** und zudem, **wie auch in Nehnten und Nettelsee**, der **Anteil über-64-Jähriger zurückgegangen** - in Belau um ganze 8 %. In Belau erklärt sich dies vor allem durch ein Neubaugebiet.

2.4 Wanderungen

Wie die Altersstruktur erkennen lässt, resultiert die positive Bevölkerungsentwicklung nicht aus der natürlichen Entwicklung, sondern aus Wanderungsgewinnen. Die **natürliche Bevölkerungsentwicklung** weist **kontinuierlich zunehmend negative** Salden auf, die **Wanderungssalden** hingegen sind **weitestgehend positiv**, wobei eine zwischenzeitlich Abnahme mit einem Tiefpunkt um die Jahre 2009 bis 2011 zu verzeichnen war, **zuletzt** aber wieder eine **deutliche Zunahme**.





Abbildungen 6, 7, 8: Zu- und Abnahme der Bevölkerung in AktivRegion und nach Kreisen [Quelle: Statistisches Amt für HH und SH; eigene Darstellung]

Die Zahl der Zu- und Fortzüge entwickelt sich dabei zueinander recht ausgeglichen:

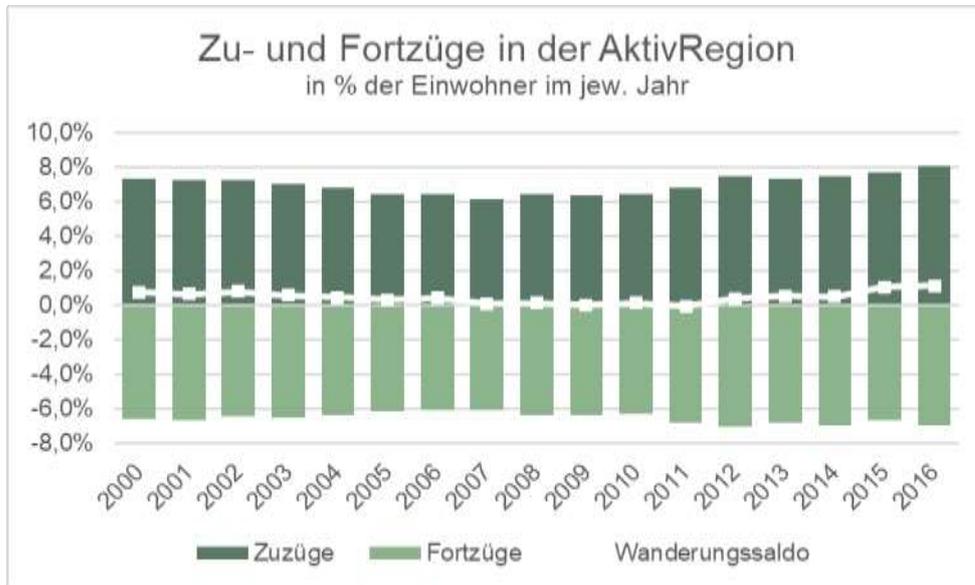


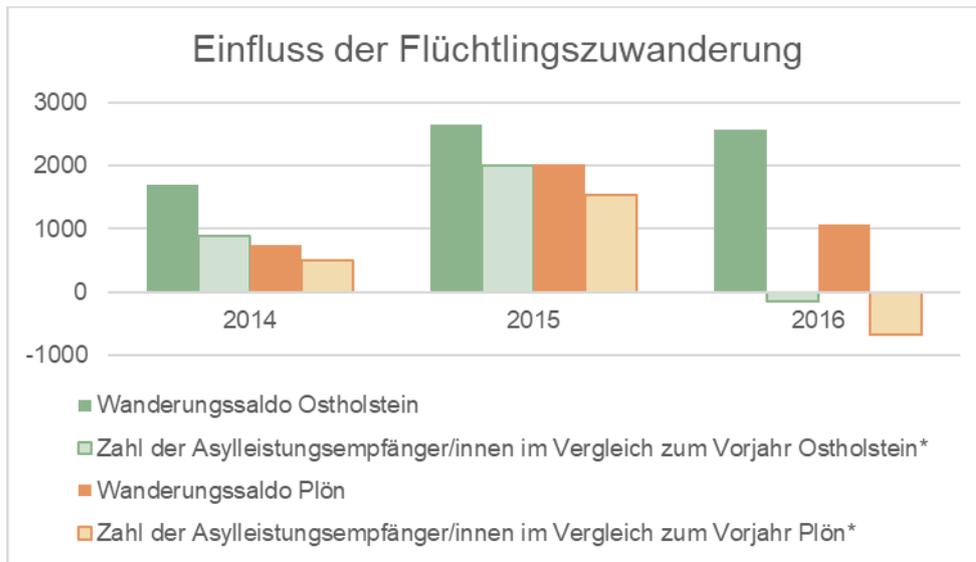
Abbildung 9: Zu- und Fortzüge in der AktivRegion

Aus der Entwicklung der Altersstruktur, der Belegung der Kindertagesstätten und der Seniorenresidenzen zeigt sich, dass aktuell sowohl Familien mit Kindern als auch Senioren in die Region zuziehen.

Einfluss der Flüchtlings-Zuwanderung

Einen wichtigen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung hat der Zuzug von Flüchtlingen der letzten Jahre. Die Zahlen der wohnhaften Asylbewerber/innen auf kommunaler Ebene liegen jedoch nicht flächendeckend vor, die Zahl als Flüchtlinge nach Deutschland gekommener Menschen, die bspw. keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, liegen auch auf Kreisebene nicht vor. Zudem warnt das Statistische Landesamt, dass aufgrund von Problemen mit Anmeldungen nicht davon ausgegangen werden darf, dass die Meldezahlen exakt sind.

Ungeachtet dieser Einschränkungen, lässt sich, wie in Abbildung 10 zu sehen ist, auf Kreisebene zumindest tendenziell einschätzen, dass die Flüchtlingszuwanderung 2015 einen starken Einfluss auf den Wanderungssaldo der Kreise hatte; bereits 2016 die Zahl der Asyilleistungsempfänger/innen, trotz des weiteren Zustroms in Deutschland, allerdings zurückging. **In keinem Jahr übersteigt der Zuwachs der Zahl der am 31.12. wohnhaften Empfänger von Asyilleistungen den Wanderungssaldo.**



* da 2014 zum ersten Mal die Zahl der Asylleistungsempfänger/innen erfasst wurde, entspricht der Wert für 2014 der Gesamtzahl der Asylleistungsempfänger/innen

Abbildung 10: Einfluss der Flüchtlingswanderung auf die Wanderungssalden der Kreise
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH; eigene Darstellung]

teilräumliche Unterschiede

Während die AktivRegion insgesamt Wanderungszugewinne zu verzeichnen hat, haben einige ländlichere Gemeinden Wanderungsverluste hinnehmen müssen. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung liegt in den Kommunen des Amtes Preetz-Land.³ Sie betrifft zu großen Teilen diejenigen Kommunen, die in den letzten Jahren insgesamt auch die größten Bevölkerungsverluste verzeichneten.

³ Von den insgesamt 18 Kommunen der AktivRegion, die zwischen 2011 und 2016 insgesamt Wanderungsverluste hinnehmen mussten, liegen 11 im Amt Preetz-Land.

2.5 Haushalts- und Wohnraumentwicklung

Haushaltsentwicklung

Die Überalterung der Gesellschaft und die durch die gestiegene berufliche Mobilität abnehmenden sozialen Verflechtungen gehen damit einher, dass **immer mehr Menschen - vor allem Senioren - alleine wohnen**. Ein zunehmender Anteil älterer Menschen wohnt als Einpersonenhaushalte in den ehemals von der Familie genutzten Einfamilienhäusern. Wenn diese Häuser letztlich freigegeben werden, entsprechen sie allerdings häufig nicht den modernen Standards und finden keine neuen Bewohner. Hinzu kommen häufig entwicklungshemmende Eigentumsituationen der Erben. Für die Raum- und Wohnraumentwicklung bedeutet das, dass viel potenzielle Wohnfläche quasi ungenutzt ist - und mit leerstehenden oder unterbelegten Wohnhäusern **sinkt die Siedlungsdichte** und die **Versorgung wird erschwert**.

Wohnraumentwicklung

Das Thema Wohnen wird in einigen Untersuchungen als Teil der Daseinsvorsorge verstanden. Aufgrund des Umfangs des Themenbereichs und der im Gegensatz zu den zumeist als Waren und Dienstleistungen funktionierenden Daseinsvorsorgeleistungen deutlich komplexeren (auch politischen) Zusammenhänge soll es in diesem Bericht nur knapp als vorangestelltes Thema und als Rahmenbedingung behandelt werden. Es wird allerdings empfohlen, eine separate Betrachtung des Wohnungsmarktes vorzunehmen.

Eine Übersicht über Wohnungsbauvorhaben, um die mittelfristige Wohnraumentwicklung abschätzen zu können, existiert nach Auskunft von Kreisen und Kommunen nicht in einer Form, die im Rahmen dieses Berichts nutzbar wäre.

Nach dem Eindruck der Gespräche mit Kommunen und Kreisen besteht Wohnraumnachfrage in der Region fast überall und es werden viele Vorhaben durchgeführt. Limitiert werden diese durch die Eigenentwicklungsquoten, die allerdings mit der Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplans wieder auf 0 gesetzt werden sollen. Verschiedene Stimmen weisen allerdings darauf hin, dass es **an Mietwohnungsbau und sozialem Wohnraum fehle**.

Auch ohne quantitative Daten können einige qualitative Aussagen zu aktuellen Trends der Wohnraumentwicklung getroffen werden. Denn die aktuelle Entwicklung der Bevölkerung und der Wohnungsmärkte hat verschiedene Folgen für die Bedarfe an die Wohnfolgeinfrastruktur, also an die Daseinsvorsorge.

Auf der einen Seite steht der zunehmende Anteil älterer Menschen, für deren Versorgung die zukünftige Wohnraumentwicklung vor allem entlastende Wirkung haben sollte. Das Ziel der Wohnraumentwicklung muss es sein, mit der richtigen Lage, Bauweise, Größe und Ausstattung der Wohnungen **Senior/innen** so lange wie möglich ein **selbstbestimmtes Leben** und Wirken zu **ermöglichen** - und auf diese Weise auch den **Bedarf nach Unterstützungsleistungen** zu **begrenzen**, der nach aktuellen Einschätzungen perspektivisch kaum zu bewältigen sein wird. Nach Angabe des Kreises Plön

gibt es bisher keine Strategie, wie mit dem Eintritt der großen Babyboom-Generation in das Rentenalter umgegangen werden soll.

Auf der anderen Seite stehen überlastete und damit immer teurere großstädtische Wohnungsmärkte, von denen vor allem junge Familien immer größere Zuzugspotenziale für gut angebundene Pendel-Wohnorte darstellen. Wenn die Bevölkerung immer älter wird, sinkt die Auslastung der **Folgeinfrastruktur für Familien**, aber gleichzeitig muss sie erhalten werden, um als Ausweich-Wohnort attraktiv zu sein. Damit einhergehen muss auch eine **Moder- nität des Wohnraumangebots**, also u.U. auch eine bewusste Weiterentwicklung des vorhandenen Wohnungsbestands, gerade in Bezug auf oben genannte Einfamilienhäuser der fünfziger bis siebziger Jahre. Eine weitere Zersiedlung durch Neubaugebiete außerhalb des Siedlungskörpers beeinträchtigt hingegen die Versorgungssituation weiter. Gelingt die Ansiedlung von Familien, steigt wiederum die Auslastung und damit tendenziell auch die Qualität der Infrastruktur.

Um diese zielgruppengerechten Wohnformen bedarfsgerecht entwickeln zu können, muss die **Wohnraumentwicklung strategisch geplant** werden - **auch qualitativ** - und **auch interkommunal**.

2.6 Wirtschaft, Fachkräfte, Ein- und Auspendler

Auch die Zahl der **Pendler** ist für die strukturelle Entwicklung und die Daseinsvorsorge relevant. Zum einen sind sie **starke Nutzer der Mobilitätsangebote**, zum anderen erzeugen sie **Nachfrage an anderen Orten** als an ihren Wohnorten und **senken** damit die **Auslastung der Infrastruktur an ihren Wohnorten**. Außerdem **sinken die Gewerbesteuererinnahmen** pro Kopf, wenn Arbeitsorte der Einwohner außerhalb der Kommune liegen.

Die Zahl der Pendler wiederum hängt auch von der wirtschaftlichen Entwicklung ab - von den ansässigen Branchen, den daraus resultierenden lokalen Arbeitsplätzen und der vor Ort verfügbaren Arbeitskraft.

2.6.1 wirtschaftliche Situation

Insgesamt weist die Region laut der IES wirtschaftlich eingeschränkte Bedingungen auf. Die **Kaufkraft** liegt **unter Landesdurchschnitt**, die **Finanzkraft** ist allgemein **eher schwach** und der **Schuldenstand** pro Einwohner/in in den Kommunen der AktivRegion ist **relativ hoch**. Die lokale Wertschöpfung ist eher gering und wenig ausdifferenziert, die im ländlichen Raum stark vertretenen Branchen der **Landwirtschaft und des lokalen verarbeitenden Gewerbes** sind **von Strukturwandel** und Ausbildungsabwanderung / Fachkräftemangel **besonders stark betroffen**, es herrscht eine starke Abhängigkeit vom Tourismus und wenig Wachstumsdynamik. Aufgrund der zunehmenden Überalterung ist ein **deutlicher Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials** zu verzeichnen. Zudem nennt die IES einen Anstieg des Anteils sozial Benachteiligter.

Nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein ist die Beschäftigungsquote von 2000 bis 2005 deutlich zurückgegangen, seit 2006 aber wieder deutlich gestiegen. Bis 2013 hat sich die **Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter** in den beiden Kreisen (lt. IES,) noch stärker als der Landesdurchschnitt **positiv entwickelt** und auch die **Arbeitslosenquote** ist **überdurchschnittlich stark gesunken**. 2016 war die Entwicklung zuletzt nicht mehr so positiv, in Plön ist die Beschäftigung sogar wieder deutlich zurückgegangen - der Gesamttrend ist jedoch als kontinuierlich positiv zu beschreiben. Auch die Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze) hat in den letzten Jahren im Trend kontinuierlich zugenommen; in den kleineren und in den größeren Kommunen gleichermaßen.

Damit ist die wirtschaftliche Situation zwar noch immer eher problematisch, was die **Finanzierung der Versorgungs-Infrastrukturen** erschwert, die **Entwicklungstendenz** ist **im Trend aber positiv**.

Fachkräftemangel

Der drohende und teils bereits eintretende Fachkräftemangel ist einer der großen aktuellen Trends. Besonders im ländlichen Raum - und damit auch in der AktivRegion - spielt er eine große Rolle. Zusätzlich zur angespannten wirtschaftlichen Situation sinkt, wie oben beschrieben, der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter - es gehen **zunehmend qualifizierte Arbeitskräfte in Rente** (oder pendeln aus, s. nächster Abschnitt), für die **kein**

Ersatz gefunden wird. Der **Höhepunkt der Entwicklung**, wenn die Baby-boom-Generation in Rente geht, **steht dabei noch aus**. Das REK der Kiel Region, zu der der Kreis Plön gehört, formuliert: *„Durch rückläufige Geburtenzahlen, die damit verbundene Änderung der Bevölkerungsstruktur, die Förderung von Frühverrentung in der Vergangenheit und eine nicht konsequent auf Verjüngung ausgerichtete Personalpolitik in vielen Unternehmen [...] wird sich der Fachkräftebedarf, vor allem der Ersatzbedarf, spätestens ab dem Jahr 2020 aufgrund des Strukturwandels und der steigenden Qualifikationsanforderungen durch den technischen Fortschritt deutlich erhöhen.“*

4

Durch **fehlende Fachkräfte** wird die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigt, was gerade in einer Wissensgesellschaft die regionale Konkurrenzfähigkeit bedroht - und damit die **wirtschaftliche und Beschäftigungssituation weiter schädigt**.

2.6.2 Pendlerzahlen

Die wirtschaftliche Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die Pendlerzahlen. Durch die **allgemeine wirtschaftliche Schwäche** und den damit verbundenen Rückgang der Arbeitsplätze, aber auch durch die starke Rolle des **Tourismus als saisonale Wirtschaft**, hat der Anteil der **Ein- und Auspendler** Anfang des Jahrtausends **deutlich zugenommen**.

Pendlerzahlen sind allgemein **nur eingeschränkt aussagekräftig**, da verschiedene Entwicklungen ineinandergreifen. Bspw. führt eine positive Einwohnerentwicklung u.U. zu einer „negativen“ Entwicklung des Pendlersaldos, da weniger einpendelnde Arbeitskräfte für die gleiche Zahl Arbeitsplätze benötigt werden - und andersherum.

Pendler/innen über die Kreisgrenzen

Dabei ist die Zahl der **Auspendler über die Kreisgrenzen zunächst deutlich gestiegen**, hat **dann** aber eher einen **leichten Rückgang** verzeichnet. Während der Rückgang in Ostholstein schon um 2010 eingesetzt hat, ist er im Kreis Plön erst in den letzten Jahren eingetreten. Die Zahl der **Einpendler** hat in beiden Kreisen **kontinuierlich zugenommen**. Beide Pendlerquoten liegen im Kreis Plön deutlich über denen des Kreises Ostholstein. Die **Einpendlerquote** liegt in **Plön im Landesdurchschnitt**, die **Auspendlerquote liegt deutlich darüber** und ist die höchste im Land, was sich dadurch erklären lässt, dass der Kreis - und die Kommunen der AktivRegion - direkt an die Oberzentren Kiel und Neumünster angrenzen. Im Juni 2017 sind 16.250 von insgesamt 27.800 - also etwa **60 % der Auspendler/innen von Plön nach Kiel** gependelt (gegenüber 4.750 Einpendler/innen, Saldo -11.500⁵). Der negative Saldo ist gegenüber 2010

4 vgl. Arbeitskreise der Wirtschaftsministerkonferenz: „Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik“ und „Berufliche Bildung“ (2011): Strategien der Länder zum Umgang mit dem sich aufgrund der demografischen Entwicklung abzeichnenden Fachkräftemangel. S. 34f

5 kreisscharfe Pendlerdaten stammen aus dem Pendleratlas der Arbeitsagentur, abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Interaktive-Visualisierung/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html> [Zugriff am 30.07.2018]

um 10% gestiegen. Im Kreis **Ostholstein** liegt die **Einpendlerquote deutlich unter dem Landesdurchschnitt**, die **Auspendlerquote leicht darunter**. 2017 sind 50% der Ostholsteiner Auspendler/innen nach Lübeck gependelt (13.250 Ein- gegenüber knapp 7.000 Einpendler/innen, Saldo - 6.250), allerdings dürfte diese Tendenz eher die südlichen Kommunen betreffen. Der Saldo zwischen Ostholstein und Plön lag 2017 bei 650 zugunsten Ostholsteins - 1.250 pendeln von Ostholstein nach Plön, 1.900 in die andere Richtung.

Gebiet	Anteil der <u>Einpendler</u> an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zum 30.06.2016		Anteil der <u>Auspendler</u> an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zum 30.06.2016	
Landesdurchschnitt Kreise	37,9 %	∅	43,1 %	∅
Kreis Ostholstein	26,2 %	--	37,4 %	-
Kreis Plön	38,1 %	∅	62,7 %	++

Tabelle 2: Ein- und Auspendlerquoten der Kreise und im Landesdurchschnitt
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH]

Pendler/innen über die Gemeindegrenzen

Die Zahlen der Pendler/innen über die Gemeindegrenzen liegen verständlicherweise deutlich höher. Die **AktivRegion** weist eine Quote von **Einpendler/innen über die Gemeindegrenzen von über zwei Dritteln** auf und eine **Auspendlerquote von über drei Vierteln**.

Gebiet	Anteil der <u>Einpendler</u> an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zum 30.06.2016		Anteil der <u>Auspendler</u> an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zum 30.06.2016
alle Kommunen der AktivRegion	68,5 %	<	76,8 %
Ostholsteinische Kommunen der AktivRegion	66,7 %	<	70,1 %
Plöner Kommunen der AktivRegion	70,3 %	<	81,7 %
Kommunen der AktivRegion <u>mit</u> Orten über 5.000 EW	66,8 %	>	64,7 %
Kommunen der AktivRegion <u>ohne</u> Orte über 5.000 EW	74,5 %	<	90,6 %

Tabelle 3: aggregierte Ein- und Auspendlerquoten der Kommunen
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH]

Die Werte für Plön - vor allem die Auspendlerquote - sind höher als die für Ostholstein, was sich mit den kleinen Gemeindegrößen und die Nähe zu den

Oberzentren Kiel und Neumünster erklären lässt. Dementsprechend pendelt nur ein Viertel der Plöner Auspendler/innen zu Kommunen innerhalb des Kreises (82 % über Gemeinde-, 63 % über Kreisgrenzen); in Ostholstein ist dieser Anteil deutlich größer (knapp die Hälfte; 70 % pendeln über Gemeinde-, 38 % über Kreisgrenzen).

Die **Auspenderquote** in den Kommunen mit **Orten über 5.000 Einwohner/innen** liegt mit **65 %** deutlich unter der der **Kommunen mit kleineren Orten (91 %)**. Allerdings liegt sie immer noch sehr hoch. Ausreißer mit **vergleichsweise niedrigen Auspenderquoten** sind die etwas größeren Orte **Ascheberg** und **Wankendorf**, aber auch die Gemeinde **Nehmten** (jeweils rd. 82 %).

Die Entwicklung der **Auspenderquoten** verläuft **im Mittel leicht steigend**; die starke Zunahme der 2000er Jahre hat sich allerdings gelegt. Kleinere zwischenzeitliche Einbrüche wie 2014 resultieren auch aus einzelnen fehlenden kommunalen Datensätzen.

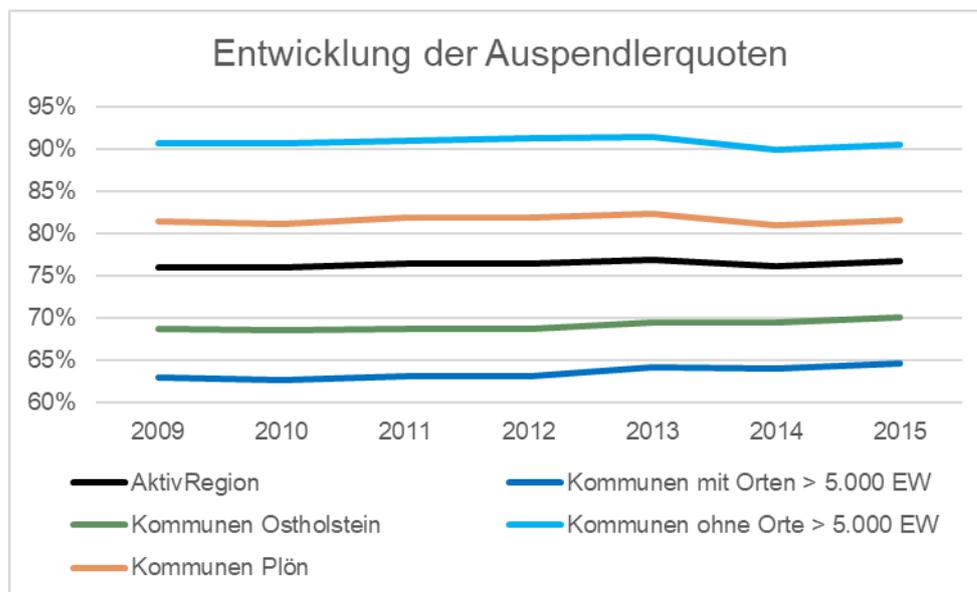


Abbildung 11: Entwicklung der Auspenderquoten in den Kommunen der AktivRegion
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH; eigene Darstellung]

Die **Einpendlerquoten steigen** in den letzten Jahren. **Getragen** wird diese Gesamtentwicklung vor allem **durch die positive Entwicklung in Kommunen mit kleineren Orten** - ohne Orte über 5.000 Einwohner/innen. Diese Zahlen sind, wie eingangs beschrieben, allerdings nur eingeschränkt aussagekräftig.

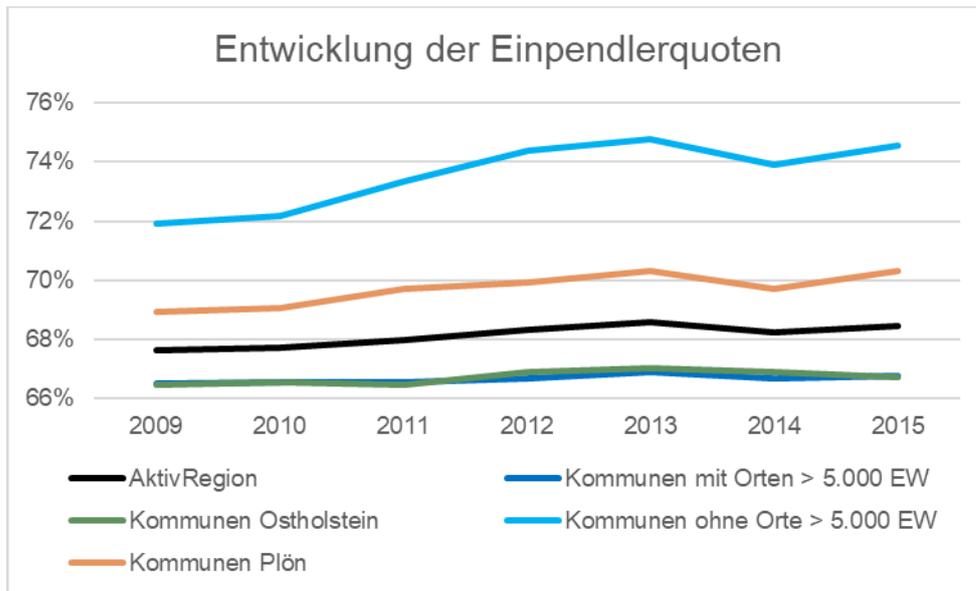


Abbildung 12: Entwicklung der Einpendlerquoten in den Kommunen der AktivRegion
 [Quelle: Statistisches Amt für HH und SH; eigene Darstellung]

Die **Pendlersalden** der Kommunen **entwickeln sich** trotz der Entwicklung der Quoten **negativ** (mehr Aus- als Einpendler), da die Zahl der in der AktivRegion *wohnhaften* Beschäftigten deutlich stärker gestiegen ist (von rd. 28.000 auf 31.000) als die Zahl der in der AktivRegion *arbeitenden* Beschäftigten (von rd. 21.000 auf 22.500). Während der Saldo in den Kommunen mit **Orten über 5.000 Einwohnern noch positiv** ist, ist er **insgesamt** - und vor allem in den Kommunen mit kleineren Orten und in Plön - **deutlich negativ**.

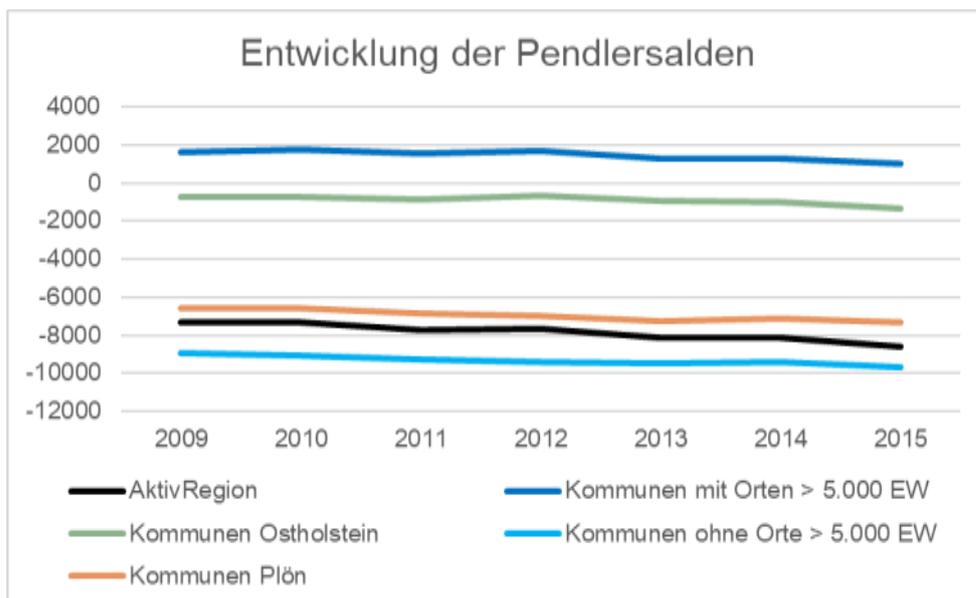


Abbildung 13: Entwicklung der Pendlersalden in den Kommunen der AktivRegion
 [Quelle: Statistisches Amt für HH und SH; eigene Darstellung]

Ein negativer Pendlersaldo hat zur Folge, dass Gewerbesteuereinnahmen und die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte unterdurchschnittlich sind und dass lokale Infrastrukturen, zu deren Zielgruppe Beschäftigte gehören, potenziell weniger ausgelastet sind, da diese zum Teil am Arbeitsort genutzt werden. Positiv an hohen Pendlerzahlen ist, dass der ÖPNV tendenziell besser ausgelastet ist.

2.7 Entwicklungsspektren der Demografie bis 2030

Eine Bevölkerungsprognose für den Geltungsraum der AktivRegion liegt aktuell nicht vor. Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat eine kreisscharfe Prognose bis 2030 erstellt, außerdem werden auf Kreisebene aktuell jeweils kommunalscharfe Prognosen erarbeitet, die allerdings für diesen Bericht nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Deshalb werden im Folgenden die vorangegangenen Prognosen der Kreise aus den Jahren 2014 (Plön) bzw. 2013 (Ostholstein, im Auftrag der Stadt Neustadt) betrachtet.

Im Anschluss werden auf Basis der aktuellen Prognose des Landes und unter Berücksichtigung der teilräumlichen Entwicklungsunterschiede der Kreisprognosen Entwicklungsspektren für die AktivRegion und ihre Kommunen hergeleitet.

2.7.1 existierende Prognosen

Prognose des Landes

Die Prognose des Landes von 2016 (bis 2030 auf der Basis 2014) **geht von konstant zunehmenden negativen Bevölkerungssalden aus**. Die **Wanderungssalden** werden anfangs weiterhin als stark angenommen, dann allerdings **stark abnehmend - aber dauerhaft positiv**. **Ab 2018** wird von einem **negativen Gesamtsaldo** ausgegangen. Die Prognose sieht die aktuellen Wanderungszugewinne damit als kurzfristigen Trend und stellt die langfristig erwarteten negativen Salden aufgrund der stark negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in den Fokus.

Die **aktuellen Zahlen** der Wanderungsentwicklung von 2015 und 2016 sind deutlich positiver als die Prognose, doch schon die Zahlen aus dem 3. Quartal 2017 liegen sogar unterhalb der Prognose.

Die Prognose erwartet zwischen 2014 und 2030 einen Bevölkerungsverlust von rd. 7.280 im Kreis Plön (-5,7%) bzw. rd. 8.070 im Kreis Ostholstein (-4,1%) - worin die hohen Zuwanderungen 2015/16 nicht berücksichtigt sind. Die Relevanz des **negativen natürlichen Saldos** ist **als konstante Gefahr zu beachten**, denn das Potenzial neu zuziehender Personen sinkt konstant.



Abbildung 14: prognostizierte Einwohnerentwicklung zwischen 2014 und 2030
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH]

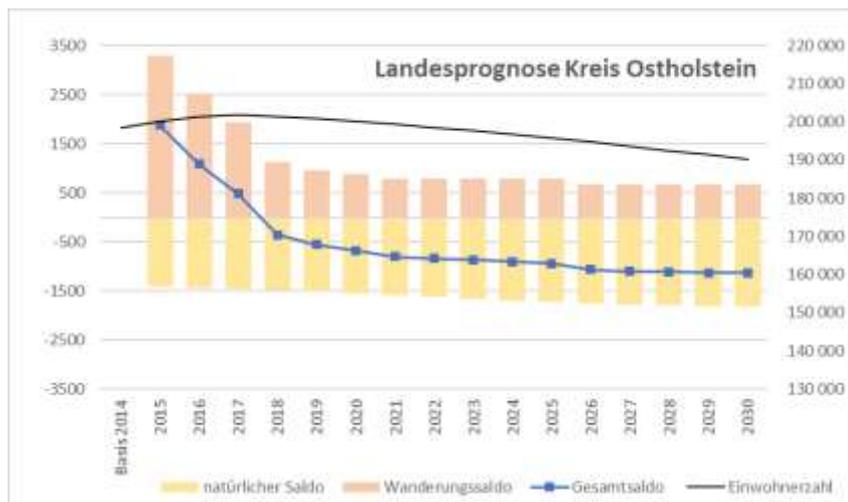


Abbildung 15: Bevölkerungsprognose für den Kreis Ostholstein
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH, eigene Darstellung]

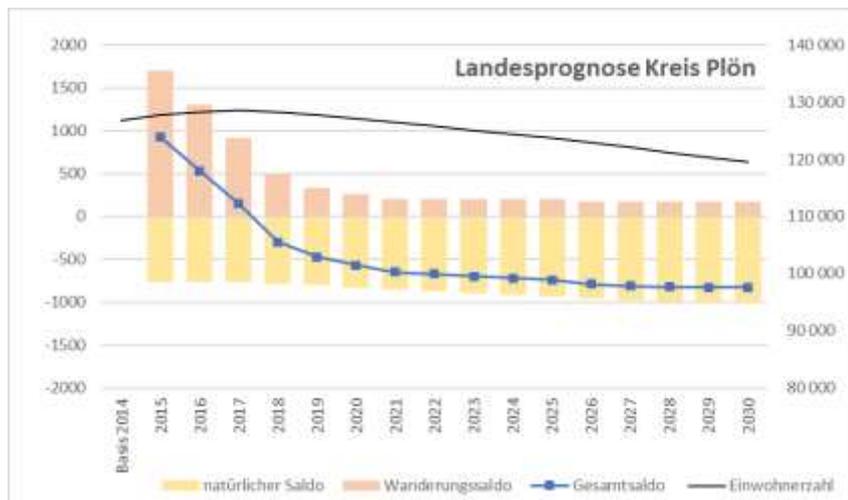


Abbildung 16: Bevölkerungsprognose für den Kreis Plön
[Quelle: Statistisches Amt für HH und SH, eigene Darstellung]

Die unausweichliche Entwicklung zeigt sich am deutlichsten in der Entwicklung der Alterspyramide. Die Landesprognose stellt die Differenzen der **Alterspyramiden** zwischen 2014 und 2030 auf Landesebene dar (Abbildung 17). Da diese zum Großteil aus einer reinen Hochrechnung der aktuellen Altersstruktur in Verbindung mit den prognostizierten Geburten- und Sterbezahlen hervorgeht, stellt sie eindrücklich dar, dass die zukünftig **deutliche Zunahme des Durchschnittsalters sowie der Senioren und Hochbetagten** keine Annahme, sondern eine Tatsache darstellt.

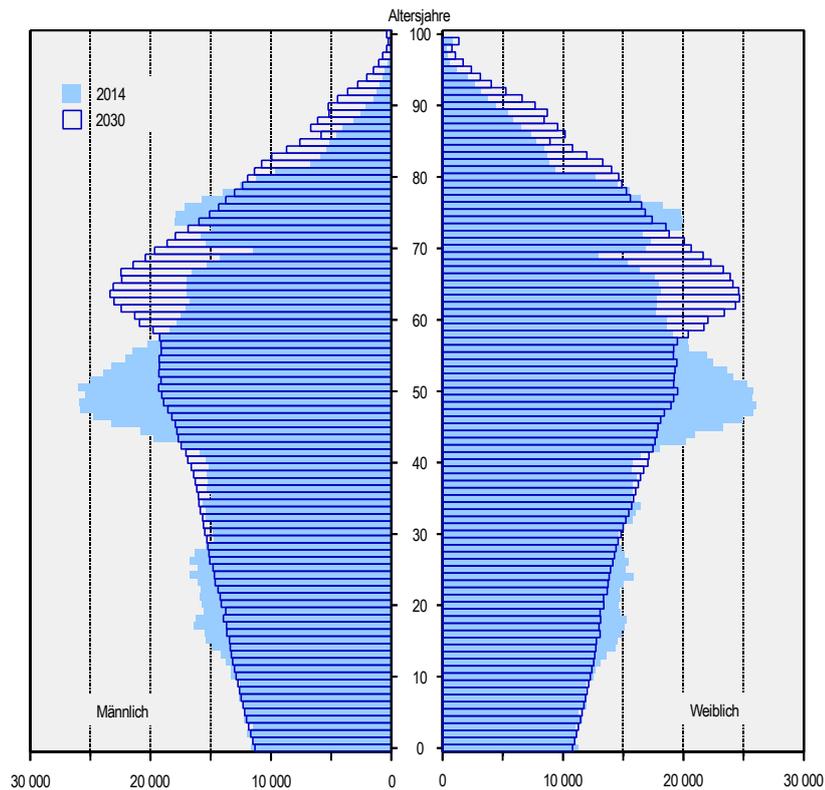


Abbildung 17: prognostizierte Differenz der Alterspyramiden 2014 und 2030 in Schleswig-Holstein [Quelle: Statistisches Amt für HH und SH]

Für den Kreis Ostholstein wird eine **Zunahme der Personen ab 65 Jahren** um 10.451 (+20%) von 52.739 im Jahr 2014 auf 63.190 im **Jahr 2030** erwartet, für den Kreis Plön ein Zunahme um 6.005 (+19%) von 32.095 im Jahr 2014 auf 38.100 im Jahr 2030. Bei den Kindern wird auf Kreisebene von deutlichen Rückgängen ausgegangen, wohingegen auf Landesebene, vor allem bei Kindern bis zehn Jahre, eher mit einer konstanten Entwicklung gerechnet wird. Für den Kreis Ostholstein wird eine **Abnahme der Personen bis 14 Jahre** um 2.738 (-12%) von 23.358 im Jahr 2014 auf 20.620 im Jahr 2030 erwartet, für den Kreis Plön ein Abnahme um 1.671 (-10%) von 16.251 im Jahr 2014 auf 14.580 im Jahr 2030. Durch den Eintritt der Babyboom-Jahrgänge ins Rentenalter werden zudem die **Personen im erwerbsfähigen Alter** voraussichtlich **deutlich** (um -17 bzw. -20%) **zurückgehen**.

Kreisprognosen

Für beide Kreise wird aktuell jeweils eine Prognose erarbeitet, die allerdings für diesen Bericht nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Vom Kreis **Plön** liegt eine **Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2014** vor, die allerdings teils **stark kritisiert** wurde aufgrund ihrer Abweichungen von der realen Entwicklung und deshalb zum Teil ungünstig verlaufener Maßnahmen. Für den Kreis Ostholstein liegt keine kreiseigene Prognose vor, allerdings wurde 2013 im Rahmen eines Daseinsvorsorgekonzepts für Neustadt und Lensahn eine kreisweite kommunalscharfe Prognose erstellt.

Beide Prognosen stellen Daten auf Ebene der Ämter bzw. der ämterfreien Gemeinden für das Basis- und das Prognosejahr dar. Für Plön umfasst das die Jahre 2012 und 2030, für Ostholstein 2011 und 2025. Für die Jahre dazwischen, also für die möglicherweise nicht lineare Entwicklung, werden keine Zahlen genannt. Beide Prognosen umfassen die Bevölkerungs- und Altersentwicklung, für Plön wird zudem die Haushaltszahl prognostiziert. Die Ergebnisse basieren auf der Landesprognose des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, aktualisiert mit den Daten des Zensus 2011 und, im Kreis Plön, Daten der Ämter und der Kommunen.

Für beide Kreise wird ein **überdurchschnittlicher Bevölkerungsrückgang** angenommen und eine **überdurchschnittliche Abnahme der jüngeren und erwerbsfähigen Bevölkerung**. Während die Landesprognose für Schleswig-Holstein von einem Rückgang von 1,5% der Bevölkerung von 2009 bis 2025 ausging, gehen die darauf basierenden aktualisierten Kreisprognosen von einem Rückgang von über 3% von 2011 bis 2025 für Ostholstein bzw. über 6% von 2012 bis 2030 für Plön aus.

Aus dieser Entwicklung wurde für Plön unter anderem geschlossen, dass es rein quantitativ insgesamt keinen Neubaubedarf gebe - mit Ausnahme von Bönebüttel, Plön und Preetz, da dort die Zahl der Haushalte zunehmen würde aufgrund der wiederum zunehmenden Haushaltsgröße.⁶ Die **Prognose für Plön** wurde **aufgrund „erheblicher Diskrepanzen“** zur späteren (bisherigen!) realen Entwicklung **stark kritisiert**.⁷

Der wahrscheinlich zentrale Grund für die starke Diskrepanz sind unvorhersehbare Konjunkturen wie die starken Wanderungsgewinne, v.a. durch Geflüchtete. Die Berechnungen selbst sind nach Auskunft des Kreises korrekt und im Horizont 2030 auch als tendenziell realistisch einzuschätzen. Die zwischenzeitlichen Wanderungsgewinne sind nicht endlos ausschöpfbar - es handelt sich um konjunkturelle und, wie sich bereits in den aktuellen Zahlen für das dritte Quartal 2017 zeigt, wahrscheinlich kurzfristige Trends. **Voraussichtlich werden die Wanderungsgewinne mittelfristig abebben** und die natürliche Bevölkerungsentwicklung die Gesamtentwicklung stärker bestimmen - dann wird sich die **reale Entwicklung der Annahme** bis zum Prognosejahr **immer stärker annähern**.

6 GEWOS (2014): [Kleinräumige Bevölkerungs- und Haushaltsprognose Kreis Plön](#).

7 u.a.: <https://www.cdu-kreis-ploen.de/seite/aktuelles/1056>

2.7.2 Entwicklungsszenarien für die AktivRegion

Auf Basis der aktuellen Prognose des Landes und unter Berücksichtigung der teilräumlichen Entwicklungsunterschiede der Kreisprognosen, aber auch der mittlerweile vorliegenden aktuelleren Bevölkerungszahlen, werden im Folgenden einige allgemeine Aussagen getroffen und dann Entwicklungsspektren für die AktivRegion und ihre Kommunen hergeleitet. Die Methodik der Errechnung wird im Anschluss erläutert.

— Wanderungsgewinne sind nicht unendlich

Es ist unausweichlich, dass den Wanderungsgewinnen Grenzen gesetzt sind. Schon in den aktuellen Zahlen für 2017 zeigt sich dies. Die beeinflussbare Grenze ist die **Kapazität ausreichend attraktiven Wohnraums** in der Region. Hier muss die Nachfrage quantitativ und qualitativ eingeschätzt und das Angebot entsprechend weiterentwickelt werden - auch die entsprechende Wohnfolgeinfrastruktur wird hierbei eine wachsende Rolle spielen.

Die nicht beeinflussbare und zudem kaum zu erfassende Grenze ist das **Potenzial der Zuziehenden**. Welche Menschen aus welchen Gründen zuziehen; wie viele weitere Menschen diese Wohnwünsche teilen und bisher nicht erfüllt haben - eine Einschätzung ist kaum möglich. Die Landesprognose rechnet damit, dass die zuletzt gute Konjunktur ein kurzzeitiges Hoch war und die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung schon kurzfristig übersteigt. Die aktuellen Bevölkerungszahlen für das dritte Quartal 2017 scheinen diese Tendenz zu bestätigen.

— Bevölkerungsrückgänge sind nur Frage der Zeit

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung wird langsam, aber stetig immer negativer und mit dem sicheren Rückgang der Wanderungsgewinne ist auch der Rückgang der Gesamtbevölkerung letztlich eine Frage der Zeit. Langfristig ist also davon auszugehen, dass die Bevölkerungsprognosen tendenziell richtig liegen.

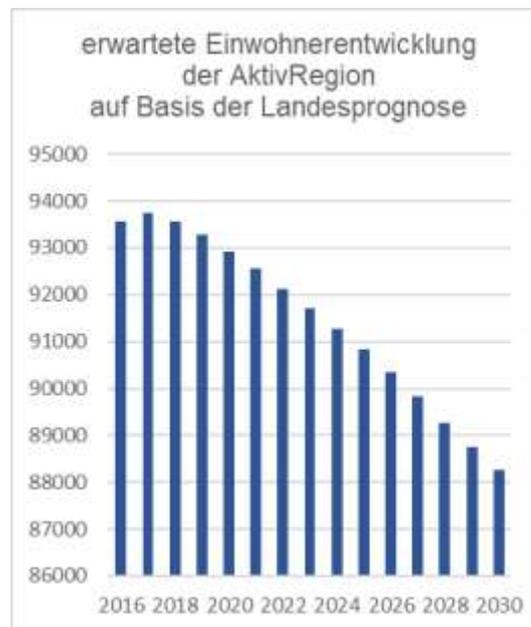


Abbildung 18:
erwartete
Einwohner-
entwicklung
der AktivRegion

Die Kommunen müssen sich somit für potenzielle Zuzüge aufstellen, aber dürfen sie nicht fest einplanen. Außerdem müssen sie sich auf mittelfristige Bevölkerungsrückgänge vorbereiten, denn diese werden unvermeidbar sein.

— Altersgruppen verschieben sich, soziale Lasten steigen

Die Aussagen zur Entwicklung der Altersgruppen treffen unterliegen aktuell aufgrund der starken Zuzüge starken Schwankungen, was sich vor allem auf die Kita- und Schulentwicklungsplanung auswirkt. Allerdings ist die Tendenz die gleiche. Laut Raumordnungsbericht des Bundes von 2017 wird es bis 2035 *„sieben Millionen Menschen geben, die über 80 Jahre alt sind; für fast alle Regionen bedeutet dies einen Zuwachs von 50 Prozent.“*⁸

Während also aktuell **auch für schrumpfende Altersgruppen Versorgungseinrichtungen weiter vorgehalten** und die Entwicklung genau beobachtet werden müssen, müssen die Kommunen sich **auf den Zuwachs Pflegebedürftiger vorbereiten**. Der Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter, also der „Einzahler/innen“ bedeutet zudem eine **zusätzliche Belastung für die Sozialsysteme**.

Faktoren der Szenarien

Aufbauend auf diesen grundlegenden Tendenzen werden auf der folgenden Seite drei Entwicklungsszenarien skizziert.

Die Prognose des Landes ist nur eine Tendenz; die Entwicklung hängt von einigen **Faktoren** ab, deren Entwicklung nicht sicher vorherzusagen ist. Die **natürliche Bevölkerungsentwicklung** wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit ungefähr so verhalten wie berechnet. Die Endlichkeit des **Zuwanderungspotenzials**, vor allem angesichts der im Landesdurchschnitt immer noch unterdurchschnittlichen Entwicklung der Region, ist auch sicher, aber sie kann unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Sie unterteilt sich vor allem in die **Gruppen der Senioren**, die für den Ruhestand in eine attraktive Kur- und Tourismusregion ziehen wollen, in **junge Familien**, die in der Natur wohnen wollen, mit guter Anbindung an die umliegenden (überfüllten und teuren) Großstädte, aus dem gleichen Grund die **Pendler** - und zuletzt Geflüchtete, deren starker Zuzugs allerdings bereits abgeklungen ist. Die Szenarien entstehen aus je einer Variation dieser Faktoren.

8 <https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Blog/DE/171116-Raumordnungsbericht-2017-Daseinsvorsorge-im-Blick.html> [Zugriff 03.05.2018]

— Szenario „unglückliche Entwicklung“

Im schlimmsten Fall kommt zu einem zu erwartenden Abklingen des Zwischenhochs in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ein schnelles Abflachen der Zuwanderung hinzu. Das Zuzugspotenzial an jungen Familien und Pendlern, die die Großstadt „satt haben“ ist bereits kurzfristig erreicht; für den Ruhestand erweist sich die Region als nicht gut genug versorgt und das Hinterland als zu schlecht angebunden. Wirkliche Aufwertungen, die auch überregional wahrgenommen werden, hat die Region verpasst.

— Szenario „glückliche Entwicklung“

Die aktuell ausgeglichene natürliche Bevölkerungsentwicklung und der Zuzug junger Familien halten noch für ein paar Jahre an, die Bereitstellung von Kita-Plätzen gelingt knapp, aber erfolgreich. Das Zuzugspotenzial klingt zwar trotzdem innerhalb einiger Jahre ab, doch die nachnutzbaren Einrichtungen werden schnell zu belebten Räumen für die Gemeinschaft. Das weitere Wachstum der Großstädte schlägt auf die Orte mit Bahnhöfen über, die Auslastung der Verbindungen nimmt stetig zu. Vereinzelt finden sich sogar Nachnutzungen für leerfallende Einfamilienhäuser - die Bebauungsstruktur ist allerdings bald ausgereizt und für Nachverdichtungen finden sich nur wenige Investoren. Der Zuzug von Senioren hält an, allerdings kann das Potenzial nur begrenzt ausgeschöpft werden, da mangels größerer gemeinsamer Profilierungsmaßnahmen auch eine Zunahme der Investitionen ausbleibt. Durch den starken Zuzug vor allem von Senioren verändert sich auch der Ortscharakter, doch Konflikte oder größere Probleme bleiben aus.

— Szenario „aktive Attraktivitätssteigerung“

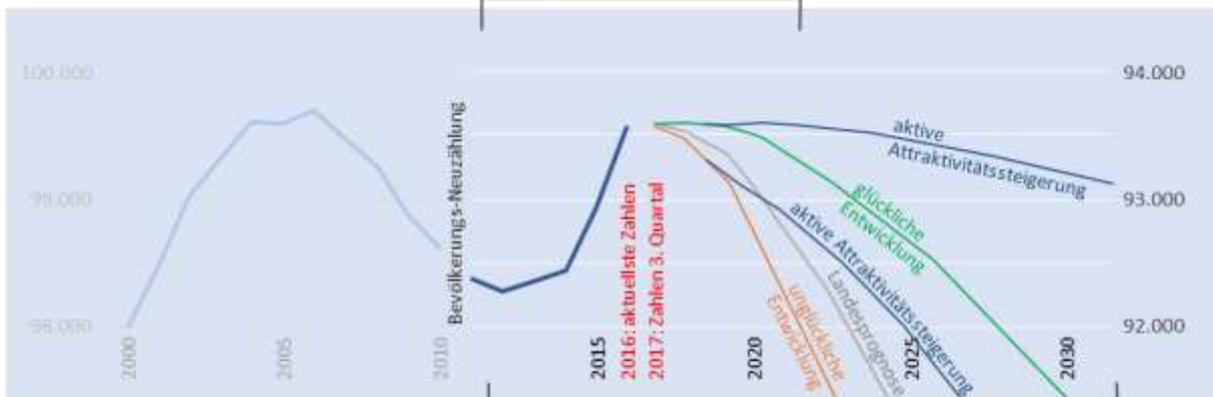
Eine Vielzahl innovativer Maßnahmen sorgt für eine wahrnehmbare deutliche Attraktivitätssteigerung. Bspw. wird die Nachfrage nach Wohnraum dadurch gestärkt, dass ihr mit attraktiven Flächen und Konzepten begegnet wird; für zentrale altersgerechte Etagenwohnungen werden Nachverdichtungskonzepte umgesetzt. Koordinierte und geförderte Initiativen zur kostengünstigen Umgestaltung von leergefallenen Einfamilienhäusern locken junge Familien an, die preiswert Eigentum bilden möchten. Eine Initiative für mobile Senioren und Barrierefreiheit in Kooperation von öffentlicher Hand und Betreibern von Wohn- und Pflegeangeboten schafft es in die Presse und erhöht die Nachfrage. Die gute Infrastruktur für Senioren entlastet das Pflegepersonal, in Verbindung mit der steigenden Zahl von Senioren wird die Eröffnung einer weiteren Pflegeschule in der Region diskutiert. Aufgrund der guten Anbindung der Ortskerne an den überregionalen Verkehr mit Bike+Ride-Stationen und abgestimmten Kleinbus-Direktverbindungen profitieren auch die etwas kleineren Orte vom Wachstum der Großstädte. Durchdachte und unkomplizierte Versorgungsangebote lenken den Fokus auf die zahlreichen Stärken der schönen Region.

Bevölkerungsentwicklung in der AktivRegion

Entwicklung der Einwohnerzahl und einwirkende Faktoren

kurzfristig:
starker Bevölkerungszuwachs
wegen Flüchtlingswelle

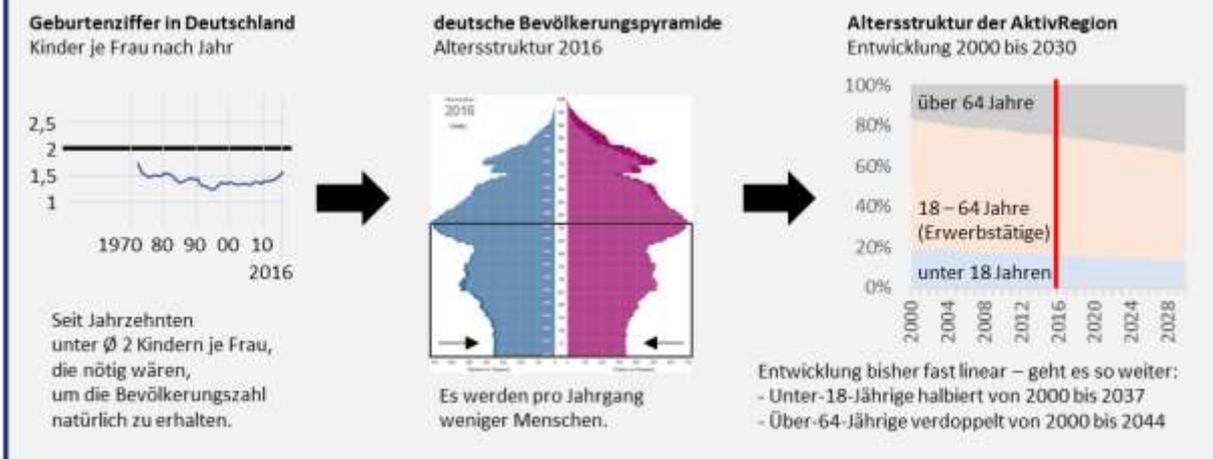
mittelfristig:
Zuwanderung
junger Familien
- aber Potenzial begrenzt
(s. Bevölkerungspyramide)



auch perspektivisch:
Zuwanderung im Ruhestand

dauerhaft:

weniger Geburten als Sterbefälle



Errechnung der Prognosezahlen

Die Prognose der Einwohnerzahlen ist auf Basis der Landesprognose von 2016 zur Basis 2014 erfolgt. Da die reale Entwicklung von der Landesprognose 2016 nur im Promillbereich abweicht, wurde die Einschätzung bis 2030 übernommen. (s. Abbildung)

Einwohner/innen	2014	2015	2016	2017
Kreis Ostholstein - Prognose	198.355	200.200	201.300	201.800
Kreis Ostholstein - real	198.355	199.574	200.813	201.273
Kreis Plön - Prognose	126.865	127.800	128.300	128.500
Kreis Plön - real	126.865	128.034	128.703	128.959

Abbildung 19: Vergleich Prognose - reale Entwicklung

Die Errechnung der Einwohnerzahlen für die AktivRegion und die Kommunen, die auch in Kapitel 6 „Gesamtbild AktivRegion: Versorgungssituation, Handlungsbedarf, Zuständigkeiten“ und für die den Kommunen bereitgestellten kommunalen Daseinsvorsorgeprofile verwendet wurden, erfolgte auf Basis der Kreisprognosen.

Da das Verhältnis, in dem sich die Städte und Kommunen innerhalb der Kreise zueinander entwickeln, in der Realität von der Prognose zum Teil deutlich abgewichen ist, wurde das in der Kreisprognose verwendete Verhältnis angepasst. (s. Abbildung) Die Gesamtprognose verändert sich dadurch um wenige Prozent.

	prognostizierte reale Veränderung 2011 bis 2025	reale Veränderung 2011 bis 2016	Anpassung d. Schätzung bis 2025
Kreis Ostholstein	-3,1%	1,44%	
Bosau	-10%	-1,30%	+ 4%
Eutin	-3%	4,04%	+ 1%
Malente	-1%	1,21%	- 1%
Süsel	-1%	-4,29%	- 8%
OH-Mitte	-6%	-1,20%	0%

	prognostizierte reale Veränderung 2012 bis 2030	reale Veränderung 2012 bis 2016	Anpassung d. Schätzung bis 2030
Kreis Plön	-6,3%	1,17%	
Amt Großer Plöner See, Ascheberg & Bösdorf	-10%	0,32%	+ 3%
Amt Bokhorst-Wankendorf & Bönebüttel	-9%	0,61%	+ 2%
Plön	-3,3%	3,02%	0%
Preetz	-3,1%	3,25%	0%
Amt Preetz-Land	-5%	-0,33%	- 2%

Abbildung 20: Vergleich Entwicklung der Kreisregionen zueinander

2.8 Zusammenfassung und Schlüsse

Folgende Aussagen können zusammenfassend getroffen werden:

Bevölkerungsentwicklung und Wanderungen

- Bevölkerung der AktivRegion zuletzt gewachsen
- **Wachstum** beschränkt sich allerdings fast vollständig auf die Jahre 2015 und 2016 (hier spielen auch Geflüchtete eine Rolle) und liegt mit 1,3% (von 2011 bis 2016) **deutlich unter Landesschnitt** von 2,8%
- Wachstum konzentriert sich im Schnitt in Zentren: Gemeinden mit Orten über 5.000 Einwohner/innen gewinnen +3%, die kleineren Gemeinden verlieren im Schnitt -1%
- zwischen den beiden Kreisen bestehen in der Entwicklung keine signifikanten Unterschiede
- die Wanderungsgewinne übersteigen alle Erwartungen, aufgrund der Meldeprobleme Geflüchteter sind die Zahlen allerdings schwer zu interpretieren
- die Landesprognose erwartet ein schnelles Abklingen der Zuwanderung, das sich bereits in der aktuellen Zahl für das dritte Quartal 2017 zeigt - die genaue Bedeutung der benannten aktuell starken Nachfrage nach Wohnraum und das genaue Zuwanderungspotenzial durch überfüllte Wohnungsmärkte in den Großstädten sind unklar
- die bisherige und zukünftige natürliche Bevölkerungsentwicklung ist insgesamt konstant negativ
- trotz des aktuellen Zwischenhochs ist die negative Entwicklung mit großer Sicherheit nicht abzuwenden; es ist sehr wahrscheinlich, dass diese gravierend wird

Altersstruktur

- von 2006 bis 2016 ist der Anteil älterer Einwohner/innen deutlich gewachsen - die unter-18-Jährigen sind um -2% zurückgegangen, die 18- bis 64-Jährigen ebenfalls um -2%, die über-64-Jährigen haben um +4% zugenommen
- besonders stark überaltert sind einige periphere Kommunen (v.a. Dörnick, Nehnten und Tasdorf), aber auch größere Orte sind überdurchschnittlich alt, v.a. da sie Standort vieler Seniorenresidenzen sind
- es gibt keine einheitliche Tendenz, wo die Alterung stärker ist; u.a. nehmen Neubaugebiete starken Einfluss
- perspektivisch wird die Bevölkerung, noch bestärkt durch Zuzüge im Rentenalter, weiterhin stark und zunehmend altern

Haushalts- und Wohnraumentwicklung

- Haushaltsgrößen nehmen deutschlandweit ab, die Problematik alleinstehender Senioren in EFH, die zudem unattraktiv zum Weiterverkauf sind, wird die Siedlungsdichte weiter senken und eine effektive Versorgung erschweren
- es gibt Stimmen, dass Mietwohnungen und sozialer Wohnraum fehlen
- Wohnraum und Infrastruktur müssen für die Zielgruppen Senioren und Familien optimiert werden; viele Kommunen sind dahingehend bereits aktiv

Wirtschafts- und Pendlerentwicklung

- die wirtschaftliche Entwicklung ist positiv, aber die Region leidet stark unter dem Fachkräftemangel
- die Pendlerzahlen steigen kontinuierlich an, der Pendlersaldo entwickelt sich insgesamt konstant negativ
- die Einwohnerentwicklung wird voraussichtlich weiterhin besser verlaufen als die Gewerbeentwicklung, damit wird die Entwicklung des Pendlersaldos weiterhin negativ verlaufen

3. bestehende Planungen: raumbezogene Planungen und Ziele im Bereich Daseinsvorsorge

Der ländliche Raum ist der Fokusbereich der Raumentwicklung der letzten Jahre und dessen Versorgung auch im **Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2018** wieder ein wichtiges Thema, der u.a. besagt, dass „Menschen in allen Regionen einen guten Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge [...] haben“ sollen. Dafür sollen die kommunale Selbstverwaltung und das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt, die Förderung von strukturschwachen Regionen weiterentwickelt und vor allem in den Bereichen Digitalisierung (inkl. Breitband- und Netzausbau), Mobilität und Gesundheits- und Pflegeversorgung investiert werden.

3.1 Planungsebenen

Im Folgenden werden die **übergeordneten Planungen von Land und Kreisen** sowie **Planungen anderer Zusammenschlüsse**, die im räumlichen Zusammenhang zur AktivRegion und ihren Kommunen stehen, betrachtet, soweit sie den Themenkomplex Daseinsvorsorge betreffen. Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Veränderungen in der Daseinsvorsorge für die Versorgung der ländlichen Räume in den meisten aktuellen Planwerken eine wichtige Rolle spielen, bisher aber klare Lösungsansätze fehlen.



Abbildung 21: Übersicht der Planungsebenen [eigene Darstellung]

Die **formelle Planung der öffentlichen Hand** besteht aus **aufeinander aufbauenden, Raumordnungsplänen**. Deren Basis bildet die **Landesentwicklungstrategie (LES)**, die aktuell (Stand August 2018) nur in Entwurfsform vorliegt. Auf Basis der LES wird der **Landesentwicklungsplan (LEP)** fortgeschrieben - der oberste verbindliche Raumordnungsplan, der aktuell noch in der Fassung von 2010 gilt. Auf der Basis des LEP werden wiederum die **Regionalpläne** komplett neu aufgestellt, da die Planungsräume mit dem Landesplanungsgesetz 2014 neu zugeschnitten und von fünf auf drei reduziert wurden. Die Aufstellung aller Planwerke wird zurzeit vorbereitet, erste

Entwürfe werden im dritten Quartal 2018 erwartet. Für Ostholstein gilt aktuell der Regionalplan SH-Ost 2004, für Plön der Regionalplan SH-Mitte 2000.

Aus den Vorgaben der übergeordneten Raumordnungspläne entwickeln die Kommunen die formelle Flächennutzungsplanung, die zum Teil von strategischen Planungen begleitet wird oder darauf aufbaut. Solche **strategischen Planungen** - aber auch andere themenspezifische Planungen - können alternativ oder zusätzlich **auch auf Ebene der Kreise oder kreisübergreifender oder interkommunaler Zusammenschlüsse** wie der Kiel Region oder der AktivRegionen erstellt werden. Dort haben sie zumeist zusätzlich oder zum Teil auch hauptsächlich koordinierende Funktion.

Die vorliegenden Planwerke der überkommunalen Ebenen werden im Folgenden kurz betrachtet. Die **kommunalen und sektoralen Planungen** werden **in den jeweiligen Kapiteln** zu den Kommunen bzw. Sektoren behandelt (unter Kapitel 5 bzw. 4.3).

3.2 Landesplanung

Das Thema Daseinsvorsorge in der Landesentwicklungsstrategie⁹

Im aktuellen Entwurf der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030¹⁰ werden **elf strategische Leitlinien** zu verschiedenen Themen formuliert. In den Leitlinien Regionen im Wandel, Lebensqualität, Bildung und Mobilität ist die Daseinsvorsorge unmittelbar thematisiert, hinzu kommen die Leitlinien Digitalisierung, Moderner Staat und Gesellschaft sowie Vernetzung und Kooperation, in denen die **Daseinsvorsorge mindestens eine zentrale Rolle** spielt. Mit der Präsenz in sieben von elf Leitlinien wird deutlich, dass das Thema Daseinsvorsorge in Schleswig-Holstein weit oben auf der Agenda steht. Die **Versorgung in der Fläche** nimmt dabei eine **eigene Leitlinie** ein, die vor allem die Erprobung neuer Modelle, Erfahrungsaufbau und -austausch anstrebt. Hierfür wurde unter anderem das Netzwerk Demografie ins Leben gerufen.¹¹

Die Strategie formuliert deutlich den Bedarf, Infrastrukturen den sich wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Das zentrale Thema ist dabei die Schaffung altersgerechter Strukturen, wo soziale Kontakte und die häusliche Pflege nicht mehr gewährleistet sind. Dazu gehören aber auch die **Sicherung der medizinischen Versorgung** in der Fläche allgemein, der Kinderbetreuung, von Freiraum und Freizeitangeboten, vor allem auch für Kinder und Jugendliche, sowie die Erprobung neuer Wege im nachwuchsgeschwächten (v.a. Sport-) Vereinswesen.

In Bezug auf die Infrastruktur im ländlichen Raum, so die LES, müssten „*aufgrund von sinkender Nachfrage, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, **Betreuungs- und Versorgungsangebote durch***

9 bezieht sich auf die Entwurfsfassung von 2017

10 Die Landesentwicklungsstrategie befindet sich aktuell in der Entwicklung. Der Entwurf war Grundlage der Online-Beteiligung von Januar bis Mai 17, seit deren Abschluss die LES überarbeitet und fertiggestellt wird. (Stand August 2018)

11 http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/D/demografie/demografie_netzwerk.html

Konzentration, Schließung, Kapazitätsrückbau, Ausbau temporärer Angebote, Einführung kombinierter Nutzungen oder flexiblerer Organisationsansätze angepasst werden. Gleichzeitig erhöht sich bei der Infrastruktur für ältere Menschen die Nachfrage, weshalb die vorhandenen Angebote ausgedehnt und möglichst auch qualitativ verbessert werden sollten.¹² Das Land möchte zudem die **gemeinsame Entwicklung neuer Ansätze und Trägermodelle** anregen, um Infrastrukturen aufrechtzuerhalten, und den Kommunen dafür mehr Handlungsfreiheit gewähren, indem z.B. Standards flexibler gestaltet und rechtliche Hürden abgebaut werden sollen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der **interkommunalen Zusammenarbeit** liegen. Die **Landesregierung will die experimentelle Erprobung** solcher Ansätze **im Rahmen von Modellvorhaben unterstützen**. Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen soll deren Förderung entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden, gleichzeitig muss aber eine hohe Verlässlichkeit gewährleistet sein.

Als konkrete Daseinsvorsorgebereiche werden Bildung und Mobilität thematisiert - hierauf wird im Kapitel 5 Versorgungssituation: sektorale Betrachtung eingegangen.

Die **Digitalisierung** nimmt als Leitlinie #1 die zentrale Position in der LES ein - Schleswig-Holstein will hier eine Vorreiter-Rolle einnehmen. Der erste Schritt ist der proaktive Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Ziel ist neben der Stärkung der Wirtschaft u.a. die **Kompensation von Versorgungsnachteilen**, z.B. durch telemedizinische Angebote oder E-Learning sowie die Verbesserung der demokratischen und kulturellen **Teilhabe** und vor allem die Etablierung von effizienter Verwaltungsarbeit und Bürgerservices. Dieser letzte Fokus wird auch durch die Digitale Agenda und die eGovernment-Strategie von 2016 unterstrichen; Lösungsansätze für die „klassische“ Daseinsvorsorge werden hingegen noch nicht behandelt. Mit dem Ausbau der Möglichkeiten einher geht der entsprechende Kompetenzaufbau bei Verwaltungen und Bürger/innen.

Das Thema Daseinsvorsorge in der Landesentwicklungsplanung

Während der Bearbeitung des Basismoduls erfolgte die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans (LEP), der daher noch nicht berücksichtigt wurde. Der aktuell gültige LEP stammt aus dem Jahr 2010 und **basiert zu Teilen auf veralteten Annahmen**, u.a. auf einer Bevölkerungsprognose, die deutlich negativer ist als die real eingetretene Entwicklung, wie in der folgenden Abbildung zu erkennen ist. Viele der strategischen Aussagen sind deshalb, auch da die aktuelle strategische Ausrichtung mit dem Entwurf der LES bereits vorliegt, nur eingeschränkt für die zukünftige Entwicklung relevant.

12 Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030, Entwurf 2017

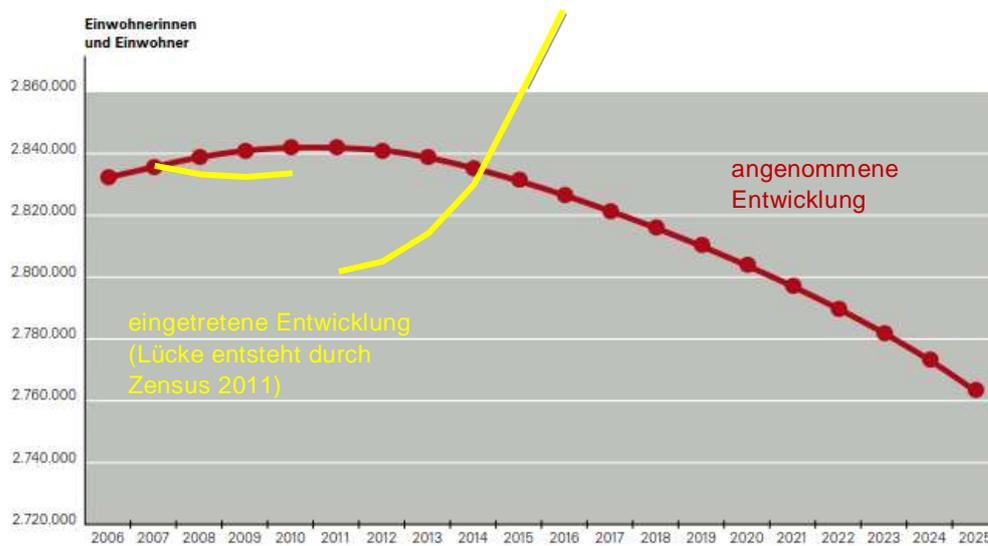


Abbildung 22: angenommene Einwohnerentwicklung in Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2007 im Vergleich zur realen Entwicklung [Quelle: Landesentwicklungsplan SH von 2010, angepasst mit Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein]

Die Tendenz, dass das Durchschnittsalter ansteigen würde, hat sich hingegen bewahrheitet - wenn auch deutlich langsamer als angenommen. Die **Anpassung der Versorgungsstruktur** in Erwartung dieser Entwicklung ist eines der zentralen Ziele des LEP im Bereich der Daseinsvorsorge, neben u.a. der **Stabilisierung des zentralörtlichen Systems** und dem **Ausbau der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit** (in Form bspw. der AktivRegionen und der Kiel Region umgesetzt).

Der LEP konkretisiert strategische Ziele zu klaren räumlichen Aussagen zur Versorgung. Generell sollen **die meisten Angebote in Zentralen Orten vorgehalten** werden, einige zusätzlich mobil, **andere nur in Mittel- oder Oberzentren**. Es werden vor allem Anforderungen formuliert, aber wenige Lösungsansätze - dementsprechend wurden **in vielen Bereichen bis heute keine Lösungen gefunden**, die Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Bspw. unterscheidet sich der Bedarf an den ÖPNV kaum von der sieben Jahre später formulierten LES. Die jeweiligen Aussagen zur sektoralen Versorgung finden sich zusammengefasst in Kapitel 5 Versorgungssituation: sektorale Betrachtung.

Der LEP weist, wie in der folgenden Abbildung zu sehen, darüber hinaus **nahezu die gesamte Fläche** der AktivRegion als **Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung** aus; nachgestellt den Schwerpunkträumen, zu denen neben Nord- und Ostseeküste auch Teile von Eutin und Malente im Naturpark Holsteinische Schweiz gehören. Eine Ausweitung des Bereichs auf Bösdorf und Plön ist laut Auskunft des Kreises Plön aktuell in der Diskussion. In diesen Gebieten stehen die Bereitstellung guter nahverkehrlicher Anbindung und touristischer Infrastruktur im Fokus. Dieser Schwerpunkt kann auch den damit verknüpften Daseinsvorsorgeleistungen zugutekommen. Die Stadt Eutin hat im Gespräch allerdings geäußert, dass der **Region der Anschluss an den allgemeinen Tourismus-Boom** - und insbesondere

den der Ostseeküste - **bisher nicht gelinge** und größere Investoren die Region mieden.¹³

Insbesondere der Bereich der Seenlandschaft ist als **Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft** ausgewiesen, was bedeutet, dass diesen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beizumessen ist, was förderlich für die Erholung, aber unter Umständen hinderlich für die sonstige, vor allem wirtschaftliche, Entwicklung sein kann.



Abbildung 23: Markierung der AktivRegion im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 [Quelle: Kartengrundlage Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, eigene Darstellung]

Zentralörtliche Gliederung

Die Zentralörtliche Gliederung wird durch die „Landesverordnung zur Festlegung der Zentralen Orte und Stadtrandkerne [...]“ von 2009 festgelegt, die zuletzt 2014 aktualisiert wurde.¹⁴ Die aktuelle Version ist bis zum 29. September 2019 in Kraft.

Die Inhalte der Verordnung, also die Ausprägung des Zentralörtlichen Systems, werden in Kapitel 4.3 „Versorgungsbezüge und das Zentralörtliche System“ erläutert.

¹³ vgl. hierzu u.a. <http://www.sgvsh.de/Tourismus/Veranstaltungen.html> [Zugriff 15.08.2018]

¹⁴ Mit Eintreten setzte die Verordnung die zuvor wirksame „Verordnung zum zentralörtlichen System“ von 1997 außer Kraft.

Bau der A21 /
Ausbau der B 404
(Bundesplanung)

Zur Entlastung der A7 und Hamburgs als Verkehrsknotenpunkt und zur strukturellen Erschließung der Region wird die **Nord-Süd-Verbindung B404 von Kiel nach Süden aktuell zur Autobahn A21 ausgebaut**. Die Autobahn ist bisher **südlich an die A1 angeschlossen** und nördlich bis **Löptin fertiggestellt**. Auch **Wankendorf und Stolpe sind bereits Richtung Süden angeschlossen**. Die Fertigstellung der Verbindung nach Kiel wird voraussichtlich frühestens Ende der 2020er Jahre erfolgen. Bereits aktuell führt die A21 zu einer verstärkten Orientierung der Region Richtung Kiel.



Abbildung 24: Ausbau der B 404 zur A 21 - Bauabschnitte [Quelle: Schleswig-Holstein.de, Artikel A 21 - Ausbau der B 404]

Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung (Bundesplanung)

Der Erweiterung der A1 zu einer festen Fehmarnbelt-Querung ist eines der zentralen europäischen Verkehrsprojekte. Die 19 km lange Querung wird die erste Straßenverbindung von Deutschland in die Region Kopenhagen und damit eine wichtige Wirtschaftsverbindung darstellen. Das Projekt umfasst nicht nur die feste Querung an sich, sondern auch den Ausbau der Hinterlandanbindungen (Straße und Schiene) auf beiden Seiten. Es wird erwartet, dass der Bau die **Entwicklungsmöglichkeiten der Region nachhaltig beeinflussen** und, **vor allem hinsichtlich der touristischen Nachfrage**, neue Perspektiven eröffnen wird.

Die A1 verläuft östlich der AktivRegion, weshalb die **ostholsteinischen Gemeinden** eher zu deren **unmittelbarem Hinterland** gehören als der Kreis Plön, was sich auch darin zeigt, dass Ostholstein Teil des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) in Folge der Planung ist. Das REK wird im Abschnitt 3.4 „Kreisplanung und kreisübergreifende Planungen“ betrachtet.

Zusammenfassung

Strategisch (in der LES) nimmt das Thema Daseinsvorsorge eine der zentralen Rollen ein. Dabei stehen die Folgen der demografischen Veränderungen (Auffangen der zunehmenden Seniorenzahlen bei rückläufigen Sozialstrukturen) und die Versorgung in der Fläche (medizinische Versorgung, Kinderbetreuung) im Fokus. Hierfür sollen neue, auch experimentelle, Ansätze und Trägermodelle entwickelt und dabei besonders zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und vereinfacht werden. Die Nutzung der Digitalisierung, digitale Teilhabe als Kompensation für Erreichbarkeits- und Angebotsdefizite, ist der zentrale Lösungsansatz.

Der LEP legt fest, auf welcher räumlichen Ebene Einrichtungen der verschiedenen Daseinsvorsorge-Bereiche vorgehalten werden sollen - zu meist in den Zentralen Orten, zum Teil mobil, zum Teil nur in Mittel- oder Oberzentren. Die Zentralen Orte liegen allerdings, insbesondere in den dünn besiedelten westlichen Gebieten, recht weit auseinander, was die Erreichbarkeit der Grundversorgung einschränkt.

Die Einstufung eines Großteils der Region als Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung kommt der nahverkehrlichen Erschließung und der Infrastruktur, die mit Touristen geteilt wird, zugute.

Weitere Relevanz hat der Ausbau der beiden Bundesautobahnen A21, die als Verbindung durch die westliche AktivRegion Kiel nach Süden an die A1 anbindet, und der A1 selbst, die als feste Querung des Fehmarnbelts ausgebaut wird, wovon starke Entwicklungsauswirkungen für das Hinterland der A1, zu dem der östliche Teil der AktivRegion gehörte, erwartet werden.

3.3 Regionalplanung

Die Regionalpläne sollen auf Basis des LEP für die 2014 neu zugeschnittenen und von fünf auf drei reduzierten Planungsräume neu aufgestellt werden. Bis das geschieht, gelten für Ostholstein der Regionalplan Ost von 2004 und für Plön der Regionalplan Mitte von 2001, die beide für einen Zeitraum bis 2015 angelegt waren. Die **Ziele und Grundsätze** der Regionalpläne sind für die Bauleitplanung **verbindlich und in der Abwägung zu beachten**.

strategische Schwerpunkte der Regionalpläne

Die Festlegungen der Regionalpläne entsprechen ohne größere Abweichungen denen des LEP von 2010, konkretisieren diese aber räumlich. Die Zentralen Orte werden außerhalb der Regionalpläne per Landesverordnung festgelegt (s.oben). Im Fokus der Regionalpläne steht die **Stärkung der Zentralen Orte** nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration, begleitet von **interkommunaler Kooperation**. Laut Regionalplan SH-Mitte sollen in Arbeitsteilung regionale Standortprofile sich ergänzender Einzelstandorte entwickelt und auch in der Bevölkerung die regionale Identität gestärkt werden.

Zudem soll durch Regionale Nahverkehrspläne und alternative Angebotsformen soll eine **attraktive Verkehrsbedienung** gesichert werden. Kapitel 4.4

„Erreichbarkeit“ geht darauf näher ein. Die **Siedlungsentwicklung** soll sich im Kreis Plön schwerpunktmäßig **an leistungsfähigen ÖPNV-Linien orientieren**.

Raumklassifizierung

Preetz und die nördlichen Teile des Amtes Preetz-Land liegen in den Randgebieten des verdichteten Ordnungsraums Kiel, wodurch sich ihre Entwicklung an den Siedlungsachsen des Verdichtungsraums orientieren und sie vor allem Ausgleichsfunktionen übernehmen sollen. Die restlichen und größten Gebiete der AktivRegion sind als ländliche Räume klassifiziert. Die **Räume um Eutin, Plön und Malente sowie um Neumünster** sind als **Stadt- und Umlandbereiche** im ländlichen Raum klassifiziert und sollen u.a. **als Versorgungsschwerpunkte gestärkt werden**. Außerdem sollen Maßnahmen der Bauleitplanung Erfordernisse der Kernstadt bzw. des gesamten Teilraums berücksichtigen. Als *„abgelegener strukturschwacher ländlicher Raum“* ist kein Gebiet der AktivRegion klassifiziert. Die **ländlichen Räume** sollen mithilfe der oben genannten Maßnahmen vor allem **als „eigenständige, gleichwertige und zukunftssträchtige Lebens- und Wirtschaftsräume erhalten und weiterentwickelt werden.“**¹⁵

Die Regionalpläne treffen darüber hinaus einige **räumlich sehr konkrete Aussagen zur angestrebten Entwicklung der Versorgungs-Standorte**, die in Kapitel 4.3 „Versorgungsbezüge und das Zentralörtliche System“ ausgeführt werden und einige sektorale Aussagen, die in Kapitel 5 „Versorgungssituation: sektorale Betrachtung“ einfließen.

Zusammenfassung

Die Regionalpläne entsprechen weitestgehend dem Landesentwicklungsplan, ergänzt um teilräumliche Konkretisierungen und die Raumklassifizierung. Die AktivRegion liegt fast vollständig im ländlichen Raum, der vor allem als gleichwertiger Raum erhalten werden soll; die einzige Ausnahme bilden die Kommunen bis Preetz, die im Verdichtungsraum Kiel liegen. Die Kommunen um Eutin, Malente und Plön sowie um Neumünster gehören zu Stadt- und Umlandbereichen im ländlichen Raum, deren Versorgungsfunktion gestärkt werden soll. Das gleiche gilt, in kleinerem Rahmen, für ländliche Zentralorte und einige Ortsteile, die ergänzende Versorgungsleistungen übernehmen (s. Kapitel 4.3.2). Zu den strukturschwachen ländlichen Räumen zählt kein Gebiet der AktivRegion.

3.4 Kreisplanung und kreisübergreifende Planungen

Auf Kreisebene gibt es keine formellen Planwerke; nach eigener Aussage wird das **Thema Daseinsvorsorge auf Ebene der Kreise nicht übergeordnet oder strategisch behandelt**, sondern nur themenbezogen. Laut Aussagen aus dem Kreis Plön gibt es Vorbehalte gegen ein Engagement des Kreises über die gesetzlichen Vorgaben hinaus - seitens des Kreises ebenso wie seitens der Kommunen, denen bspw. Transparenz

¹⁵ Regionalplan SH-Mitte 2000, S.17

in der Zusammensetzung der Kreisumlage fehle. Allerdings strebe der Kreis eine aktivere Rolle bei der Unterstützung der Kommunen an.

Die vorliegenden strategischen Planungen sind freiwilliger Natur. Beide Kreise beteiligen sich an unterschiedlichen kreisübergreifenden Planungen - Plön als Teil der Region um die Landeshauptstadt Kiel, Ostholstein im Rahmen des Ausbaus der A1 zu einer festen Fehmarnbelt-Querung (und als Teil der Metropolregion Hamburg). Zudem hat der Kreis Plön sich ein knappes strategisches Leitbild für die Verwaltungsarbeit gegeben.

Darüber hinaus gibt es **Fachplanungen** der Kreise wie bspw. die **Regionalen Nahverkehrspläne**, die in Kapitel 4.4 „Erreichbarkeit“ eingeflossen sind, die **Kreisschulentwicklungsplanung** oder die **Pflegebedarfsplanung**, die beide in das Kapitel 5 „Versorgungssituation: sektorale Betrachtung“ eingeflossen sind, sowie weitere Fachkonzepte wie z.B. Windenergiekonzepte, die über den Fokus dieser Untersuchung hinausgehen und deshalb nicht betrachtet wurden. Der Kreis Plön hat zudem ein regionales Energieteilkonzept öffentliche Gebäude erstellt.

Strategische Handlungsfelder des Kreises Plön (2012)

Die fünf strategischen Handlungsfelder dienen als Orientierung für die Arbeit der Kreisverwaltung (nicht für die Kommunen) und sollen eine gleichrangige Berücksichtigung der Elemente Ökologie, Ökonomie und Soziales, eine nachhaltige Ausrichtung und die positive Begleitung des demografischen Wandels sicherstellen. Die Sicherung der Versorgung nimmt dabei eine prominente Rolle in vieren der fünf Handlungsfelder ein: Der Kreis Plön soll als Wohn- und Erholungsraum gestärkt werden, wobei insbesondere die Versorgung und die Wirtschaft, vor allem über den Tourismus, gesichert und regional weiterentwickelt werden sollen. Betreuung und Pflege, Integration und Inklusion sollen gesichert werden; u.a. über eine Förderung des Miteinanders und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Alle vorhandenen Bildungsangebote sollen gesichert werden und wohnortnah oder gut erreichbar verfügbar sein, kulturelle Akteur/innen sollen unterstützt werden. Zuletzt sollen die Infrastrukturen, vor allem die kreiseigenen (Liegenschaften, Klinik Preetz, Verkehrswege, ÖNPV, Abfallwirtschaft), zukunftsfähig entwickelt werden.

Nach Aussage des Kreises **konnten sich** die strategischen Handlungsfelder allerdings leider **nicht als Leitfaden für die alltägliche Arbeit durchsetzen** und haben keine Präsenz.

Regionales Entwicklungskonzept der Kiel Region (2013)

Um die Region bestmöglich zu positionieren, haben die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie die Stadt Kiel sich zu verstärkter Zusammenarbeit entschlossen. 2008 gründeten sie die überregionale Kiel Region GmbH und 2013 wurde die Erarbeitung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) mit dem Zeithorizont 2025 fertiggestellt.

Der Kreis Plön¹⁶ hat **Leitbild und Entwicklungsziele des REK der Kiel Region unter einigen Maßgaben beschlossen**. Dazu gehören u.a. die zukünftig **stärkere Berücksichtigung der Scharnierfunktion** des Kreises

16 genauer: der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Plön zwischen den Zentren und **verstärkte Anstrengungen**, den Kreis **in den Wirkungsbereich der Struktureffekte der Fehmarnbelt-Querung** zu bringen, wie es Ursprungsidee des Konzeptes gewesen sei. Zudem seien die **politischen Akteure nicht ausreichend** in den Prozess **eingebunden** gewesen.

Wie diese Maßgaben und die Motivation, die Region zu positionieren, vermuten lassen, **konzentriert sich** das REK **auf die Standortentwicklung des Verdichtungsbereichs**. Der Grund dafür ist unter anderem, dass sich das REK aus Budgetgründen auf die Bereiche der verkehrlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der regionalen Kooperation konzentriert. Dennoch werden **klare Entwicklungsziele auch für die Versorgung und Erreichbarkeit im ländlichen Raum** formuliert:

- die sukzessive, **vorausschauende Anpassung der Versorgungsinfrastrukturen** entsprechend der demografischen Entwicklung und die Sicherung von **Mindestversorgungsstandards**
- die **Verbesserung des innerregionalen Mobilitätsangebotes** unter demographischen und Nachhaltigkeitsaspekten zur Sicherstellung einer zuverlässigen, sicheren und kostengünstigen Mobilität und zur Verbesserung der **Erreichbarkeit von Zentren und Randbereichen**
- die aktive **Stärkung des regionalen Selbstverständnisses**

Der Fokus des REK liegt auf der **Erarbeitung gemeinsamer Maßnahmen**. So soll bspw. die **Gewerbeflächenentwicklung** in der Kiel Region strategisch abgestimmt werden, die **Schulentwicklungsplanung** abgestimmt werden, ein **gemeinsames Konzept für die innerregionalen Verkehre** erstellt werden und gemeinsame Lobbyarbeit für die Anbindung der Region betrieben werden, außerdem läuft ein Projekt „Kiel Region = **gesunde Region**“. Arbeitsgruppen erarbeiten weiterhin Vorgehensweisen zu verschiedenen Themen, u.a. „**regionale Daseinsvorsorge**“.

Die KielRegion erarbeitet weitere Fachkonzepte, unter anderem wurde kürzlich der Masterplan Mobilität fertiggestellt, der Eingang in Kapitel 4.4 "Erreichbarkeit und Mobilität" findet.

Regionales Entwicklungskonzept in Folge einer festen Fehmarnbelt-Querung (2010)

Der Erweiterung der A1 zu einer festen Fehmarnbelt-Querung ist eines der zentralen europäischen Verkehrsprojekte. Die 19 km lange Querung wird die erste Straßenverbindung von Deutschland in die Region Kopenhagen und damit eine wichtige Wirtschaftsverbindung darstellen. Das Projekt umfasst nicht nur die feste Querung an sich, sondern auch den Ausbau der Hinterlandanbindungen (Straße und Schiene) auf beiden Seiten. Es wird erwartet, dass der Bau die Entwicklungsmöglichkeiten der Region nachhaltig beeinflussen und neue Perspektiven eröffnen wird.

Um die Chancen des Ausbaus für die Region zwischen Fehmarn und Hamburg optimal zu nutzen, haben sich die in Schleswig-Holstein an der A1 liegenden Kreise und die Stadt Lübeck zur Erstellung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) entschlossen. Die Themenfelder sind allerdings, entsprechend dem Anlass, **auf die wirtschaftliche,**

touristische und äußere verkehrliche Entwicklung beschränkt und konzentrieren sich räumliche eher auf die Trasse selbst, die nicht in der AktivRegion liegt. Dementsprechend haben das Konzept und seine Folgekonzepte keine größere Bewandnis für die Daseinsvorsorge und interne Erreichbarkeit der AktivRegion. Mit dem aktuellen Versuch der KielRegion, die B 202 in die Betrachtung einbeziehen zu lassen, könnte sich das allerdings bald ändern.

strategischer Handlungsrahmen der Metropolregion Hamburg (2017)

Die auf europäischer Ebene definierte Metropolregion Hamburg umfasst Kreise vier verschiedener Bundesländer, die grenzübergreifende Abstimmung ist Kernthema des Zusammenschlusses. Der Kreis Ostholstein ist der nördlichste dieser Kreise und dementsprechend im Randbereich der Metropolregion gelegen; für die Kommunen der AktivRegion gilt dies noch stärker. Die äußeren Verflechtungsräume werden in Bezug auf die Metropolregion vor allem als Ausweich- und Entlastungs- oder als Erholungsräume betrachtet, die bei guter Kooperation von den Entwicklungen der Kernregion profitieren können.

Für die ostholsteinischen Kommunen sind **vor allem thematische Fördermöglichkeiten** der Metropolregion interessant, z.B. im Bereich Mobilität. Die Entwicklung der neuen A21 als Entlastung für die A7 und den Verkehrsknoten Hamburg könnte zukünftig ein solcher Fokus sein. Der strategische Handlungsrahmen trifft **keine für die regionale Daseinsvorsorge relevanten Aussagen**.

Zusammenfassung

Auf Kreisebene liegen einige Fach- und Bedarfsplanungen vor, die in den jeweiligen Bereichen in Kapitel 5 betrachtet werden. Eine fachübergreifende Betrachtung oder eine aktive Rolle im Bereich Daseinsvorsorge erfolgt nicht. Der Kreis Plön äußert sich jedoch, zukünftig eine aktivere Rolle in der Unterstützung der Kommunen einnehmen zu wollen. Die Regionalen Entwicklungskonzepte, an denen die Kreise teilnehmen, sind beide eher auf konkrete Entwicklungen konzentriert und nicht breit aufgestellt; das Thema Daseinsvorsorge nimmt dabei einen eher kleinen bis gar keinen Anteil ein.

Die Strategie der Kiel Region ist thematisch stark auf die Standortentwicklung des Verdichtungsraums eingegrenzt, aber die daseinsvorsorge relevanten Thematiken werden in Analyse und Leitlinien behandelt. In den Arbeitsgruppen weiterbehandelt werden die Themen der allgemeinen Daseinsvorsorge allerdings nur als Unter- bzw. Querschnittsthemen; einzig die Mobilität wird bisher zielgerichtet weiterbearbeitet und mit Projekten versehen. Die Verbesserung des innerregionalen Verkehrs zur Sicherung der Erreichbarkeit von Zentren und Randbereichen ist dabei ein zentraler Punkt. Das Konzept zum Ausbau der A1 tangiert die regionale Daseinsvorsorge nicht.

3.5 kommunale und interkommunale Planungen

Integrierte Entwicklungsstrategie der AktivRegion SHS

Die für die AktivRegion zentrale Planung ist ihre eigene Integrierte Entwicklungsstrategie (IES) von 2014; die dritte und nach einem breit getragenen Beteiligungsprozess umfangreichste Version nach 2008 und 2010. Sie definiert den Handlungsbedarf für die Region bis 2020.

Die Schwerpunktthemen der IES sind Klimawandel und Energie, nachhaltige Daseinsvorsorge, Wachstum und Innovation sowie Bildung. Die Handlungsansätze betonen, dass alle Aktivitäten auf die Zukunftsfähigkeit der Region ausgerichtet sein müssten und damit wirtschaftliche Existenzgrundlagen und die Daseinsvorsorge im Mittelpunkt stehen müssten. Dazu gehöre auch eine Zuzugsstrategie, die von der Gewährleistung generationenübergreifender Lebensqualität begleitet werden müsse. Insgesamt seien deutliche Veränderungen notwendig, die zum Großteil nur gemeinsam, also interkommunal gelöst werden könnten.

Im Bereich der Daseinsvorsorge stehen gemeinsame Konzepte, Modellprojekte und die Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie die Ortskernattraktivierung im Fokus.

bi- und kleinere multilaterale Kooperationen

Es gibt verschiedene bilaterale Kooperationen zur kommunalen Entwicklung, zu Leistungen der Daseinsvorsorge und zur Verwaltungsarbeit. Proaktive Ansätze über Pflichtaufgaben oder wirtschaftliche Interessen hinaus sind bisher allerdings eher selten.

Bspw. wird die Gemeinde Süsel durch die Stadt Eutin, die Gemeinden Ascheberg und Bösdorf durch die Stadt Plön und die Gemeinde Bönebüttel durch die Stadt Neumünster in **Verwaltungsgemeinschaften** mitverwaltet, zudem haben sich 35 Kommunen in drei verschiedenen **Ämtern** mit je rd. 8.000 - 10.000 Einwohner/innen organisiert. Alle Kommunen sind dabei weiterhin politisch unabhängig.

Ein anderes Beispiel ist eine bilaterale Vereinbarung der Stadt **Plön** mit der Nachbargemeinde **Ascheberg**, die sich bezüglich der **Ausweisung von Gewerbeflächen** abstimmen.

Im Bereich der Daseinsvorsorge arbeiten bspw. in **Schulverbänden** Kommunen mit Schulen und andere Kommunen, die diese nutzen, zusammen. Im **Feuerlöschverband Groß Plön** unterhalten Plön und die Umlandgemeinden gemeinsam ein hochwertiges Löschfahrzeug. Die Gemeinde Ascheberg hat gemeinsam mit dem Kreis Plön einen Bauhof errichtet, zudem laufen Planungen für ein gemeinsames Klärwerk der Stadt Plön und des Abwasser-Zweckverbands Preetz und Pohnsdorf.

kommunale Planungen

Einige, vor allem größere, Kommunen haben eigene strategische Planungen, in der Regel integrierte Entwicklungskonzepte, aufgestellt. Dazu gehören **Eutin** mit dem ISEK von 2012, **Malente** mit dem IGEK von 2018, **Ruhwinkel** mit dem GEK von 2017, **Rastorf** mit einem gemeindlichen Leitbild von 2016, **Wankendorf** mit einer schlanken Zukunftsstrategie von 2013 und

Schellhorn, die Gemeinde, in der lt. Regionalplan die Siedlungserweiterungen der Stadt Preetz stattfinden, mit einem auf die bauliche Entwicklung konzentrierten Entwicklungskonzept von 2013. Die Städte Plön und Preetz haben keine eigenen Entwicklungskonzepte; das von der Stadt Plön und dem Amt Großer Plöner See im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ für 2011 geplante gemeinsame Integrierte Entwicklungskonzept wurde (bisher) nicht umgesetzt. Auch die „Vergleichende Analyse Region Eutin“, die sich auf die abgestimmte Wohnbauflächenentwicklung konzentriert hatte, wird aufgrund veränderter Erfordernisse nicht mehr erstellt.

sonstige interkommunale Kooperationen und Planungen anderer Themen

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden hier kurz die weiteren interkommunalen, **auch kreisübergreifenden** Kooperationen und Planungen aufgelistet.

Im Kreis Plön findet ein Baurechtsseminar für Kommunen statt und verschiedene Amtsleiter/innen treffen sich regelmäßig.

Der Zweckverband Tourismuszentrale Holsteinische Schweiz besteht aus den Kommunen Bosau, Bösdorf, Dersau, Eutin, Grebin, Malente, Plön und Schönwalde. Anfang 2018 wurde ein regionales Tourismusedwicklungskonzept Holsteinische Schweiz 2030 in Auftrag gegeben.

Am Naturpark Holsteinische Schweiz e.V. sind 28 Kommunen der Kreise Ostholstein, Plön und Segeberg beteiligt. Es liegt ein Naturparkplan aus dem Jahr 2009 vor. Thema sind vor allem Aspekte von Natur und Landschaftsraum, aber auch Regionalentwicklung und Tourismus. Eine engere Zusammenarbeit u.a. mit der AktivRegion ist geplant.

Zusammenfassung

Es gibt verschiedene interkommunale, auch kreisübergreifende Kooperationen, die zumeist themenbezogen sind und eher Pflicht- als freiwilligen oder proaktiven Charakter haben. Es liegen einige allgemeine oder daseinsvorsorgebezogene Kooperationen und die Strategie der AktivRegion vor.

Die Integrierte Entwicklungsstrategie der AktivRegion legt einen starken Fokus auf die interkommunal konzipierte Daseinsvorsorge und die dadurch gewährleistete Lebensqualität für alle Generationen als Grundlage einer zukunftsfähigen Region. Dieser Masterplan Daseinsvorsorge ist ein erstes Ergebnis der Strategie.

4. Rahmenbedingungen der Versorgung

In diesem Kapitel werden einige Aspekte betrachtet, die die Rahmenbedingungen für die Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge bilden: die finanzielle und personelle Tragfähigkeit der öffentlichen Hand; größere gesellschaftliche Trends, denen die Entwicklung von Angebot und Nachfrage unterworfen ist sowie die allgemeine Zugänglichkeit verfügbarer Angebote für die Einwohner/innen der Region.

4.1 personelle und finanzielle Kapazitäten

Für viele Versorgungsaufgaben sind die Kommunen zuständig - vor allem für jene, die über die Pflichtaufgaben hinausgehen. Allerdings hat sich aus den geführten Gesprächen deutlich ergeben, dass, abgesehen von den Städten, **fast alle Kommunen schon bei der Erfüllung notwendiger Sanierungen und Anpassungen an ihre Grenzen stoßen** - finanziell und personell - hinsichtlich der Zahl und der Spezialisierung der Mitarbeiter/innen.

Folgende Schwierigkeiten wurden von den Kommunen besonders häufig genannt:

- Probleme, als Fehlbetragskommune Mittel (auch Eigenanteile für Förderung) aufzubringen
 - betrifft Projektideen in größeren Kommunen
 - betrifft auch grundlegende Aufgaben in kleineren Kommunen; Attraktivitätsmaßnahmen damit kaum möglich
- Fördermöglichkeiten unübersichtlich; Antragstellung häufig komplex; Fördersummen in einigen Fällen zu gering; selbst Eigenanteile für einige noch zu teuer
- Verwaltungen personell generell stark ausgelastet;
 - lt. Malente ist ernsthafte perspektivische Planung nicht möglich
 - Überforderung besonders bei speziellen Themen wie Fördermittelakquise oder Digitalisierung der Verwaltung
- Intransparenz der Arbeit und Finanzierung der Kreise

Fast alle Kommunen sind **Fehlbetragskommunen** oder zumindest regelmäßig gefährdet - wobei in den größeren Kommunen zumindest eine positive Tendenz durchscheint. Einige Kommunen geben an, nach Abzug der Pflichtaufgaben **quasi keine Haushaltsmittel** mehr zur Verfügung zu haben. Bei der Zuweisung der Mittel würde die große Fläche der Kommunen im Verhältnis zur Einwohnerzahl - und die damit einhergehenden Mehrkosten - nicht ausreichend berücksichtigt. Hinzu kommen Abstimmungsdefizite, die bspw. zur Schließung einer Hauptschule im Amt Ostholstein-Mitte kurz nach ihrem kostenintensiven Ausbau geführt haben.

Auch **Fördermittel** seien aufgrund des hohen Aufwands und der Eigenanteile (v.a. aufgrund der Mindestvolumina für die Förderfähigkeit) nur eingeschränkt eine Lösung. Lt. Eutin sind bestimmte Programme der Landesförderung zudem mit zu kleinen Töpfen ausgestattet, wodurch die Förderung sich für den einzelnen Empfänger kaum lohne. Gerade in kleineren Kommunen hingegen bestehen viele Unklarheiten, welche Möglichkeiten der Förderung bestehen - also für welche Zwecke und auf welche Weise Förderung erhältlich ist.

Von den meisten Kommunen beider Kreise wurde zudem die **Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreisen kritisiert**. Vor allem sei die Finanzierung der Kreise, also die Zusammensetzung der Kreisumlage, für viele Kommunen unklar und intransparent. Die defizitäre Kommunikation und Kooperation der beiden Ebenen zeigt sich auch darin, dass das Prinzip, dass der Kreis Aufgaben übernimmt, die die Kommunen überfordern, angesichts der Überforderung der Kommunen offenbar nur eingeschränkt funktioniert.

4.2 daseinsvorsorgeübergreifende Trends

In diesem Abschnitt werden jene Trends beschrieben, denen jeweils mehrere oder die meisten Bereiche der Daseinsvorsorge unterliegen. Bereichsspezifische Trends werden in die Betrachtung des jeweiligen Bereichs eingebunden.

Die Megatrends, die Gesellschaft als Ganzes, also gewissermaßen den Rahmen vertiefender Themen wie der Daseinsvorsorge, beeinflussen, sind v.a. folgende:

- Die **Globalisierung** bietet die Möglichkeit, durch die Entwicklung von Telekommunikation und Transport im Alltag zunehmend auf die Ressourcen der ganzen Welt zugreifen zu können.
- Der **Strukturwandel** umfasst, vereinfacht ausgedrückt, vor allem die weltweite Verlagerung von Teilleistungen der Produktion nach der v.a. wirtschaftlich effektivsten räumlichen Verteilung und ist damit eine Folge der Globalisierung. Für Deutschland bedeutet er einen Wandel hin zur „Wissengesellschaft“ und damit eine Abnahme nicht-akademischer Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Herausbildung immer mehr großer, marktdominierender Unternehmen und die Konzentration (Clustering) an großen Wirtschaftsstandorten (inkl. Zunahme des Pendelns). Zum Strukturwandel gehört bspw. auch das Entstehen von Geschäftsketten und das Aufkommen des Internethandels.
- Der **demografische Wandel** bezeichnet v.a. die Alterung der Gesellschaft durch die niedrige Geburtenzahl, die dafür sorgt, dass jede kommende Generation aus weniger Menschen besteht als die vorherige. Mit der Verschiebung der Altersgruppen entstehen neue Bedarfe, während die bisherigen Strukturen geschwächt werden. Alte Menschen brauchen Leistungen, aber sind tendenziell weniger mobil. Gleichzeitig nimmt die Zahl junger Menschen ab, die Unterstützung bieten oder die benötigten

Leistungen erbringen können - und in die Sozialkassen einzahlen, um die Leistungen zu finanzieren.

- Die **Landflucht** bezeichnet den Einwohnerrückgang im ländlichen Raum, v.a. aufgrund der Orientierung junger Menschen im Berufs- oder Ausbildungsalter in größere Städte, die mehr Angebote vorhalten. Mit der Bevölkerung sind jedoch auch die Angebote im ländlichen Raum weiter zurückgegangen - und der Prozess setzt sich vielerorts fort. Je weniger Menschen an einem Ort wohnen, umso weniger Nachfrage erhalten alle Angebote. Die Angebote, die die Vielfalt eines Lebensortes ausmachen, sind häufig die kleineren Angebote, die ohnehin nur von wenigen wahrgenommen werden. Mit sinkender Bevölkerungszahl - in einigen Altersgruppen, die gleichzeitig auch der Rahmen für einige Interessengruppen sind, stärker - lohnt sich die Bereitstellung der Angebote für die Anbieter immer weniger - oder es findet sich niemand mehr, der das Angebot personell oder finanziell trägt. Besonders problematisch wird es, wenn **lebensnotwendige Angebote nicht mehr finanzierbar** sind. Mit dem Angebotsrückgang werden auch die **Zentren abgewertet**. Symptome sind der Rückgang kleinteiliger Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote, das Leerfallen von Immobilien und in der Folge der Verlust funktionaler und räumlicher Qualität. In einigen Kommunen kann der starke Tourismus und die mit ihm verbundene Nachfrage diese Entwicklung etwas abfedern.
- Die **neue Stadtlucht** ist ein Gegenteil der letzten Jahre; ein „Zurückziehen“ weg aus den überfüllten Großstädten mit überbewerteten Wohnungsmärkten.
- Die **hohe Zahl Geflüchteter** nach Europa in Folge von Krieg, Hunger und wirtschaftlichem Unglück bieten in Deutschland vor allem Potenzial für die Entwicklung der Einwohner- und Ausbildungszahlen, haben aber auch eine starke Belastung der Kapazitäten von Verwaltung und Politik dargestellt.

Hinzu kommen diverse Trends, die den Bereich der Daseinsvorsorge deutlich unmittelbarer beeinflussen:

- Die **Digitalisierung** schafft neue Möglichkeiten und Anforderungen in vielen Bereichen des Lebens, der Daseinsvorsorge und der Verwaltung. Verknüpft mit **Big Data** ist die immer schnellere Datenverarbeitung und über **Wearables** (tragbare Diagnostik) auch die unkomplizierte direkte Einspeisung von Informationen möglich geworden. Algorithmen analysieren das Verhalten und passen Lösungsansätze individualisiert an, Austausch wird automatisch. In der Landesentwicklungsstrategie (LES) ist die Digitalisierung das Schwerpunktthema Nummer 1, es ist also in den nächsten Jahren mit zahlreichen Impulsen in verschiedenen Bereichen, auch der Daseinsvorsorge, zu rechnen. Für ländliche Räume bieten sich vor allem Chancen darin, Wege zu optimieren und zu vermeiden. Kleinere Verwaltungen können durch automatisierte Prozesse entlastet werden. Und dadurch, dass sich Arbeitsplätze in die eigenen vier Wände verlagern, werden lange Arbeitswege weniger problematisch.

- Die **24/7-Gesellschaft**, also vor allem die zunehmende Auflockerung von Kernarbeitszeiten, häufig verbunden mit einer Effizienzsteigerung der gesamten Alltags, geht einher mit der sukzessiven Auflösung von Stoß- und Kernzeiten für fast alle Leistungen der Daseinsvorsorge.
- Ein Effekt dieser Effizienzorientierung ist der Trend, **Erledigungen unterwegs** zu tätigen - sei es über Smartphones, die immer mehr Funktionalität entwickeln, mobil oder über sogenannte „**third places**“, eigentlich vom Transit geprägte Orte, die, auch durch die Möglichkeiten der Smartphones bedingt, zunehmend Versorgungs- und Aufenthaltsfunktionen übernehmen.
- Der von dieser Entwicklung verursachte Übergriff der Arbeit auf den gesamten Tagesablauf ist Auslöser der zunehmenden Relevanz einer **Work-Life-Balance** (bis zum Work-Life-Blending), einer stärkeren Aufmerksamkeit dafür, dass Job und Privatleben sich nicht gegenseitig behindern bzw. dass die Arbeit dem Privatleben möglichst viel Raum lässt - bis dahin, dass erfüllende Arbeit ein nicht-störender Teil des Privatlebens wird.
- Eine weitere Reaktion auf die Effizienzorientierung im Alltag ist die sogenannte **Entschleunigung**, das Schätzenlernen explizit nicht effizienter Momente und Elemente. Dieser Trend kommt dem Leben im ländlichen Raum zugute und wird auch mit der Zunahme des Fahrradverkehrs in Verbindung gebracht.
- Die **Nachwuchsprobleme im Ehrenamt** sind ein Trend, der besondere Bedeutung für die Trägerschaft einiger Funktionen der Daseinsvorsorge hat. Deshalb werden sie im nachfolgenden Abschnitt etwas ausführlicher betrachtet.

Zuletzt gibt es noch einige Trends, die zwar auf die Daseinsvorsorge einwirken, aber (zumindest in der Region bisher) keine richtungsweisenden Auswirkungen haben:

- Barrierefreiheit
- Chancengleichheit
- neue Nachhaltigkeit
- 3D-Druck
- Boom von Fuß- und Fahrradverkehr (v.a. in Städten)

weitere bereichsspezifische Trends

Weitere Trends betreffen u.U. nur einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge. Diese werden im Sinne der Kompaktheit in den entsprechenden Abschnitten erläutert. Zu diesen gehören bspw. selbstfahrende Autos, die Krise des Landarztberufs oder die Wärmewende.

4.2.1 Nachwuchsprobleme im Ehrenamt

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur, der Arbeits- und Erlebniswelt sowie der Mobilität bedroht Vereine, Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Trägerstrukturen. In den meisten der geführten Gespräche wurden Probleme mit der Erhaltung ehrenamtlicher Trägerstrukturen geäußert, deshalb wird das Thema im Folgenden in kompakter Form separat betrachtet.

Die Erwartungen an das Ehrenamt, die Zivilgesellschaft oder das Vereinswesen sind groß. Sie übernehmen **die Trägerschaft** vieler Angebote der Daseinsvorsorge - zum einen „weiche“, also nicht direkt lebensnotwendige Angebote in den Bereichen Sport, Kultur und Begegnung, aber auch den Brandschutz. Nicht zu vergessen ist die Dunkelziffer an Betreuungs- und Pflegeleistungen, die auf freiwilliger Basis ausgeübt werden. In den Gesprächen wird Kritik daran geäußert, dass das Land zu viele Pflichtaufgaben ins Ehrenamt verlagere, für es keine Auffangstrukturen mehr in hauptamtlichen Strukturen gebe.

Die Situation des Ehrenamts ist allerdings kritisch - auch wenn es Ausnahmen gibt. Es gibt viele Vereine, Initiativen und Engagierte und bei diesen Aktiven wird eine hohe regionale Identität und Bindung deutlich. Der Gesamteindruck der geführten Gespräche ist allerdings, dass das Ehrenamt überlastet ist; diejenigen, die sich engagieren mit Aufgaben überfrachtet werden. Gut funktionierende Strukturen hängen scheinbar oft an einzelnen besonders engagierten und fähigen Personen oder Gruppen - dazu gehört allerdings auch Glück, davon kann nicht ausgegangen werden. Gerade in größeren Vereinen seien „normale“ Mitglieder häufig passiv; für Aufgaben oder Positionen mit mehr Verantwortung sei die Suche häufig sehr müßig.

Einer der Hauptgründe dieser Entwicklung liegt wohl in der **Ausbildungs-Abwanderung**. Junge Menschen werden in Vereine und Feuerwehr früh eingeführt, lösen sich dann aber für einige Jahre vollständig und werden erwachsen in größeren Städten, in denen die meisten Aufgaben vom Staat oder der freien Wirtschaft übernommen werden. Selbst wenn sie zurückziehen, ist das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung für den Ort für eine prägende Zeit nicht gestärkt worden.

In diesem Sinne ist die Schwäche des Ehrenamts vermutlich auch eine **Schwäche der lokalen Identifikation**. Das Gespräch im Amt Großer Plöner See drehte sich bspw. lange darum, dass achtlose Ordnungswidrigkeiten zugenommen hätten, die den Gemeinden schaden, wie z.B. das Abladen von Müll im Wald.

Perspektivisch gibt es aktuell keine Indikatoren, dass sich die Situation nachhaltig bessern könnte. Laut dem Zwischenbericht zum Handlungsraum „Erreichbarkeit vor Ort gestalten“ des Kreises Plön geben die Kommunen an, dass die Arbeitsbelastung der Engagierten kontinuierlich wächst, aber das Anwerben Neuer dadurch erschwert wird, dass es für das bestehende Ehrenamt eine zusätzliche Aufgabe darstellt.

Es besteht Handlungsbedarf dahingehend, neue Wege zu finden zur Stärkung der lokalen Identifikation und des Bewusstseins dafür, dass insbesondere die kleinen Kommunen und Orte nur in gemeinsamer Verantwortung

als attraktive und gleichwertige Lebensräume erhalten werden können. Dazu gehört auch, dass der Staat die Arbeits- bzw. Wirkungsbedingungen im Ehrenamt attraktiver gestaltet - vor allem dort, wo er durch das Ehrenamt maßgeblich entlastet wird. Im schlimmsten Fall muss jedoch auch sichergestellt werden, dass Trägerstrukturen notwendiger Leistungen auch ohne Ehrenamt bestehen können.

Handlungsoptionen liegen demnach vor allem beim Land. Die Landesentwicklungsstrategie gibt die Richtung vor: *„Insbesondere im Bereich des ehrenamtlichen Engagements bei der freiwilligen Feuerwehr, dem Katastrophenschutz oder in Pflege- und Sozialeinrichtungen sowie in kulturellen Institutionen braucht es neue Wege.“*¹⁷ Die Kommunen können nur selbst ebenfalls immer neue Wege erproben:

- einige Kommunen wenden sich direkt an neu Zugezogene (bspw. Plön mit einer Neubürger-Börse) - hier kann direkt angesetzt werden, um ein Bewusstsein für die gemeinsame Gestaltung des Lebens in der Gemeinde geschaffen werden
- die bestehenden Familien- und Freiwilligenzentren (s. Kapitel 5.2) bieten Raum und/oder Unterstützung für lokale Initiativen
- die Landesentwicklungsstrategie regt an, Schulen mit lokalen Akteur/innen zu vernetzen, um Vielfalt zu schaffen und die lokale Identität zu stärken

17 Landesentwicklungsstrategie SH S.226

4.3 Versorgungsbezüge und das Zentralörtliche System

Die **Grundlage für alle Versorgungsleistungen**, die nicht direkt an der Wohnung verfügbar sind, ist die Frage **wo diese verfügbar und wie sie erreichbar sind**. Die meisten Leistungen werden in größeren Orten vorgehalten, von denen aus umliegende kleinere Orte versorgt werden. Die offizielle Zuordnung dieser Aufgaben ist über die Raumordnung in Form des Zentralörtlichen Systems festgeschrieben, das in den folgenden Abschnitten betrachtet wird. Da die administrativen Grenzen in der Realität nur eingeschränkt wirken, werden im Anschluss die realen Versorgungsbezüge, also die Abweichungen vom Zentralörtlichen System, kurz betrachtet. Im anschließenden Kapitel wird dann die reale Erreichbarkeit dieser Zentralen Orte betrachtet.

Die Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge unterliegt in Deutschland dem Zentralörtlichen System. Die meisten Orte übernehmen einen Großteil der Leistungen der Daseinsvorsorge nicht selbst. Sie werden auf Kreis- oder Landesebene verwaltet und in Zentralen Orten vorgehalten. Dadurch entstehen Folgen für Nutzer- und Anbietergemeinden. Erstere haben bspw. den Aufwand des Weges, die anderen den dadurch entstehenden Verkehr und den Platzbedarf - und unter Umständen weitere Kosten, die über den kommunalen Finanzausgleich hinausgehen¹⁸.

Das Zentralörtliche System bestimmt Orte, die die Grundversorgung bzw. die Versorgung des gehobenen Bedarfs für die umliegende Bevölkerung übernehmen sollen. An diesen Orten sollen entsprechende Einrichtungen vorgehalten werden, die wiederum im Landesentwicklungsplan festgelegt werden. Die Orte erhalten für die Bereitstellung und Unterhaltung Unterstützung aus dem kommunalen Finanzausgleich, die mit zunehmenden Versorgungsfunktionen steigt.

Schleswig-Holstein hat sich ein zentralörtliches Versorgungssystem gegeben, das zuletzt 2014 durch Änderung der „Landesverordnung zur Festlegung der Zentralen Orte [...]“ aktualisiert wurde. Drei Ebenen von Versorgungsleistungen, von denen die Grundversorgung die unterste ist, werden auf Städte und Orte verschiedener Kategorien verteilt:

- *„Oberzentren als höchste Stufe stellen die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des höheren spezialisierten Bedarfs sicher.“*
- *„Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs übernehmen auf der mittelzentralen Ebene Unterzentren mit Teilfunktionen von Mittelzentren, Mittelzentren und Mittelzentren im Verdichtungsraum sowie Stadtrandkerne I. Ordnung mit Teilfunktionen von Mittelzentren.“*
- *„Unterzentren und Stadtrandkerne I. Ordnung sowie ländliche Zentralorte und Stadtrandkerne II. Ordnung stellen die Grundversorgung sicher.“¹⁹*

¹⁸ vgl. Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 10.12.2014

¹⁹ https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/weitereThemen/raumordnung_zentraloertliches_system.html [Zugriff 28.02.2018]

4.3.1 Zentrale Orte in der AktivRegion

In der o.g. Landesverordnung wird festgelegt, welche Orte die entsprechenden Aufgaben wahrnehmen.

Abbildung 25 zeigt die Zentralen Orte, Nah- und Mittelbereiche im Gebiet der AktivRegion. Die Mittelbereiche gliedern sich um Eutin (17.041 EW) als einziges Mittelzentrum (grüner Bereich) und Plön (8.903 EW) als Unterzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums (roter Bereich). Das Amt Preetz-Land und die Stadt Preetz liegen im Mittelbereich Kiel (247.441 EW, blauer Bereich), der östliche Großteil des Amtes Bokhorst-Wankendorf liegt im Mittelbereich Neumünster (79.680 EW, gelber Bereich).

Die Nahbereiche fügen sich mit einer Ausnahme in die Mittelbereiche ein. Sie gliedern sich ebenfalls um die Zentralorte der Mittelbereiche, um Preetz (16.032 EW) als Unterzentrum (blauer Bereich) sowie Wankendorf (2.954 EW, schwarzer Rahmen) und Schönwalde am Bungsberg (2.591 EW, schwarzer Rahmen) als ländliche Zentralorte. Der Nahbereich Wankendorf schneidet dabei die Mittelbereiche Plön und Neumünster. Außerdem ist Malente Stadtrandkern II. Ordnung.

Die Räume zwischen Eutin und Plön sowie um Neumünster sind als Stadt- und Umlandbereiche im ländlichen Raum eingestuft; hier können freiwillige interkommunale Vereinbarungen zur wohnbaulichen und gewerblichen Entwicklung geschlossen werden. Ergänzende Versorgungsfunktionen durch Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung sind in den Regionalplänen festgelegt. Diese übernehmen in der AktivRegion der Ortsteil Hutzfeld der Gemeinde Bosau (südöstlich von Plön, südwestlich von Eutin) und der Ortsteil Süsel der gleichnamigen Gemeinde (südöstlich von Eutin).

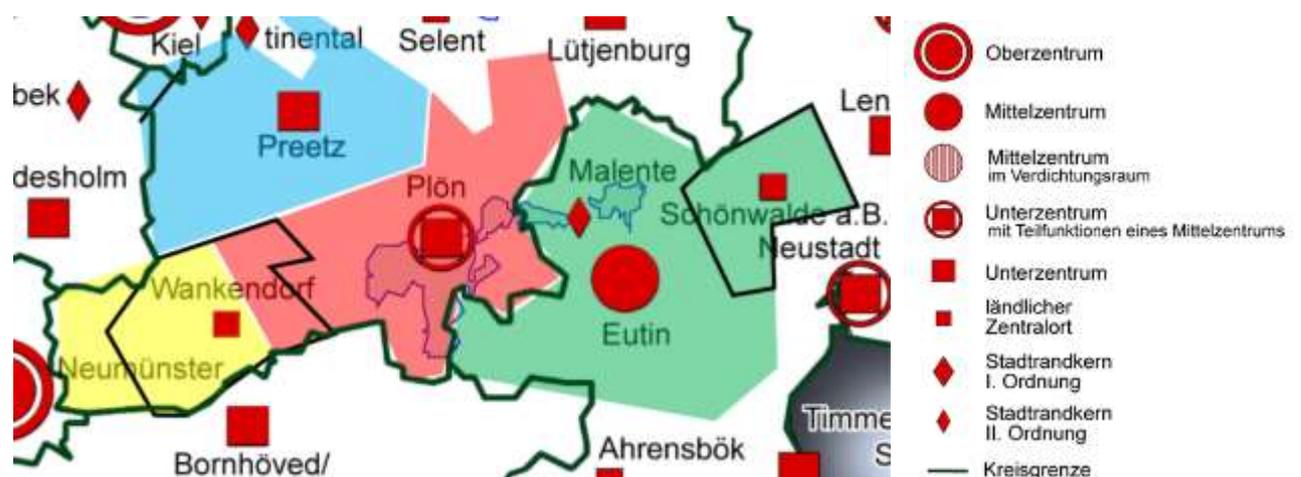


Abbildung 25: Zentrale Orte, Nah- und Mittelbereiche der AktivRegion [Quelle: Raumordnungsbericht Schleswig-Holstein 2014 © GeoBasis-DE/LVermGeo SH; bearbeitet]

Das **zentralörtliche System soll** laut LES (Entwurf) in den kommenden Jahren **überprüft werden** - mit besonderem Augenmerk auf die Aufrechterhaltung von Mindeststandards der Versorgung in allen Teilräumen.

4.3.2 Entwicklungsziele für Orte mit Versorgungsfunktionen

Die Regionalpläne treffen über die bloße Festlegung der Zentralen Orte hinaus einige konkrete Aussagen für die angestrebte Entwicklung der Orte mit Versorgungsfunktionen. Hierbei sind die Aussagen zum Kreis Ostholstein, dessen Regionalplan vier Jahre neuer ist, deutlich konkreter. Die Aussagen werden im Folgenden zusammengefasst erläutert.

Nahbereich Eutin

Der Regionalplan SH-Ost betont die Bedeutung der **Stadt Eutin** als Versorgungsschwerpunkt auch über den Nahbereich hinaus, die sich auch auf die angrenzenden Gebiete der Kreise Plön und Segeberg erstreckt. Er führt aus: *„Um die Nutzungsansprüche in der Region Eutin besser koordinieren zu können, wurde mit den umliegenden Gemeinden eine „Vergleichende Analyse“ [...] durchgeführt [...] [und] eine Vereinbarung über eine gemeindenachbarliche Planungscoordination für den betroffenen Siedlungsraum getroffen. [...] [So] sollen die Planungen der Kommunen am Entwicklungsrahmen dieser Analyse ausgerichtet werden. Jedes Jahr wird eine Überprüfung über Zielsetzung und Rahmenbedingungen innerhalb des Planungsgebietes vorgenommen.“* Die vergleichende Analyse findet aktuell allerdings nicht mehr statt, da mit Veränderungen in den Bedingungen der Wohnraumentwicklung der unmittelbare Nutzen für die Kommunen abgenommen hat. Darüber hinaus solle in Eutin die Zentrumsentwicklung inkl. dessen Verkehrsentslastung fokussiert werden.

Malente als dem Mittelzentrum Eutin zugeordneter Stadtrandkern II. Ordnung soll die Siedlungstätigkeit ebenfalls, soweit angesichts der durch Schutzgebiete eingeschränkten räumlichen Entwicklung möglich, auf den Zentralort konzentrieren; ausweichend soll die Bautätigkeit zur Sicherung der dortigen Versorgung schwerpunktmäßig im Ortsteil Nüchel erfolgen.

In **Bosau** soll die Siedlungstätigkeit „vordringlich“ am Hauptort Hutzfeld, der ergänzende überörtliche Versorgungsfunktionen wahrnimmt, erfolgen und dessen Ortsmitte gestärkt werden. Das gleiche gilt für den Hauptort **Süsel** der gleichnamigen Gemeinde.

Nahbereich Schönwalde am Bungsberg

Die bauliche Entwicklung der Gemeinde **Schönwalde** soll im Hauptort, dem ländlichen Zentralort und Zentrum der Bungsberg-Region, konzentriert werden. Auch in der Gemeinde **Kasseedorf** soll die Siedlungsentwicklung auf den Hauptort konzentriert erfolgen, ergänzend auch in den Ortsteilen Griebel und Sagau. Da sie zum Teil im Stadt- und Umlandbereich um Eutin liegt, ist der oben genannte Entwicklungsrahmen der Region zu beachten.

Nahbereich Kiel

Der Nahbereich Kiel, zu dem nur die Gemeinde **Boksee** gehört, soll als gegliederte Stadtlandschaft weiterentwickelt werden. Zu Boksee werden keine

konkreten Aussagen getroffen, sie gehört nicht zu den genannten Gemeinden mit Entwicklungsvorrang.

Nahbereich Neumünster

Der Ortsteil Husberg der Gemeinde **Bönebüttel** soll vorrangig als Wohnstandort weiterentwickelt werden. Die Entwicklung der weiteren Gemeinden des Nahbereichs, inklusive **Großharrie** und **Tasdorf** soll in enger Abstimmung mit Neumünster erfolgen; sie seien vor allem als Standorte für „*einzelne Naherholungseinrichtungen*“²⁰ geeignet.

Nahbereich Plön

Da die Siedlungsentwicklung der Stadt **Plön** durch die Lage inmitten von Seen stark eingeschränkt ist, werden größere Entwicklungsbereiche für die Siedlungsentwicklung vor allem im benachbarten **Ascheberg** gesehen. Die beiden Gemeinden bilden zudem aktuell eine Verwaltungsgemeinschaft. Darüber hinaus sei eine Siedlungserweiterung nur auf dem Gebiet der Gemeinde **Rathjensdorf** möglich, ansonsten müsse die Kreisgrenze überschritten werden, wobei auf die Vermeidung finanzieller Lasten für die Stadt zu achten sei. Zu den restlichen Gemeinden des Nahbereichs, **Bösdorf**, **Dersau**, **Dörnack**, **Grebin**, **Kalübbe**, **Lebrade**, **Nehnten**, **Rantzau** und **Wittmoldt**, werden keine Aussagen getroffen.

Nahbereich Preetz

Die Stadt **Preetz** soll als zweiter Schwerpunkt der Siedlungsachse Kiel-Preetz gestärkt werden; vor allem gewerblich. Die Gemeinde **Schellhorn** soll aufgrund des unmittelbaren Siedlungszusammenhangs mit Preetz und Preetz' durch das kleine Stadtgebiet eingeschränkter Möglichkeiten zur Siedlungserweiterung als Teil des Unterzentrums entwickelt werden; dort soll sich auch die Siedlungsentwicklung konzentrieren. Die restlichen Gemeinden des Nahbereichs werden nur allgemein in ihrer Naherholungsfunktion für die Stadt Kiel benannt.

Nahbereich Wankendorf

Durch eine Kooperation der benachbarten Gemeinden **Wankendorf** und **Stolpe** bei der Gewerbeansiedlung soll die Arbeitsplatzsituation des landwirtschaftlich geprägten Nahbereichs verbessert werden. Auf diese Weise ist Stolpe Teil der Entwicklung des ländlichen Zentralortes. Zu den Gemeinden **Belau**, **Rendswühren**, **Ruhwinkel** und **Schillsdorf** werden keine Aussagen getroffen.

4.3.3 Abweichungen vom Zentralörtlichen System

Die **realen Versorgungsbezüge weichen häufig** vom zentralörtlichen System und der Kommunal- und Kreisgliederung **ab** - aufgrund von räumlichen und Pendlerbeziehungen:

- Bereits im Regionalplan ist bspw. festgehalten, dass Eutin entgegen der zentralörtlichen Zuweisung auch Teile der Kreise Plön und Segeberg mitversorgt.

²⁰ Regionalplan SH-Mitte 2000, S. 43

- Eine Untersuchung im Kreis Plön hat ergeben, dass Neumünster Versorgungsaufgaben für den Nahbereich Wankendorf übernimmt (u.a. aufgrund der historischen Orientierung des vorherigen Amtes Bokhorst) und Schönwalde für Teile des Nahbereichs Lütjenburg.
- Bosau gibt zudem an, Teile des Kreises Segeberg mitzuversorgen.
- Das Amt Bokhorst-Wankendorf gibt an, dass entlang der A21 und der B404 eher Bezüge nach Kiel bestehen, als nach Osten und Westen.
- Neben den Bezügen, die von der Erreichbarkeit von Wohnort aus abhängen, ist davon auszugehen, dass einige Versorgungsleistungen (v.a. Kitas, Ärzte und Nahversorgung) am Arbeits- statt am Wohnort wahrgenommen werden

Diese Verschiebungen scheinen sich jedoch weitestgehend nicht merklich auszuwirken. Eine Anpassung des zentralörtlichen Systems ist nach Auffassung der Kreise zudem, trotz der Zielsetzung der LES, nicht zu erwarten.



4.4 Erreichbarkeit und Mobilität

Die Erreichbarkeit ist die Grundlage aller stationären Versorgung. Nur ein funktionaler öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) kann gewährleisten, dass auch die nicht individuell mobile Bevölkerung (v.a. Senioren, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung) versorgt ist. Deshalb wird das Thema in diesem Kapitel vorgezogen betrachtet.

Es unterteilt sich in Angebote auf der Straße, die eher für die Anbindung innerhalb der Nah- und Mittelbereiche verantwortlich sind, und Angebote auf der Schiene, die eher für die Anbindung an die Oberzentren und den Verkehr auf Hauptachsen verantwortlich sind.

Das Thema wurde in allen Gesprächen mit Kreisen und Kommunen als aktuelles und wichtiges Thema benannt - mit Ausnahme des Amtes Großer Plöner See, wo dahingehend Resignation deutlich wurde.

Die Trägerschaft des öffentlichen Nahverkehrs verteilt sich auf viele Akteure. Aufgabenträger für den **straßengebundenen ÖPNV** sind die Kreise²¹. Damit sind sie zuständig für die Netzplanung und Finanzierung des regionalen Busverkehrs. Als Pflichtaufgabe wird allerdings einzig der Schülerverkehr verstanden. Hierfür stellen sie regelmäßig regionale Nahverkehrspläne auf, die Bedingung für den Erhalt der vollen Finanzierungsmittel vom Land sind.

Die Fahrten werden in Ostholstein von Privatunternehmen durchgeführt, im Kreis Plön zum größten Teil durch die öffentlichen Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP) in Trägerschaft von Kreis und Kommunen, ergänzt durch die private Autokraft GmbH und Angebote der Nachbarkommunen, was sich auch darin abzeichnet, dass ein großer Anteil der Linien in benachbarte Kreise und Städte führt. Die Kreise und der Schleswig-Holsteinischer Nahverkehrsverbund unterstützen zudem Mobilitätsinitiativen wie BürgerBusse oder das internetbasierte Pendlerportal.²²

Der **Schienerverkehr** liegt in der Verantwortung des Landes (Schleswig-Holsteinischer Nahverkehrsverbund), für die Fahrten werden private Dienstleister beauftragt. Trägerschaft und Planung des Schienennetzes sind Aufgabe des Bundes.²³

21 aktuelle Planungsdokumente: Regionale Nahverkehrspläne (jew. Dritter, OH 2014, Plön 2013); für Plön außerdem der informelle Masterplan Mobilität der KielRegion von 2018; weiterhin das Gutachten „Mobilität der Zukunft in Schleswig-Holstein“ des Landes von 2016

22 Quelle v.a. REK KielRegion

23 aktuelle Planungsdokumente: Landesnahverkehrsplan (wird 2018 neu aufgestellt); Bundesverkehrswegeplan von 2016



Ein Zielstandard für den öffentlichen Nahverkehr wird in den Regionalplänen formuliert, allerdings sind diese mittlerweile stark veraltet (2000 und 2004), Anbindungsstandards formuliert nur der Regionalplan für Plön und auch diese sind nicht flächendeckend formuliert. Außerdem sind die Standards aus heutiger Sicht als sehr niedrig zu bezeichnen.²⁴ Stattdessen betonen beide Regionalpläne, dass der Individualverkehr für die Flächenerschließung eine wesentliche Rolle spielt; der ÖPNV solle „auf Arbeitsplatzschwerpunkte und Schulstandorte ausgerichtet sein“.

Nach dem LEP von 2010 sollen sich viele Einrichtungen der Daseinsvorsorge in „zumutbarer Entfernung“²⁵ befinden, die rein über die Strecke definiert ist. Während besonders im ländlichen Raum viele Menschen mit dem eigenen Auto individuell mobil sind, sind allerdings gerade die weniger selbstständig mobilen Gruppen (v.a. Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit Behinderung) auch häufig die, die stärker auf unterstützende Daseinsvorsorgeleistungen angewiesen sind. Eine „zumutbare“ Entfernung hängt also von der Zielgruppe mit den für sie nutzbaren Verkehrsmitteln sowie dem Angebot und seiner zeitlichen Verfügbarkeit ab.

Darüber hinaus trägt der ÖPNV als *der* Teil des sogenannten Umweltverbundes, der auch längere Strecken zurücklegen kann, einen großen Teil der Verantwortung, Alternativen zum Auto anzubieten. Auf diese Weise ist er auch für die Entlastung von Straßen, Stellflächen in Zentralorten und der Luft- und Lärmbelastung mitverantwortlich. Dementsprechend ist auch seine Attraktivität als Mobilitätsalternative von besonderer Bedeutung; dazu zählen v.a. Praktikabilität, Flexibilität, Verlässlichkeit, Fahrzeugkomfort (inkl. Barrierefreiheit), Verbindungsqualität (Fahrzeiten und Umstiege) und Preis.

Die Versorgungssituation entspricht diesen Anforderungen nicht. Der ÖPNV wird von allen Kommunen als **unzureichend** kritisiert. Außerhalb der größten Ortschaften sei abgesehen vom Schülerverkehr weitestgehend keine im Alltag nutzbare bzw. zum Teil auch überhaupt keine Anbindung vorhanden. Gebe es Verbindungen, beschränkten sich diese auf sehr kurze Zeitfenster, die für viele Bedürfnisse nicht ausreichen. Die Stimmung der Kommunen rangiert zwischen Wut und Resignation. Im Kreis Ostholstein gebe es einige ergänzende Fahrten mit ALFA-Bussen, die allerdings qualitativ nicht ausreichen würden, um angenommen zu werden. Abgesehen von

24 Als Ziel formuliert wird die Bedienung von Bahnhöfen durch den Busverkehr: an zentralen Bahnhöfen stündlich durch den Regional- und 20-minütig durch den Stadtbusverkehr, an städtischen Bahnhöfen (Plön) 2- bzw. halbstündig und an regionalen Bahnhöfen (Preetz) soll es überhaupt eine Anbindung geben.

25 Die zumutbare Entfernung bezeichnete laut Definition des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes, auf dem die Bezeichnung im LEP von 2010 basiert, dass **Wohnplätze nicht weiter** als zehn Kilometer **von einem Zentralen Ort entfernt** sein sollten. Das Gesetz wurde 2014 mitsamt dem Begriff der „Zumutbarkeit“ abgeschafft. Eine räumliche Orientierung für Zentrale Orte wurde jedoch übernommen, aber auf **zwölf Kilometer** ausgeweitet.



der Stadt Plön geben auch die größeren Kommunen an, dass das lokale Liniennetz ausbaufähig sei.

Eine noch erschwerte Sondersituation existiert in den drei an Neumünster (mit eigenem Stadtverkehr) angrenzenden Gemeinden Großharrie, Tasdorf und Bönebüttel, die trotz des zentralörtlichen Bezugs vom Neumünsteraner Stadtverkehr schlicht nicht bedient würden.

In der Zufriedenheit mit den verschiedenen Anbietern bestehen deutliche Unterschiede; gegenüber den privaten Anbietern Autokraft und noch stärker Rohde/NOB wird Unzufriedenheit geäußert, u.a. für mangelnde Verlässlichkeit und den Zustand der Fahrzeuge. Die VKP werden besser beurteilt; u.a. setzten diese auf weniger genutzten Strecken auch effizientere Kleinbusse ein.

Allerdings zeigt sich beim Thema ÖPNV auch besonders stark das Kommunikationsdefizit zwischen Kommunen und Kreisen. Kommunen beider Kreise äußern den Eindruck, die Kreise hätten wenig Interesse daran, ob die Kommunen ausreichend angebunden sind.

Als ergänzende Angebote gibt es in Malente einen ehrenamtlich betriebenen BürgerBus, dessen Beschaffung durch Fördermittel und den Kreis unterstützt wurde, sowie in einigen Kommunen Mitfahrbänke, die jedoch nach dem bisherigen Eindruck nur eine sehr kleine Rolle spielen.

Überregional ist die Region seit 2010 mit dem RE im halbstündigen Takt an Kiel und Lübeck angebunden, was einen deutlichen Passagierzuwachs ausgelöst hat²⁶. Die **überregionale Anbindung** der Orte auf der zentralen Achse²⁷ ist damit als **sehr gut** einzuschätzen; der Rest der Region ist bisher nicht an das Liniennetz angeschlossen.

Der Ist-Zustand muss demnach als unzureichend bewertet werden. Einer sehr guten Schienenanbindung der zentralen Achse folgt keine nutzbare Anbindung an die Zentralen Orte. Eine Versorgung über den ÖPNV ist kaum möglich.

Trends, die sich auf den Bereich besonders auswirken, sind:

- die Konzentration vieler Funktionen, vor allem der Ausbildung, in Zentralorten und v.a. größeren Städten
- die langfristig natürliche bedingte, weitere Ausdünnung peripherer Orte

²⁶ vgl. Landesnahverkehrsplan von 2014

²⁷ betrifft Preetz, Ascheberg, Plön, Malente und Eutin



- die Alterung der Gesellschaft und damit die Zunahme eingeschränkter Mobilität;
- verstärkt durch den Zuzug Älterer in die Region
- die zunehmende Auflösung von Kernarbeits- und Schulschluss- und damit auch Pendelzeiten
- die stetige Zunahme der Pendelbeziehungen
- der Zuzug in die Region von Pendlern aus den überfüllten Großstädten
- die zunehmenden Möglichkeiten, unterwegs (digital) Erledigungen zu tätigen
- die steigende Bereitschaft für Sharing-Modelle
- die Zunahme des Umstiegs auf das Fahrrad (auch durch E-Bikes) und der Multimodalität
- die voraussichtlich bald möglichen selbstfahrenden Fahrzeuge
- die Erneuerung von Fuhrparks zugunsten der Elektromobilität

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird voraussichtlich divers und ist deshalb schwer zu kalkulieren:

- Der **Verkehr in die Zentren** mit konzentrierten Versorgungsfunktionen wird **immer wichtiger** werden.
- Das gilt vor allem aufgrund der Alterung der Gesellschaft allgemein und zusätzlich des Zuzugs älterer Menschen in die (bisher) v.a. größeren Orte der Region.
- Als Gruppe mit überdurchschnittlichem Anteil eingeschränkt Mobiler werden diese das **Fahrgastpotenzial steigern**, hinzu kommen zunehmende und zuziehende Pendler.
- Gleichzeitig wird das Gesamt-**Fahrgastpotenzial** aufgrund der generellen Einwohnerentwicklung **in kleineren Orten voraussichtlich** - zumindest langfristig - weiter **abnehmen**.
- Die zunehmende Auflösung der Kernarbeitszeiten wird das Fahrgastpotenzial zu Stichzeiten stärker verteilen - ob diese Entwicklung neue Verbindungen ermöglicht oder bloß die bestehenden Verbindungen schwächt, kann an dieser Stelle nicht abgeschätzt werden.

Planungen im straßengebundenen Nahverkehr laufen aktuell zahlreiche; an der Verbesserung der Mobilität wird in beiden Kreisen und den größeren Kommunen intensiv gearbeitet.



Bei den Verkehrsbetrieben Kreis Plön (VKP) befinden sich verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Angebots in Arbeit. So werden zum einen aktuell Anrufdiensttaxi in der Region Lütjenburg erprobt. Während das Amt Preetz-Land bei der Suche nach einem Pilotprojekt lt. Preetz kein Interesse geäußert habe, wird das Projekt im Amt Bokhorst-Wankendorf interessiert beobachtet. Mit der Stadt Plön sind die VKP zu dem Thema bereits im Gespräch. Weiterhin gibt es einen Kreisbeschluss über eine Takterhöhung, die in Kombination mit dem Einsatz von Kleinbussen großes Potenzial bieten kann und eine Untersuchung für ein mögliches E-Bus-Modellprojekt ist in Arbeit. Zuletzt wurde genannt, dass Autokraft plane, sich aus dem Kreis Plön zurückzuziehen und die VKP überlege, die entstehende Lücke zu schließen.

Der Kreis Plön erarbeitet derzeit ein Elektromobilitätskonzept, im dem auch Standorte für die Infrastrukturen untersucht werden.

Im Kreis Ostholstein werden aktuell Zubringer-Schleifen konzipiert, über die die Hauptverbindungen effektiver genutzt werden sollen. Die Idee wird von den Kommunen allerdings kritisch gesehen. Auch an flexiblen Bedienformen wie einem „Dorf-CarSharing“ wird gearbeitet. Aktuell wird zudem nach erfolgreicher Umsetzungsplanung der Testbetrieb von autonom fahrenden elektrisch betriebenen Kleinbussen vorbereitet.

Preetz konzipiert eigenständig nachhaltige und multimodale Alternativen für den Stadtverkehr, Eutin baut den ZOB neben dem Bahnhof aus und arbeitet an der Erprobung autonomer Kleinbusse, Malente plant eine „Mobilitätsdreh-scheibe“ zwischen Bus- und Zugverkehr. Auch die Stärkung des Radverkehrs als Mobilitätsalternative ist ein Thema.

Die KielRegion, zu der der Kreis Plön gehört, hat Anfang 2018 einen Masterplan Mobilität fertiggestellt. Als Ziel wird u.a. formuliert, bis 2035 60% mehr Personen-km im ÖPNV zu erreichen und 65.000 private PKW durch 5.000 CarSharing-Autos zu ersetzen. Zur Umsetzung des Masterplans wurde ein Mobilitätsmanager eingestellt, der die Akteur/innen beratend und hinsichtlich Fördermöglichkeiten unterstützen soll. Relevante Projekte für die Region sind:

- die Etablierung multimodaler Mobilitätsstationen, also die Entwicklung einer Blaupause und die Unterstützung bei der Umsetzung vor Ort durch die KielRegion und den Mobilitätsmanager - die Stadt Preetz ist Pilotkommune
- Unterstützung bei der Etablierung von Carsharing- und Dörpsmobil-Angeboten sowie von Mitfahrmöglichkeiten durch den Mobilitätsmanager

Auch auf Landesebene wurden Ansätze zur Sicherung der Mobilität formuliert. Die Landesentwicklungsstrategie strebt die sorgfältige Analyse aller Verkehrsträger und die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen an. Dazu gehören die auf umfangreicheren Daten basierte Bedarfsplanung und die



digitale multimodale Verbindungsplanung. In der Fläche entscheidet sich die Strategie explizit gegen moderne Verkehrsmittel, weshalb in diesem Bereich voraussichtlich auch nicht mit Landesförderung zu rechnen ist. Stattdessen formuliert sie **Sicherung und Ausbau des ÖPNV** sowie die Sicherung seiner Finanzierung als wichtiges Ziel. Außerdem sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung Verkehr vermeiden. **Es ist unklar, inwiefern diese Ansätze bei Kreisen und Kommunen ankommen**, denn bereits der LEP 2010 hat das Ziel formuliert, den ÖPNV mit flexiblen und multimodalen Angeboten zu stärken - die Situation hat sich allerdings nicht verbessert.

Planungen im Schienenverkehr umfassen:

- die **Einsetzung eines zusätzlichen Pendelzugs zwischen Preetz und Kiel** mit zwei zusätzlichen Haltepunkten in Preetz, was die Anbindung weiter verbessert. Eine zuvor angedachte Abschaffung einiger RE-Halte, um die Gesamtfahrtzeit zu verkürzen, wird nicht weiterverfolgt.
- Weiterhin wurde nach mehrjähriger Diskussion kürzlich eine **Machbarkeitsstudie zur Wiederinbetriebnahme der Verbindung Neumünster - Anschluss Ascheberg** durchgeführt, deren Ergebnisse aktuell noch nicht veröffentlicht sind. Es liegt ein entsprechender Kreistagsbeschluss vor, die Entscheidung liegt jedoch beim Land. Die Wiederinbetriebnahme ist nicht unumstritten. Ehemalige Haltepunkte der Strecke befinden sich in Bokhorst, Wankendorf, Kalübbe und Belau.

Die Perspektive wird als tendenziell positiv, aber ungewiss bewertet. Der Wille scheint da zu sein, die Versorgung schrittweise zu verbessern; vielseitige Ansätze werden erprobt. Eine Verbesserung ist zu erwarten, aber ob selbst eine zumindest grundlegend ausreichende Anbindung gewährleistet werden kann, ist ungewiss - vor allem, da bisher eher nach dem Prinzip des „Lückenschließens“ vorgegangen wird und nicht nach dem Prinzip einer Attraktivitätsoffensive, um Fahrgäste zu gewinnen.

Handlungsbedarf besteht reichlich. Es muss sichergestellt sein, dass bspw. auch nicht mobile Menschen, die nicht gut genug vernetzt sind, um sich fahren zu lassen, Leistungen wahrnehmen können, wenn sie notwendig sind. In einem negativen Beispiel, das in einem Gespräch aufgekommen ist, hat eine betagte Person notwendige Arztbesuche versäumt, weil sie sich den Weg nicht zugetraut hat.

Dementsprechend muss mindestens sichergestellt sein, dass in allen Orten zumindest die Möglichkeit einer grundlegenden Anbindung zu ausreichend verschiedenen Tageszeiten besteht. (Mit einer kaputten Hüfte kann man nicht drei Stunden vor dem Termin zum Arzt fahren.)



Um das Nahverkehrsangebot als ernsthafte Alternative zum eigenen Auto zu positionieren, wäre allerdings eine deutliche Attraktivitätssteigerung nach o.g. Kriterien notwendig - das hat bereits der Landesnahverkehrsplan von 2014 festgestellt.

Zudem äußern einige Kommunen, dass die Zugänglichkeit der Region in Richtung Neumünsters und der Tourismusregion Ostseeküste, im Optimalfall über die Schiene, wichtig für die Entwicklungsperspektive der Region wäre.

Unabhängig von der Verbindungsqualität besteht großer Kommunikationsbedarf hinsichtlich der Erwartungen aneinander.

Handlungsoptionen bestehen v.a. im straßengebundenen ÖPNV, da dieser der Zuständigkeit der Kreise unterliegt; im schienengebundenen ÖPNV besteht die Möglichkeit, gegenüber dem Land Position zu beziehen.

Folgende Handlungsoptionen bestehen:

- Malente empfiehlt ein im Detail ausgefertigtes, zeitlich und räumlich attraktives Mobilitätskonzept für ländliche Regionen nach dem Beispiel des Modellprojektes „Muldental in Fahrt“.²⁸ Auch der Masterplan Mobilität der KielRegion empfiehlt die Entwicklung von Mobilitätskonzepten durch die Kreise unter Beteiligung der Kommunen und AktivRegionen.
- Unabhängig von einem solchen Konzept sollte das vollständige Fahrgastpotenzial erhoben werden - und darüber nachgedacht werden, diese mit einem attraktiven Angebot als Kunden eines breit aufgestellten ÖPNV zu gewinnen.
- Ein weiterer Ansatz kann die Einrichtung eines Mobilitätsfonds zur Erprobung neuer Methoden und Verbindungen sein.
- Die KielRegion strebt an, multimodale Mobilitätsstationen zu etablieren. Dafür wurde einer Blaupause entwickelt; außerdem unterstützt der Mobilitätsmanager der KielRegion bei der Umsetzung vor Ort. Die Stadt Preetz ist Pilotkommune.
- Auch bei der Etablierung von Carsharing- und Dorfauto-Angeboten sowie von Mitfahrmöglichkeiten unterstützt der Mobilitätsmanager. (s. auch Konzept „Dörpsmobil SH“ des AktivRegionen-Netzwerks)
- Das BürgerBus-Modell wird in Malente sehr positiv gesehen. Die Übertragbarkeit wird von vielen kleineren Gemeinden allerdings kritisch gesehen.
- Die Anpassung des ÖPNV auf die Bedarfe von Trends der Digitalisierung und des Unterwegs-Erledigens, also bspw. WLAN anzubieten, das Arbeiten während der Fahrt angenehmer zu machen und

28 Das Konzept wurde lt. Berichterstattung in der Anfangsphase gut angenommen. (Fahrgastzuwachs von über 10% in vier Monaten) Das Konzept findet sich unter: <https://www.landkreis-leipzig.de/f-Download-d-file.html?id=12303> [Zugriff am 7.8.2018]



Umstiegspunkte für kleinere Erledigungen zu qualifizieren, kann zur Attraktivität des Angebots und damit zur Steigerung der Fahrgastzahl beitragen.

4.5 Internetzugang

Mit dem **Trend** der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft wird auch die Verfügbarkeit schneller Internetzugänge zu einer strukturellen Voraussetzung für die Zugänglichkeit zu vielen Leistungen. Das gilt nach und nach - und vor allem perspektivisch - auch für die Daseinsvorsorge.

Die Digitalisierung stellt ein großes Potenzial zur Effektivitätssteigerung vieler Prozess der Daseinsvorsorge oder sogar zum Ersatz für einige vormals stationäre Angebote dar - und damit zu deren Aufrechterhaltung oder zur Verbesserung der Versorgungssituation. Das gilt insbesondere für sehr periphere Gebiete. Voraussetzung für ein Entfalten dieser Potenziale ist allerdings deren Nutzung durch Anbieter von Infrastrukturen, die digitale Kompetenz der potenziellen Nutzer/innen und die Verfügbarkeit des Internets. Diese Verfügbarkeit soll im Folgenden kurz betrachtet werden; zunächst die Breitband-, im Anschluss die Mobilfunk-Infrastruktur.

Die Trägerschaft der Breitbandnetze liegt bei den Anbietern des freien Marktes. Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Attraktivität ländlicher Räume handelt es sich in der Region dabei jedoch zu großen Teilen um kommunale Zweckverbände oder Kommunalwerke.

Der Zielstandard für die Breitband-Versorgung wird vom Bund definiert, der weiterhin bis 2018 eine 50-Mbit/s-Verbindung für jeden Haushalt (100%) als Ziel setzt, obwohl bereits klar ist, dass das aus verschiedenen Gründen nicht gelingen kann. Der Landesentwicklungsplan von 2010 hatte hingegen vorgesehen, bis 2020 flächendeckend über 100-Mbit-Verbindungen zu verfügen. Das neue Ziel des Bundes sind flächendeckende Gigabit-Netze bis 2025.

Die Versorgungssituation in der Region befindet sich stark im Wandel, da das Glasfasernetz aktuell regionsweit ausgebaut wird. Vor diesem Ausbau gab es schnellere Internetanschlüsse weitestgehend nur in größeren Ortschaften, allerdings nur in wenigen Fällen mit Hochgeschwindigkeit.

Der Ist-Zustand kann demnach nicht losgelöst bewertet werden.

Die Entwicklung des Angebots hängt direkt von den **Planungen** zum Ausbau des Glasfasernetzes ab, die in der Region weitestgehend abgeschlossen sind.

Im **Kreis Ostholstein** ist der **flächendeckende Glasfaserausbau** durch die TNG Stadtnetz GmbH im Auftrag des Zweckverbands Ostholstein **bis auf wenige Ortsteile** in allen Gemeinden der AktivRegion gesichert, in einigen



anderen Ortslagen bieten die Stadtwerke Eutin Glasfaser an. **Probleme** gibt es in einigen Ortslagen um Eutin, in denen die **beiden Anbieter in Konkurrenz** treten und deshalb beide die wirtschaftlich erforderlichen Anschlussquoten nicht erreicht haben bzw. möglicherweise nicht erreichen werden. Dadurch ist der flächendeckende Ausbau in diesen Ortslagen aktuell nicht gesichert. Außerdem wurden Probleme mit der Qualität der Anschlüsse der Stadtwerke Eutin geäußert.

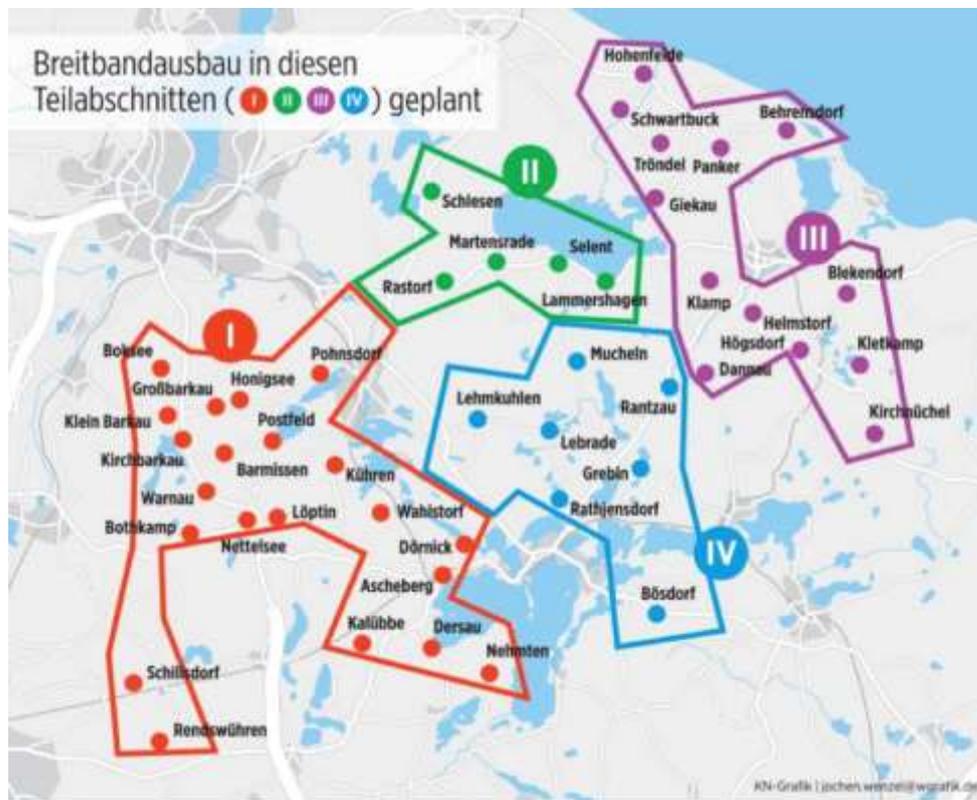


Abbildung 26: Breitbandausbau im Kreis Plön im Zweckverband²⁹

Im Kreis Plön hat sich der Zweckverband Breitbandversorgung Kreis Plön gegründet, der den Ausbau in den meisten ländlichen Kommunen des Plöner Teils der AktivRegion durch die Firma Pepcom beauftragt hat. Hier erfolgt der **Ausbau allerdings nicht flächendeckend** mit einem 100%-Ziel, da sich dieses trotz solidarischer Finanzierung in kommunalen Zweckverbänden und Fördermitteln als nicht wirtschaftlich finanzierbar erwiesen hat. Es sollen zunächst 95% der Haushalte angeschlossen werden, ob Möglichkeiten zum Ausbau der restlichen 5% bestehen, soll im Anschluss anhand der

29 Quelle: <https://glasfaser-im-kreis-ploen.de/ueber-uns/der-zweckverband/> [Zugriff 24.07.18]



Finanzierungssituation geprüft werden. Da sich diese 5% auf das Gesamtgebiet des Zweckverbands (s. Abbildung 26) beziehen, sind die sehr ländlichen Kommunen der Region z.T. besonders stark betroffen. In Bösdorf ist sogar Gewerbe betroffen. Die sehr ländliche Gemeinde Wittmoldt hat aufgrund dieser Einschränkung gar nicht erst am Ausbau teilgenommen.

In den Kommunen Wankendorf, Stolpe, Ruhwinkel und Belau baut ein privates Unternehmen aus, die Stadtwerke Neumünster haben die Gemeinden Großharrie, Tasdorf und Bönebüttel bereits angeschlossen.

Die größeren Orte in beiden Kreisen sind nicht Teil der Initiativen, da diese bereits zuvor von Privatanbietern oder Stadtwerken versorgt wurden. Das problematische daran ist, dass **in einigen der größeren Orte** deshalb der **Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsinternet nicht gesichert** ist.

Hintergrund dessen ist, dass sich der Ausbau zwischen sogenannten „schwarzen“ und „weißen Flecken“ unterscheidet. Als Grundlage für eine öffentliche Förderung des Glasfaserausbaus in unterversorgten Gebieten wurde für alle Teilräume geprüft, ob ein Marktversagen vorliegt („weiße Flecken“), oder ob die Verbindung zum Zeitpunkt der Messung als ausreichend schnell beurteilt wurde („schwarze Flecken“). Da die Messung allerdings einige Jahre zurückliegt, entspricht die Verbindungsgeschwindigkeit der „schwarzen Flecken“ mittlerweile nicht mehr den modernen Anforderungen. Der gesicherte Ausbau beschränkt sich aufgrund der Wirtschaftlichkeit bisher jedoch auf die „weißen Flecken“, wodurch die eigentlich zentraleren Gebiete drohen, schlechter versorgt zu sein als viele ländliche Gebiete.

Die Perspektive kann demnach folgendermaßen bewertet werden:

Für den Großteil der Region ist die Perspektive bzw. die in naher Zukunft zu erwartende Versorgungssituation sehr gut zu bewerten. Eine Einschränkung besteht hier lediglich durch die geäußerten Probleme mit der Verbindungsqualität der Stadtwerke Eutin. Dabei gibt es allerdings zwei Ausnahmen:

- „schwarze Flecken“ Malente und Preetz - nicht mit zukunftsfähig schnellem Internet versorgt
- die „letzten“ 5% im Gebiet des Zweckverbandes Breitbandversorgung Kreis Plön werden voraussichtlich nicht vollständig versorgt und damit das 100%-Ziel nicht erreicht; hinzu kommt die Gemeinde Wittmoldt

Die **Möglichkeiten der Digitalisierung** bleiben damit vorerst **gerade den peripheren Lagen verwehrt**, die sie aufgrund ihrer i.d.R. schlechten ÖPNV-Anbindung am dringendsten bräuchten.

Handlungsbedarf besteht eigentlich nur darin, dass Bund und Land bei der Förderung nachbessern müssen, um die selbstgesteckten Ziele erreichen zu können. Ein effizienterer Ansatz als der großflächige Ausbau über kommunale Zweckverbände ist nicht zu erwarten.



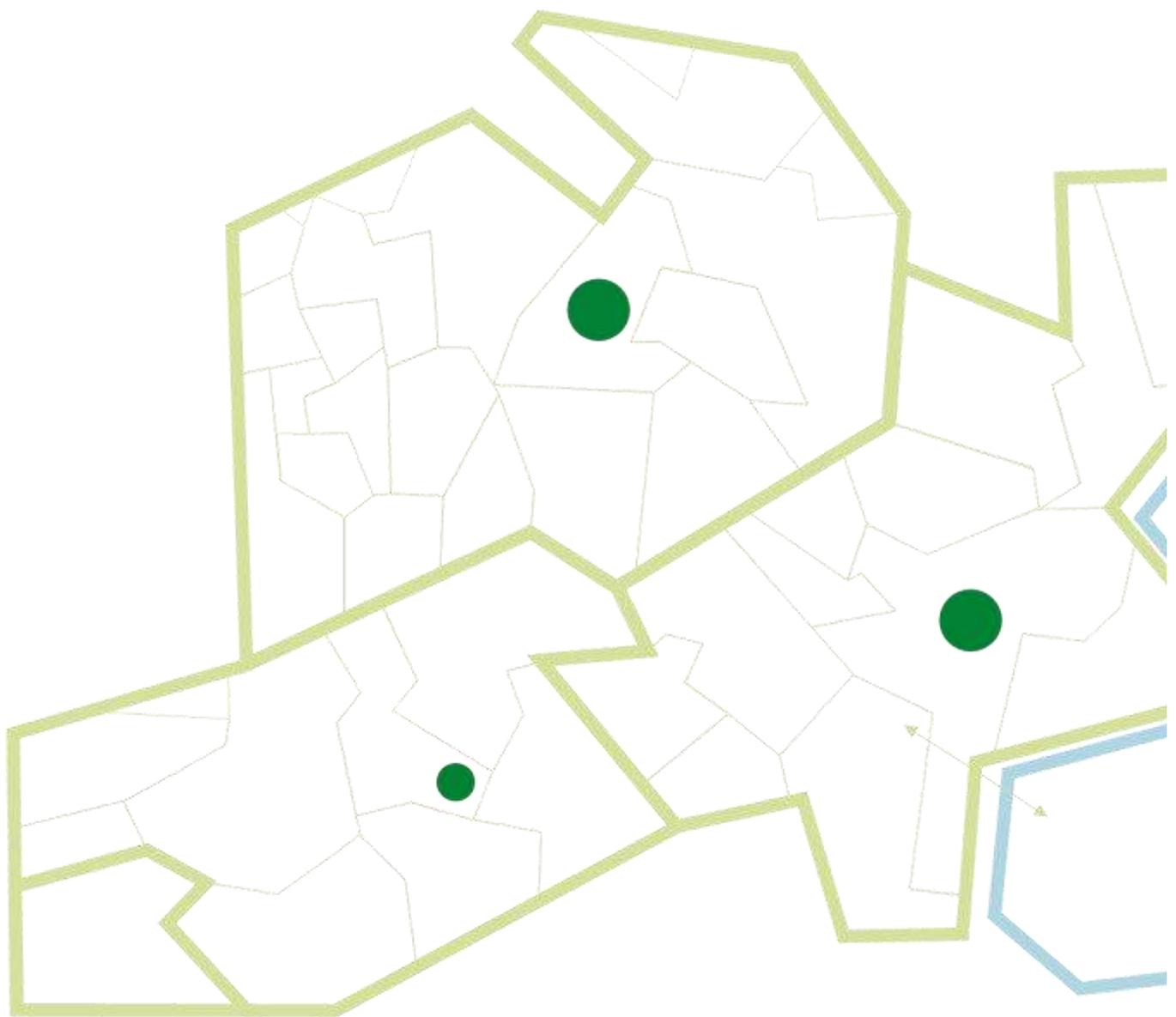
Handlungsoptionen bestehen für die lokalen Akteure deshalb wenige. Ein Appell an die Gesetz- und Fördermittelgeber, gemeinsam mit anderen ländlichen Regionen, die die gleichen Schwierigkeiten haben, kann ein sinnvoller Schritt sein - allerdings ist dem Gesetzgeber der Stand auch bekannt und der Ausbau hat hohe politische Priorität.

Im Bereich der **mobilen Breitband-Datennetze** (LTE) lag die Abdeckung im März 2017 je nach Anbieter **deutschlandweit zwischen 93% und 84%** der Einwohner/innen.³⁰ Aufgrund der vertraglichen Versorgungsaufgaben für die privaten Anbieter durch den Bund aus der Frequenzversteigerung 2015 wird diese weiter zunehmen, allerdings werden auch hier Versorgungslücken in sehr peripheren Lagen bestehen bleiben. Kürzlich hat der Bund jedoch das Ziel ausgerufen, bis 2020 die Voraussetzungen für einen „flächendeckenden 5G-Rollout“ zu schaffen.³¹ Im Amt Großer Plöner See ist von teilweise „katastrophaler“ Netzqualität die Rede, außerdem habe es bei Beschwerden schon Kündigungen gegeben. Für den Ausbau der Basisstationen wird ein Glasfaseranschluss benötigt - der Ausbau der Technologien begünstigt sich demnach gegenseitig.³²

30 Tätigkeitsbericht Telekommunikation 2016/17 der Bundesnetzagentur

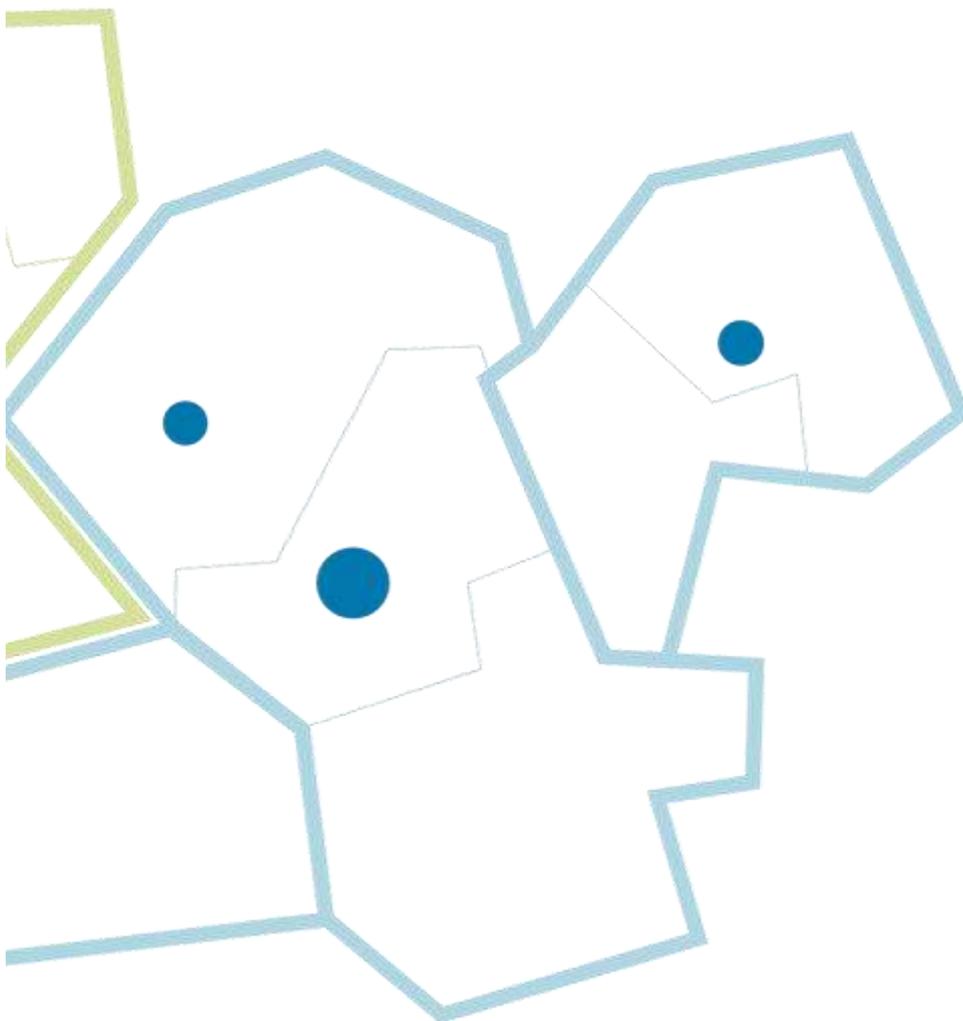
31 <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/DG/eckpunkte-zukunftsoffensive-gigabit-deutschland.html> [Zugriff 15.08.2018]

32 Bundesnetzagentur: Tätigkeitsbericht Telekommunikation 2016/2017 (aktueller Bericht)



Versorgungssituation

AktivRegion



5. Versorgungssituation: sektorale Betrachtung

Nachdem die Rahmenbedingungen der Versorgung erläutert wurden, wird in diesem Kapitel die Versorgungssituation in den wichtigsten Bereichen thematisiert. Hierfür wird zunächst die Auswahl der betrachteten Bereiche erläutert. Im darauffolgenden Kapitel wird dann die Versorgungssituation der AktivRegion kompakt und übersichtlich zusammengefasst.

Dieses Kapitel stellt den **Hauptteil der Bestandsaufnahme** dar und fasst Situation und Anpassungsbedarf der Versorgungs-Infrastruktur zusammen.

Die Bereiche „Erreichbarkeit und Mobilität“ sowie „Internetzugang“ wurden bereits als Rahmenbedingungen im vorangegangenen Kapitel betrachtet, sind aber auch Teil der Versorgungs-Infrastruktur.

Aufgrund der explorativen Herangehensweise der Untersuchung darf diese Darstellung **nicht als vollständig verstanden werden** - viele der spezifischeren Informationen stellen Schlaglichter und z.T. einseitige Eindrücke dar. Der Fokus lag darauf, einen Gesamteindruck zu gewinnen, zu dem auch die Vielzahl von Positionen und Ansätzen gehört. Eine sukzessive Vervollständigung und Abrundung dieser Informationen im Rahmen der Fortschreibung ist im Interesse aller Akteur/innen.

Auswahl der betrachteten Daseinsvorsorgebereiche

Um diese Betrachtung in einem handhabbaren Rahmen zu halten, wurden im Prozess eine zweckmäßig eingeschränkte Auswahl an Bereichen der Daseinsvorsorge getroffen. Diese Auswahl, die zum jeweiligen Bereich gehörenden Themen und die nicht näher betrachteten Themen werden in der Übersicht auf der folgenden Seite aufgelistet.

Die Bereiche wurden ausgewählt nach **Handlungsbedarf** (Priorität) und der Notwendigkeit der Betrachtung aufgrund der **Beeinflussung durch aktuelle Trends**, aber auch nach **Steuerungsmöglichkeiten und möglichen Projekten**, da das Ziel des Masterplans die Realisierung von Maßnahmen ist.

Einige Bereiche der (erweiterten) Daseinsvorsorge wurden nicht betrachtet. Gründe dafür waren:

- nicht als handlungsbedürftig eingeschätzt
- keinerlei Eingriffsmöglichkeit seitens Kreis oder Kommunen gesehen
- Zukunftsthemen ohne akuten Handlungsdruck, für die die aktuellen Kapazitäten der meisten Kommunen nicht ausreichen

Diese Einschätzungen wurden folgendermaßen getroffen:

- im Vorfeld so eingeschätzt, im Gespräch nicht widersprochen
- angesprochen, aber aus dem Gespräch heraus so eingeschätzt

Das Thema Wohnen wurde bereits in Kapitel 2.5 als Rahmenthema behandelt. Aufgrund seines Charakters, der sich von den anderen Bereichen der Daseinsvorsorge stark unterscheidet, und seines Umfangs, sollte das

Thema separat bearbeitet werden. Über ein entsprechendes Projekt wird in der AktivRegion aktuell gesprochen.

Die folgende Grafik zeigt die Auswahl der Bereiche für das Basismodul. Umfangreichere Betrachtungen bestimmter Bereiche können in Zukunft dennoch sinnvoll sein. Die Auswahl sollte regelmäßig evaluiert werden.

Kategorie	Bereich	Themen	Themen für mögl. spätere Betrachtung
Mobilität	Öffentlicher Nahverkehr	 Anbindungsqualität durch jegliche öffentlichen Verkehrsmittel	z.T. fallweise berücksichtigt
	technische Infrastruktur	 Strom, Wasser, Gas, Wärme, Abwasser, Abfall, Straßensanierung	Wärmewende, klimatische Sanierung zwingende Wartungs-Dienstleistungen Bauhöfe, Friedhöfe
Bildung & Soziales	Internet	 Breitband & Mobilfunk	
	Kinderbetreuung	 Kitas	Ganztagsbetreuung
Kultur, Sport & Freizeit	Bildung	 allgemeinbildende Schulen	Berufsbildung & Weiterbildung Hochschulen
	Begegnung	 Begegnungs- und Gemeinschaftseinrichtungen, v.a. für Senioren	Einrichtungen und Angebote für Schutzbedürftige, Menschen mit Behinderung, Bedürftige, Obdachlose, psychisch oder Suchtkranke
	Jugend	 Einrichtungen der Jugendpflege, auch sonstige Angebote	aufsuchende Jugendpflege
Gesundheit	Kultur & Sport	 allgemeine Versorgung mit Freizeitangeboten im kulturellen oder sportlichen Bereich	
	Sportstätten	 Zustand und Pflege	spezialisierte, zumeist vereinseigene Sportanlagen
Sicherheit & Ordnung	Ärzte	 Allgemein- und Fachärzte	keine gesonderte Betrachtung best. Ärzte oder Heilpraktiker, Beratungsleistungen der Gesundheitsämter, Apotheken
	Pflege	 ambulante und stationäre Pflegedienste bzw. -einrichtungen	Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
Nahversorgung	Feuerwehr	 Personal & Ausstattung	
	Sicherheit & Ordnung	 Sicherheitsgefühl, Polizeipräsenz und Ordnung	Justizsektor inkl. Justizvollzugsanstalten
Verwaltung	Nahversorgung	 Vollversorger	spezialisierte Versorger sonstige Dienstleitungen (z.B. Post, Bank) Postlieferungen
	Zentren	 Kernstädte und -orte mit regionaler Funktion	
Sonstiges	Verwaltung	 Besonderheiten wie Digitalisierung der Verwaltung	keine nähere Untersuchung von Kapazitäten Anlaufstellen finanzielle Leistungen
	Ehrenamt & lokale Identität	 wegen Besonderheit als Träger diverser lokaler Leistungen hinzugefügt	Informationsmedien, z.B. Lokalpresse

Abbildung 27: Auswahl der betrachteten Daseinsvorsorgebereiche

Informationsquellen

Für eine Vorauswahl von Themenbereichen wurden zunächst grundlegende Informationen aus frei verfügbaren Dokumenten gesammelt, die in der Folge in Gesprächen mit Kreisen und Kommunen verifiziert und vervollständigt wurden. Aus der Befragung der Kommunen wurden zudem Informationen zur kleinräumigen, **subjektiv empfundenen** Versorgungsqualität und inhaltlichen Schwerpunkten gewonnen.

Aufbau der Betrachtungen

Die Beschreibungen der Bereiche folgen einem einheitlichen Aufbau. Jeder Bereich wird eingangs kurz erläutert, abgegrenzt und die Zuständigkeiten, also die Verantwortung und die **Trägerschaft** geklärt. **Der Zielstandard** - entweder die gesetzliche und planerische Festlegung oder eine kurze Einschätzung der Bedeutung - wird ins Verhältnis gesetzt zur realen **Versorgungssituation**; daraus wird eine Bewertung des **Ist-Zustandes** abgeleitet. Es werden kurz **Trends** beschrieben, die sich auf den Bereich besonders auswirken und in der Folge die zu erwartende **Entwicklung von Angebot und Nachfrage** betrachtet; v.a. auch unter Einbezug der bekannten **Planungen**. Auf dieser Basis wird eine Bewertung der **Perspektive** vorgenommen. Aus dieser Bewertung erschließen sich dann die **Handlungsbedarfe**, für die - nach Möglichkeit - erste **Handlungsoptionen** benannt werden.



technische Infrastruktur

Die Versorgung mit leitungsgebundenen und technischen Leistungen umfasst zum einen Leistungen „ins Haus“ - Energie und Wärme, Wasser und Abwasser sowie Abfallentsorgung - und zum anderen die von den Kommunen häufig angebrachte Straßensanierung. Der Internetzugang wurde bereits im vorangestellten Kapitel 4.5 betrachtet.

Die Trägerschaft der technischen Infrastruktur liegt weitestgehend in öffentlicher Hand. Hierbei kann unterschieden werden in Kommunalwerken, gemeindeeigene oder lokal organisierte Anlagen und kommunale Zweckverbände³³. Die Netze sind Eigentum der Kommunen.

Die Stromversorgung erfolgt, abgesehen von einigen Kommunalwerken, weitestgehend durch private Anbieter.

Die Straßensanierung erfolgt in Plön für alle kleineren Kommunen der Region durch den Schwarzdeckenunterhaltungsverband, die Städte und die ostholsteinischen Kommunen übernehmen die Sanierung selbst.

Die Versorgungssituation mit Leistungen „ins Haus“ ist überall gewährleistet; einen differenzierten **Zielstandard** gibt es bei dieser zentralen Infrastruktur nicht. Da die Versorgung weitestgehend durch öffentliche Träger erfolgt, ist anzunehmen, dass sie im besten Interesse der Einwohner/innen ausgestaltet ist. In Plön und Preetz wurden zudem - und werden weiterhin - vereinzelt Wärmenetze errichtet.

Allerdings besteht Sanierungsbedarf an einigen Infrastrukturen in kleineren Kommunen. Dies betrifft vor allem Wasserwerke und Abwasserentsorgung in den Ämtern Bokhorst-Wankendorf und Großer Plöner See, deren Gemeinden zum Teil noch über Brunnen versorgt sind und über keinen Anschluss an das Wassernetz verfügen. Der Zustand dieser Brunnen ist teils sanierungsbedürftig, außerdem besteht Anpassungsbedarf aufgrund der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers.

Im Bereich der Straßensanierung äußern die Ostholsteiner Kommunen (mit Ausnahme der Stadt Eutin) Schwierigkeiten, die hohen Sanierungskosten zu tragen. Dementsprechend herrscht besonders in den kleineren Kommunen sehr großer Sanierungsstau. In den Plöner Kommunen bestehen dahingehend keine Probleme.

Der Ist-Zustand kann demnach als generell sehr gut bewertet werden; mit Einschränkungen durch den Sanierungsbedarf.

Trends, die sich auf den Bereich in relevantem Maß auswirken, betreffen nur den Energiesektor. Regenerative Energien spielen in der Region keine

³³ Die interkommunale Organisation in Zweckverbänden deckt sich mit der Empfehlung des Landesentwicklungsplans.

große Rolle. Der Aufbau von Wärmenetzen trägt zum Klimaschutz bei und macht die Nutzer unabhängiger vom Energiemarkt.

Die Entwicklung der Infrastruktur hängt vor allem an ihrer Sanierung. Diese wird viele der Kommunen, v.a. der kleineren, aufgrund der schwierigen Finanzlage vor Probleme stellen. **Planungen** oder Strategien, das Problem zu umgehen, gibt es aktuell nicht. Auch in Ostholstein war vor einigen Jahren ein Schwarzdeckenerhaltungsverband im Gespräch, allerdings konnten sich die Gemeinden Kasseedorf und Süsel aufgrund des Zustands ihrer Straßen die Teilnahme nicht leisten. Auf der Ebene des Amtes Ostholstein-Mitte wird das Thema aktuell wieder diskutiert.

Möglich sind zudem weitere Preissteigerungen - in der Wasserver- und -entsorgung durch Änderungen im Nutzerverhalten und evtl. rückläufige Haushaltszahlen sowie in der Energieversorgung durch den Markt und Investitionen im Rahmen der Energiewende.

Die Perspektive kann demnach nur kritisch bewertet werden. Die Strukturen, die aktuell funktionieren, werden voraussichtlich auch weiterhin funktionieren. Für die Finanzierung größerer Investitionen durch kleinere Kommunen gibt es hingegen keine abschließenden Lösungen.

Handlungsbedarfe bestehen dementsprechend vor allem dabei, die Finanzierungssituation der Kommunen zu unterstützen, damit diese mindestens ihre notwendigen Versorgungs- und Sanierungsleistungen erbringen können. Bevor hier über Lösungen nachgedacht wird, sollte der zukünftige Bedarf, also der Zustand aller Netz- und damit verbundenen Infrastrukturen, ermittelt werden.

Handlungsoptionen bestehen im Bereich der kommunalen Finanzlage nur für die Kommunen selbst oder in Form gemeinsamer Stellungnahmen.

Der Ansatz kommunaler Zweckverbände, über die Auftragskosten, technische und personelle Ressourcen gebündelt werden können, kann auch für die anstehenden Sanierungen ein Ansatz darstellen. Zweckverbände haben den Vorteil, dass die Pflege der Infrastrukturen nach rein fachlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden, sich die Kosten für die Maßnahmen auf gleichbleibende Mitgliedsbeiträge verteilen, anstatt nach einigen Jahren als große Investitionshürden im Haushalt zu stehen, und dass potenziell Personal in der Verwaltung freigesetzt wird. Ein möglicher Bereich kann die Brunnenanierung oder der Anschluss an das Wassernetz sein. Der Abwasser-Zweckverband Preetz und Pohnsdorf entwickelt bspw. aktuell gemeinsam mit der Stadt Plön ein Klärwerk.

Auch im Bereich der Straßensanierung in Ostholstein sollte über die Möglichkeit eines Zweckverbandes, unter Einbeziehung des Kreises, der sich für die stärkere Organisation in Zweckverbänden ausgesprochen hat, weiterhin nachgedacht werden. Gelingt eine Organisation im Amt Ostholstein-Mitte wäre u.U. für die Gemeinde Süsel eine Einbindung attraktiv.

Generell sollte zur Entlastung der kommunalen Haushalte über die **Zusammenlegung von Institutionen mit nicht ausgelasteten Ressourcen** nachgedacht werden- zum Beispiel von Bauhöfen, auch zur Unterhaltung von



Sportstätten. Hierfür gibt es verschiedene Beispiele in der Region, z.B. zwischen Kasseedorf und Schönwalde a.B.

Optionale Maßnahmen sind, entsprechend den Entwicklungen des Energiesektors, der Bau von **Anlagen und Netzen zur Kraft-Wärme-Kopplung** und die Erhöhung der **Energieeffizienz öffentlicher Gebäude**. Diese werden seitens der meisten Gesprächspartner allerdings nicht als prioritär betrachtet. Laut der Stadt Plön ist die Akzeptanz für Fernwärme noch sehr gering, wofür auch der niedrige Ölpreis verantwortlich sei.

5.1 Bildung

Ein akuter Eingriffsbedarf wird nicht gesehen; dennoch ist das Thema der allgemeinbildenden Schulen so wichtig für die regionale Entwicklung und die Attraktivität des Wohnstandorts, dass es wichtig ist, sich einen Überblick zu verschaffen. Vor allem die langfristig kontinuierlich abnehmenden Schülerzahlen werden mittelfristig zu weiteren Veränderungen führen.

Neben den allgemeinbildenden Schulen umfasst der Bereich noch die Berufs- und die Weiterbildung. Kulturelle und gesellschaftliche Bildung, z.B. über Musik- oder Volkshochschulen, ist dem Bereich Kultur zugeordnet.

Die Berufsbildung wird nicht vertieft und deshalb vorab kurz behandelt. Sie umfasst berufsbildende Schulen in Trägerschaft der Kreise, die in den Städten Eutin, Plön und Preetz ihre Sitze haben und zudem über Außenstellen in weiteren Orten verfügen, sowie die Ausbildungsplätze der Unternehmen. **Die Versorgungssituation** ist nach Auskunft der Kreise und einiger Kommunen ausreichend; das Angebot orientiert sich am Bedarf, also am Markt. Das Problem sei die **Nachfragesituation**. Der allgemeine Trend zu Abitur und Studium gefährde den Fachkräfte-Nachwuchs. Die meisten Unternehmen hätten freie Ausbildungsplätze, die nicht wahrgenommen werden. Hinzu komme seit der Freigabe der Berufsschulwahl die Konkurrenz durch die Großstädte Kiel und Lübeck, die junge Menschen u.a. mit einem größeren Angebot an Freizeitangeboten anlockten. **Handlungsbedarf** bestehe vor allem darin, die Ausbildung wieder attraktiver zu machen. Das Thema gehört deshalb nicht zum Bereich Daseinsvorsorge und liegt im Aufgabenbereich von Land oder Bund.

5.1.1 allgemeinbildende Schulen

Allgemeinbildende Schulen umfassen Grund- und weiterführende (Gemeinschafts-) Schulen sowie Gymnasien und damit alle nicht berufsbildenden oder sonderpädagogischen Schulformen.



Gemeinschaftsschulen zielen auf den Eintritt in eine Berufsausbildung und können mit dem 9. oder 10. Schuljahr abgeschlossen werden. Das Modell wurde eingeführt, um alle Bildungsgänge bis zum Abschluss der 10. Klasse gemeinsam und damit dezentraler unterrichten zu können.

Das bislang alternative Modell der Regionalschulen läuft mit dem Abschluss der letzten Jahrgänge im Schuljahr 2018/19 aus; sie wurden mit Beginn des Schuljahres 2014/15 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.

Die Trägerschaft der Grund- und weiterführenden Schulen liegt bei den **Kommunen**, die der Gymnasien i.d.R. bei den Kreisen - in Ostholstein wurden die Gymnasien allerdings den Kommunen übertragen. Einige Schulen werden von interkommunalen Kooperationen getragen. Die **Bedarfsplanung** erfolgt durch die Kreise **rein quantitativ**³⁴, die räumliche Verteilung des Bedarfs wird durch den **Schülerverkehr**³⁵ aufgefangen, der ebenfalls **Aufgabe der Kreise** ist. Aufgrund der freien Schulwahl können andere Schulen besucht werden, als in der Planung vorgesehen - in diesem Fall erfolgt ein finanzieller Ausgleich zugunsten der aufnehmenden Kommune. Die Supervision der Schulen und eine notwendige Abwicklung bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl erfolgt durch die Schulaufsicht der jeweils höheren Behörde.

Der Zielstandard für die Versorgung mit Bildungseinrichtungen in räumlicher Hinsicht ist laut LEP, dass Schulstandorte von Schüler/innen „mit dem ÖPNV in angemessener Zeit erreicht werden können“. Allgemeinbildende Schulen sollen für jede/n Schüler/in „je nach Begabung und Bedürfnissen sowie entsprechend Leistungsvermögen und -bereitschaft“ ebenfalls in angemessener Entfernung bereitgestellt werden. Ressourcen sollen möglichst effizient eingesetzt werden, dazu gehört auch jahrgangsübergreifender Unterricht. Für jedes Kind muss ein Platz zur Verfügung stehen.

Die Versorgungssituation mit allgemeinbildenden Schulen ist **allgemein gesichert** und wird **weitestgehend als sehr positiv** beschrieben. Die Erreichbarkeit der Schulen über den, von den Kreisen gewährleisteten,

34 aktuelle Planungsdokumente: Kreisschulentwicklungsplan Ostholstein 2016, Schulentwicklungsplan Plön 2014

35 Die Schülerbeförderungssatzung von 2007 legt die maximalen Wartezeiten fest, innerhalb derer Schüler/innen vor und nach der Schule befördert werden müssen:

Zumutbare Wartezeit	Klassenstufe 1-4	Klassenstufe 5-10
Wartezeit vor Unterrichtsbeginn	Max. 30 Minuten	Max. 60 Minuten
Wartezeit nach Unterrichtsende	Max. 60 Minuten	Max. 90 Minuten

Abbildung Fußzeile 1: maximale Wartezeiten bei der Schüler/innenbeförderung [Quelle: Dritter Regionaler Nahverkehrsplan des Kreises Ostholstein]

Schülerverkehr ist ebenfalls gesichert und wird weitestgehend als sehr gut beschrieben.³⁶ Laut IES der AktivRegion besteht zudem ein hohes Bildungsniveau.

Im Bereich der abnehmenden Auslastung dezentraler Grundschulen gibt es teilträumlich zwei verschiedene Tendenzen. Im Amt Bokhorst-Wankendorf werden bisher dezentrale und sehr kleine Grundschulen aufrechterhalten, die nach besonderen pädagogischen Konzepten für jahrgangsübergreifenden Unterricht agieren. Im Gespräch mit dem Amt wurde darauf hingewiesen, dass die Schüler/innen sehr positive Rückmeldung hinsichtlich ihrer Sozialkompetenz erhalten würden. Im Planungsbereich Plön existieren keine lokalen Grundschulen mehr außerhalb der Stadt Plön und dem größeren, aber direkt neben Plön gelegenen, Ascheberg (vgl. Abbildung 28). Allerdings sei die Versorgung aufgrund des sehr guten Schülerverkehrs im gemeinsamen Schulverband dennoch tadellos.³⁷ Im Kreis Ostholstein liegen die Schulen etwas dezentraler.



Abbildung 28: Schulen im Kreis Plön
[Quelle: Internetauftritt Kreis Plön, 8.3.2018]

Gemeinschaftsschulen befinden sich in den größeren Orten, allgemeinbildende Gymnasien werden in etwas geringerer Zahl und Flächenabdeckung in größeren Städten vorgehalten.

Die Standorte beider weiterführenden Schulformen sind laut der Schulentwicklungspläne hinsichtlich der Auslastung langfristig gesichert. Im Kreis Plön hat sich die Auslastung der meisten Schulen deutlich besser entwickelt, als im Schulentwicklungsplan angenommen. Auch im Kreis Ostholstein herrscht nach Aussage des Kreises eher eine Über- als eine Unterbelegung der Schulen.

36 In den Ostholsteinischen Kommunen Malente und Kasseedorf wird der Schülerverkehr eher als befriedigend bewertet.

37 2017 wurde die Mindestschülerzahl für Außenstellen von Grundschulen abgesenkt. Sie liegt nun bei 44 bzw. bei 27 Schüler/innen, wenn ein Konzept für jahrgangsübergreifendes Lernen vorliegt. Zu diesem Zeitpunkt waren die zuvor noch bestehenden Schulen im Planungsbereich Plön bereits abgewickelt.



Bei der baulichen Substanz besteht aktuell viel Handlungsbedarf, diverse Kommunen berichten, dass ihre Schulgebäude sanierungsfällig sind. Die Umsetzung wird allerdings in den wenigsten Fällen als Problem gesehen.

Aufgrund der freien Schulwahl kann es vorkommen, dass eine eigene Schule nicht ausgelastet ist, aber Kinder mit Wohnort in der Kommune Schulen in anderen Kommunen besuchen, für die dann zusätzlich Beiträge gezahlt werden müssen. In der Region sind aktuell nur Standorte als Gewinner dieser „Abwerbung“ bekannt.³⁸

Der Ist-Zustand kann demnach insgesamt als sehr gut bewertet werden; Schulen sind für alle verfügbar und gut angebunden, Sanierungsbedarfe werden bearbeitet.

Trends der Demografie wirken sich besonders auf den Bildungsbereich aus; hinzu kommen Neuerungen im pädagogischen Bereichen und im Rahmen der Digitalisierung.

Die Schülerzahlen unterliegen dem natürlichen Bevölkerungsrückgang auf der einen und den aktuell starken Wanderungsgewinnen auf der anderen Seite. Die mit dem Rückgang verbundene Gefährdung von Standorten und der allgemeine kommunale Wettbewerb um Einwohner/innen hat an einigen Standorten - bisher außerhalb der AktivRegion - zu Konkurrenz und gezieltem Abwerben geführt, um den eigenen Standort zu stärken.

Trends wie das selbstorganisierte und das Online-Lernen können den langen Schulwegen zugutekommen.

Die Modernisierung von Lehransätzen wird sich voraussichtlich auf die Standort-Konkurrenz auswirken - eine frühe Anpassung kann ein Vor-, eine versäumte ein Nachteil sein. Zu diesen Ansätzen gehören das angewandte Lernen und die „duale Bildung 3.0“, das spielerische Lernen, das Lassen von mehr Freiräumen und das „Lernen zu Sein“ bzw. die Selbstkunde. Auch sollen intelligente Lernprofile im Rahmen des Big-Data-Trends die individuelle Bildung verbessern.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird langfristig voraussichtlich strukturelle Anpassungen erfordern. Laut den Prognosen der Kreise (s. folgende Abbildungen) ist mit **langfristig rückläufigen Schülerzahlen** zu rechnen, wobei in Ostholstein (linke Abbildung) in den frühen 2020er Jahren ein zwischenzeitlicher Anstieg erwartet wird. Die Prognosen für die einzelnen Schulen weichen von den Gesamtprognosen nicht in größerem Maße ab.

³⁸ Bosau nennt Zuläufe aus dem Kreis Segeberg, Süsel wird von Schüler/innen aus Sierksdorf besucht, die eigentlich Neustadt zugerechnet sind.

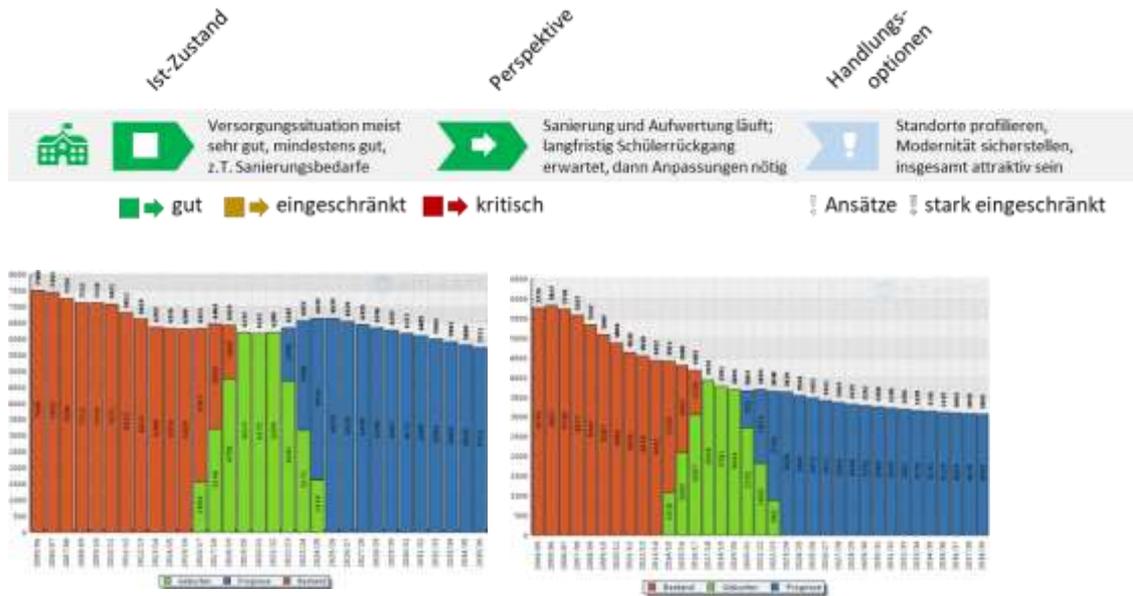


Abbildung 29 (links): Entwicklung der Grundschülerzahlen im Kreis Ostholstein [Quelle: Kreisschulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen 4. Fortschreibung, Kreis Ostholstein 2016]

Abbildung 30 (rechts): Entwicklung der Grundschülerzahlen im Kreis Plön [Quelle: Schulentwicklungsplan des Kreises Plön, 2. Fortschreibung 2015]

Allerdings wird hierbei **nur die natürliche Entwicklung berücksichtigt, nicht aber weitere Faktoren** wie bspw. die freie Schulwahl, Wanderungen oder die Schließung von „Konkurrenzstandorten“. Die **Prognosen** stehen in Plön deshalb **stark in der Kritik**, da die **reale Entwicklung sehr anders verlaufen** ist. Zuzüge und attraktive Konzepte haben zu steigenden Schülerzahlen geführt, die Infrastruktur war darauf jedoch - in Erwartung sinkender Zahlen - nicht vorbereitet und dementsprechend überlastet.

Trotz des aktuell starken Zuzugs kann die errechnete zukünftige natürliche Entwicklung nicht geleugnet werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die positiven Einflüsse anhalten - hierfür ist möglicherweise viel Aufwand nötig und nur Teile der Entwicklung sind beeinflussbar. **Langfristig muss die Möglichkeit berücksichtigt werden, dass die Schülerzahlen abnehmen.**

Für einige **Grundschulen** bedeutet das die **Gefahr von Zusammenlegungen oder auch Schließungen** von Standorten. Für die weiterführenden Schulen besteht diese Gefahr aktuell nicht, dennoch ist langfristig mit einer abnehmenden Auslastung zu rechnen. Die Schulen im Amt Bokhorst-Wankendorf sind stark abhängig von positiven Einflüssen, um die Mindestschülerzahl zu halten. Auch die Standorte in Schellhorn und Lehmkuhlen (Amt Preetz-Land) weisen in den vergangenen Jahren deutlich sinkende Schüler/innenzahlen auf. Die sonstigen Grundschulen im Gebiet der AktivRegion weisen nach aktuellem Kenntnisstand eher stabile Schüler/innenzahlen auf.

Auch die Konkurrenz und das Abwerben zwischen Standorten wird möglicherweise auch in der Region ein größeres Thema und ist mit Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen zu berücksichtigen.

Planungen, die den Bereich Bildung betreffen, gibt es vor allem auf kommunaler Ebene. Einige Kommunen sind mit der Sanierung und Modernisierung



bzw. qualitativen Aufwertung der Schulen beschäftigt.³⁹ Zum Teil ist allerdings noch nicht geklärt, wie die Finanzierung gelingt.

Die Landesentwicklungsstrategie zielt im Bereich der Bildung auf die **stärkere Vernetzung von Bildungseinrichtungen mit** anderen Einrichtungen wie **Museen, Musikschulen, Vereinen und Unternehmen**. Daraus können u.U. auch Synergien entstehen. Für die Versorgung in der Fläche, also die Sicherung von Schulen, wo die Mindestschülerzahlen erreicht und die Schulwege immer länger werden, werden allerdings keine Strategien angeboten.

Die Perspektive wird kurz- und mittelfristig sehr positiv bewertet; langfristig werden Anpassung notwendig werden und vermutlich auch eine weitere Konzentration erfolgen.

Handlungsbedarfe bestehen, außer in der Sicherstellung notwendiger Sanierungs- und standortstärkender Qualifizierungsmaßnahmen (inkl. deren Finanzierung), nur langfristig. Um die Perspektive der derzeitigen Standorte zu sichern, sollte in attraktive und zukunftsfähige Konzepte investiert werden und hierfür u.U. auch der Austausch und die Kooperation zwischen Schulen und mit anderen Akteur/innen gestärkt werden, um Ressourcen zu optimieren.

Handlungsoptionen bestehen folgende:

- Der Schulverband Plön und Umland wird sehr positiv dargestellt. Auch für andere Regionen kann das gemeinsame Schultern der Verantwortung und die damit verbundene gute Abstimmung und Ressourcenbündelung ein Ansatz zur langfristigen Sicherung von Schulstandorten und/oder Schülerverkehr sein.⁴⁰
- Die Stadt Preetz erarbeitet aktuell ein Konzept zur einheitlichen Digitalisierung seiner Schulen, von dem andere Kommunen u.U. lernen können.
- Anregungen der Landesentwicklungsstrategie (LES) aufnehmen und Schulen lokal vernetzen, um Vielfalt zu schaffen und lokale Identität zu stärken.
- Viele Schulgebäude werden für weitere Zwecke wie Volkshochschul-Kurse mitgenutzt, um den Unterhalt zu optimieren.
- Lernformen können so optimiert werden, dass lange Schulwege produktiv genutzt werden können. Der Ansatz E-Learning wird auch in den Digitalisierungszielen der LES geäußert.

³⁹ Bosau, Eutin, Malente und Süsel

⁴⁰ Auch zwischen Preetz und Umland gab es einen Schulverband, allerdings wurde dieser aus (lt. Preetz) politischen Gründen aufgelöst.

5.1.2 Anhang: Situation und Perspektive der einzelnen Schulen

nach Informationen der (veralteten) Kreisschulentwicklungspläne

Die folgenden Tabellen listen die Grund- und weiterführenden Schulen sowie die Gymnasien der Region nach den Informationen der Kreisschulentwicklungspläne von 2014 (Plön) bzw. 2016 (OH) auf. Relevant ist hierbei vor allem die Zahl der Erstklässler/innen und die langfristige Tendenz der Schülerzahlen, ob die Außenstellen über der Mindestschülerzahl (MSZ) von 27 bleiben.

Kommune	Schule (Träger)	Kapazität, Auslastung, Perspektive
Ostholstein		
Bosau	Heinrich-Harms-Schule Hutzfeld (Gemeinde Bosau)	93 Schüler/innen (deutlich weniger als nach Geburtenzahlen erwartet), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Eutin	Gustav-Peters-Schule inkl. 2 Außenstellen (Stadt Eutin)	Grund- und Gemeinschaftsschulen, keine separaten Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - insgesamt 623 Schüler/innen (mehr als nach Geburtszahlen erwartet), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Malente	Grundschule Sieversdorf (Gemeinde Malente)	97 Schüler/innen (deutlich mehr als nach Geburtenzahlen erwartet), abnehmend dann stabil, aber lt. natürlicher Entwicklung bald unter MSZ, tendenziell gefährdet
Malente	Grundschule Malente (Gemeinde Malente)	252 Schüler/innen (deutlich weniger als nach Geburtenzahlen erwartet), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Schönwalde Bungsberg	Friedrich-Hiller-Schule (Schulverband Bungsberg)	182 Schüler/innen, kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Süsel	Grundschule Süsel (Gemeinde Süsel)	186 Schüler/innen (deutlich mehr als nach Geburtenzahlen erwartet), sehr stabil, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Plön		
Ascheberg	Schule Vogelsang (Schulverband Plön)	175 Schüler/innen in 8 Klassen (22 pro Klasse), 40 Erstklässler/innen (10 mehr als lt. Geburtenzahlen), abnehmend dann stabil über MSZ
Plön	Breitenauschule (Schulverband Plön)	141 Schüler/innen in 7 Klassen (20 pro Klasse), 36 Erstklässler/innen, kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Plön	Rodomstorschule (Schulverband Plön)	236 Schüler/innen in 11 Klassen (22 pro Klasse), 53 Erstklässler/innen, erst perspektivisch abnehmend, dauerhaft über MSZ
weiterhin für den Planungsbereich sind die GS Trent und Stolpe (s. unten) sowie die GS Dannau:		
Dannau	Außenst. der Ostseeschule (Schulverb. Blekendorf)	41 Schüler/innen in 2 Lerngruppen, 12 Erstklässler/innen, Perspektive rd. 20 Schüler/innen, stark gefährdet
Planungsbereich Preetz		
Kirchbarkau	GS Barkauer Land (Amt Preetz-Land)	141 Schüler/innen in 7 Klassen (20 pro Klasse), 29 Erstklässler/innen, abnehmend und langfristig unter MSZ, tendenziell gefährdet
Preetz	Wilhelminenschule (Stadt Preetz)	keine sicheren Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - ca. 84 Schüler/innen in 4 Klassen (ca. 21 pro Klasse), 19 Erstklässler/innen, abnehmend, wegen Verbindung nicht unter MSZ

Preetz	Hermann-Ehlers-Schule (Stadt Preetz)	287 Schüler/innen in 12 Klassen (24 pro Klasse), 77 Erstklässler/innen, abnehmend, dauerhaft über MSZ
Schellhorn	GS des Amtes (Amt Preetz-Land)	86 Schüler/innen in 4 Klassen (22 pro Klasse), 24 Erstklässler/innen, abnehmend und mittelfristig unter MSZ, tendenziell gefährdet
Trent	Außenstelle der GS des Amtes (Amt Preetz-Land)	70 Schüler/innen in 4 Klassen (17 pro Klasse), 15 Erstklässler/innen, stark abnehmend, dann stabil, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Bokhorst-Wankendorf		
Bönebüttel	Grundschule Bönebüttel (Gemeinde Bönebüttel)	90 Schüler/innen in 4 Klassen (22 pro Klasse), 22 Erstklässler/innen, stark abnehmend, dann leicht, langfristig auch im Verbund mit Großharrie unter MSZ
Großharrie	Außenstelle GS Bönebüttel (Gemeinde Bönebüttel)	33 Schüler/innen in 2 Klassen (17 pro Klasse), 5 Erstklässler/innen, weiter abnehmend, stark gefährdet , mögl. Schließung soll Bönebüttel sichern
Wankendorf	GS Wankendorf u. Umgebung (Amt Bokhorst-W.)	152 Schüler/innen in 8 Klassen (19 pro Klasse), 28 Erstklässler/innen, kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Schillsdorf	Außenst. Hüttenwohld (Amt Bokhorst-Wankendorf)	38 Schüler/innen in 2 Klassen (19 pro Klasse), 7 Erstklässler/innen, konstante Zahlen, über MSZ, tendenziell gefährdet
Rendswühren	Außenst. Schipphorst (Amt Bokhorst-Wankendorf)	42 Schüler/innen in 2 Klassen (21 pro Klasse), 14 Erstklässler/innen, leicht abnehmend, über MSZ, tendenziell gefährdet
Stolpe	Außenst. Stolpe (Amt Bokhorst-Wankendorf)	54 Schüler/innen in 2 Klassen (27 pro Klasse), 9 Erstklässler/innen (9 unter Erwartung), leicht abnehmend, über MSZ, tendenziell gefährdet

Tabelle 4: Grundschulen in der AktivRegion

Kommune	Schule (Träger)	Kapazität, Auslastung, Perspektive
Ostholstein		
Eutin	Gustav-Peters-Schule inkl. 2 Außenstellen (Stadt Eutin)	Grund- und Gemeinschaftsschulen, keine separaten Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - insgesamt 623 Schüler/innen (mehr als nach Geburtszahlen erwartet), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Eutin	Wilhelm-Wisser-Schule (Stadt Eutin)	keine separaten Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - insgesamt 766 Schüler/innen inkl. Außenstelle Hutzfeld, kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Malente	Schule an den Auewiesen (Gemeinde Malente)	335 Schüler/innen, kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Plön		
Plön	Schule am Schiffsthal (Schulverband Plön)	489 Schüler/innen in 19 Klassen (26 pro Klasse), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Preetz		
Preetz	Friedrich-Ebert-Schule (Stadt Preetz)	keine sicheren Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - ca. 235 Schüler/innen in 11 Klassen (ca. 21 pro Klasse), abnehmend aber Anmeldungen deutlich über Geburtenzahlen, dauerhaft über MSZ
Preetz	Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule (Stadt Preetz)	keine sicheren Zahlen aufgrund gemeinsamer Darstellung im Kreisschulentwicklungsplan - 698 Schüler/innen in ca. 29 Klassen (ca. 24 pro Klasse), kontinuierlich abnehmend, dauerhaft über MSZ

Tabelle 5: weiterführende Schulen in der AktivRegion

Kommune	Schule (Träger)	Kapazität, Auslastung, Perspektive
Ostholstein		
Eutin	Carl-Maria-von-Weber-Schule (Stadt Eutin)	639 Schüler/innen in 3 Zügen (ausnahmsweise auch 4-5), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Eutin	Johann-Heinrich-Voß-Schule (Stadt Eutin)	564 Schüler/innen in 3 Zügen (ausnahmsweise auch 4), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Plön		
Plön	Gymnasium Schloss Plön (Kreis Plön)	686 Schüler/innen in 31 Klassen (22 pro Klasse), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ
Planungsbereich Preetz		
Preetz	Friedrich-Schiller-Gymnasium (Kreis Plön)	856 Schüler/innen in 36 Klassen (24 pro Klasse), kontinuierlich leicht abnehmend, dauerhaft über MSZ

Tabelle 6: Gymnasien in der AktivRegion

5.2 Soziales (Beratung, Betreuung, Begegnung)

Der Bereich Soziales umfasst die Unterthemen Kinderbetreuung, soziale Beratung, Begegnung und Jugend. Träger sind zumeist Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kirchen, Kommunen und in Plön auch für viele Einrichtungen der Kreis. Der Bereich Kinderbetreuung als deutschlandweites kommunales Dauerthema wurde ebenso vertieft betrachtet wie die in den Gesprächen mit Kreisen und Kommunen sehr präsenten Themen Begegnung und Jugend.

Die Kinderbetreuung teilt sich in Kindertagesstätten und die **Ganztagsbetreuung** nach der Schule. Erstere wird im folgenden Unterkapitel vertieft betrachtet. Letztere wird als Querschnittsaufgabe mit sehr diversen Zuständigkeiten und entsprechend komplexen Handlungsmöglichkeiten **zunächst nicht näher betrachtet**. Generell wird die **Versorgungssituation als gut eingeschätzt**, da die Angebote in den vergangenen Jahren stark ausgebaut wurden. Diese Einschätzung wurde in einigen Kommunal-Gesprächen bestätigt. Die Trägerschaft ist sehr vielfältig; in Ostholstein ist v.a. der Deutsche Kinderschutzbund aktiv. Da der Bereich stark der sich wandelnden Arbeitswelt unterliegt, **sollte er dennoch im Auge behalten werden**. Der Themenbereich ist sehr umfangreich, da er die Kinderbetreuung und die Schulen, aber auch die Sport- und Freizeitangebote betrifft. Die Regionalpläne von Anfang der 2000er Jahre führen zahlreiche Anpassungsbedarfe aufgrund der sich wandelnden Familienstrukturen auf, hin zu nachmittäglicher und arbeitsplatznäherer Betreuung. Dahingehend hat sich bereits viel getan und befindet sich noch im Aufbau; aktuell ergänzt bspw. durch die Diskussion über 24-stündige Betreuungsangebote für Schichtbeschäftigte.

Soziale Beratung umfasst u.a. die Themen Jugend, Schwangerschaft, Behinderung, Gewalt, Ehe, Armut, Schulden, Recht und in Teilen auch psychosoziale Beratung. Die zur Verfügung gestellten Angebote richten sich zum einen nach dem, was freie Träger anbieten, und zum anderen danach, was vonseiten des Landes gefördert wird. Stellt das Land Mittel zur Verfügung, arrangieren die Kreise die Bereitstellung der Angebote durch freie Träger. Zentrale Beratungsstellen befinden sich **in den größeren Städten** Eutin, Plön und Preetz. In Plön, Preetz und Wankendorf gibt es zudem Familien- oder Freiwilligenzentren, die eine Basis für soziale Akteure und Vereine bieten. Das soziale Dienstleistungszentrum in Plön bietet Raum für Familien und Senioren sowie für Angebote von Vereinen (inkl. Beratungen durch Wohlfahrtsvereine). Auch im Kreis Ostholstein wurde laut Kreis Familienzentren gefördert, allerdings wurden diese in den Gesprächen nicht benannt. Außerhalb der Städte gibt es regelmäßige Außensprechstunden, außerdem ist die Beratung telefonisch zu erreichen; vereinzelt werden Hausbesuche angeboten. Dezentraler aufgestellt ist bspw. das Jugendamt. Die **Möglichkeit der Beratung ist gegeben**; ob Bekanntheit und Erreichbarkeit ausreichend sind, ist kaum zu erheben. Auch aufgrund einzelner Aussagen in den geführten Gesprächen ist davon auszugehen, dass die Situation in der Fläche weniger gut ist als in den Städten.



5.2.1 Kinderbetreuung

Die Kinderbetreuung, also die Versorgung mit Kindertagesstätten, ist seit 2013, als das Alter, ab dem der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bzw. Betreuung durch eine Tagesmutter gilt, von 3 Jahren auf ein Jahr heruntersetzt wurde, bis heute in den meisten Kommunen Deutschlands Dauerthema. In der AktivRegion hat sich die Situation bis auf wenige Ausnahmen hingegen beruhigt, wie im Folgenden dargelegt wird.

Die Sicherstellung und damit auch die Bedarfsplanung⁴¹ der Kinderbetreuung ist in Abstimmung mit den Kommunen Aufgabe der Kreise, die Bereitstellung ist Aufgabe der Kommunen. **Die Trägerschaft** der einzelnen Einrichtungen wird von zu Kommune zu Kommune unterschiedlich durch die Kommune selbst, durch soziale Träger oder durch andere Vereine oder Zusammenschlüsse wie Elterninitiativen übernommen. Die Finanzierung erfolgt durch Land, Kreis, Kommune und Eltern gemeinsam.

Der Zielstandard für die Versorgung im Bereich Kinderbetreuung laut LEP von 2010 ist ein „bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und an Tagespflegestellen“. „In dünn besiedelten ländlichen Regionen sollen auch bei nur geringer Auslastung Angebote zur Kinderbetreuung vorhanden sein.“⁴² Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung besteht, wie eingangs genannt, seit 2013 ab Vollendung des ersten Lebensjahres.

Die Versorgungssituation und die Ausstattung im Bereich Kinderbetreuung wird **bis auf wenige Ausnahmen als sehr gut** beschrieben, wenn auch häufig nur gerade so ausreichend. Dementsprechend bestehen kaum Überkapazitäten. Nur in drei Gemeinden können die angefragten Plätze nicht zur Verfügung gestellt werden; diese befinden sich alle im Kreis Ostholstein. In Kasseedorf fehlen viele Plätze, die diese auch auf die nicht ausreichende Kofinanzierung durch die Kreise zurückführen, Malente ist aufgrund unerwarteter Zuzüge trotz eines gerade erfolgten Ausbaus leicht überlastet, Süsel fehlen wenige Plätze.

In den jeweils letzten Kita-Bedarfsplänen verhielt es sich in den Kreisen noch andersherum: Im Kreis Plön wurden 2014 „erhebliche Schwierigkeiten“ im U3-Bereich und auch vielerorts im Ü3-Bereich beklagt, während im Kreis Ostholstein zum 1.8.2016 alle nachgefragten U3-Plätze bereitgestellt werden konnten, während im Ü3-Bereich sogar leichte Überkapazitäten herrschten.

41 aktuelle Planungsdokumente: Kita-Bedarfsplan für Plön 2014/2015 (wird aktuell fortgeschrieben, vorauss. 09/2018), Kita-Entwicklungsplanung Ostholstein von 2017

42 Landesentwicklungsplan SH 2010, S. 101



Mancherorts werden Plätze/Kapazitäten interkommunal „gehandelt“, insgesamt machen diese aber einen sehr geringen Teil aus. Laut Kasseedorf sind solche „Zukäufe“ für eine Kommune sehr teuer.

In mehreren Kommunen werden fehlende Tagesmütter werden beklagt, auch im Kreis Plön. Eine geäußerte Vermutung für deren geringe Zahl ist die geringe Bezahlung. Der Fachkräftemangel in Kitas wird ansonsten in der Region nur sporadisch als Problem bezeichnet.

Auch die Förderung beim Ausbau wird von mehreren Kommunen im Kreis Ostholstein kritisiert. Die Fördertöpfe seien schnell ausgeschöpft, weshalb die Fördersätze pro Kita-Platz gekürzt würden.

Eine weitere häufig genannte Schwierigkeit ist die hohe Belastung der Eltern durch Elternbeiträge. Kasseedorf gibt an, die Eltern durch Zuschüsse zu entlasten.

Das Thema der 24-Stunden-Betreuung⁴³ wird in der Region bisher weitestgehend nicht als wichtig wahrgenommen. In einigen Städten in und um die AktivRegion gibt es solche Angebote; Malente plant eine Untersuchung des Bedarfs. Laut Bosau gibt es dort, im Gegensatz zu den normalen Kitas, auch Wartelisten.

Aufgrund der starken Pendlerbeziehungen zu umliegenden Großstädten ist anzunehmen, dass ein Teil des Bedarfs auch von dortigen Arbeitsplatz-nahen Einrichtungen gedeckt wird.

Der Ist-Zustand kann demnach insgesamt als gut bewertet werden, mit Einschränkungen im Kreis Ostholstein, wo in kleinerem Rahmen Probleme mit Finanzierung und Flexibilität der vorgehaltenen Platzzahl bestehen.

Trends der Demografie wirken sich direkt auf die Nachfrage nach Plätzen in Kindertagesstätten aus. Die Geburtenzahlen, die langjährig niedrig waren, aber konjunkturell kurzfristig gestiegen sind, die Zuzüge von Familien, aber auch die deutlich gewachsene Spanne, innerhalb derer Eltern Kinder bekommen, erschweren die Planung und erfordern flexible Strukturen.

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt ist für den steigenden Bedarf nach Betreuungsangeboten außerhalb der klassischen Arbeitszeiten verantwortlich.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird voraussichtlich zunächst ein Wechselspiel bleiben, in dem die Bereitstellung von Betreuungsplätzen dem aktuellen Zuwachs und der steigenden Nachfragequote nach u3-Betreuung hinterherläuft. Nach Aussage des Kreises Plön der Anteil der

43 Schleswig-Holstein-weit äußern bereits 54 % der Eltern einen Bedarf über die Kernzeit von 8 - 17 Uhr heraus. [Drucksache 19/669 des Schleswig-Holsteinischen Landtags]



unter-3-Jährigen, für die Plätze beantragt werden, deutlich über den Erwartungen - und steigt weiter.

Mittel- bis langfristig ist eine Entspannung der Situation und ein **Rückgang der Zielgruppe** zu erwarten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es dann zu Überangeboten kommt.

Planungen, um der Nachfrage zu begegnen und die Angebote qualitativ zu optimieren, sind in vielen Kommunen in Arbeit. Nachhaltige Raumkonzepte, um eine Nachnutzung der Einrichtungen zu sichern, wenn die Zahl der Kinder perspektivisch zurückgeht, sind in Kommunen bisher kein Thema - mit Ausnahme von Preetz.

Um die steigende Belastung der Eltern zu stoppen, ist nach Auskunft des Kreises Plön die Deckelung des Elternbeitrags seitens des Landes im Gespräch; ebenso der kommunale Beitrag, der aktuell den Ausbau behindert.

Auch die Landesregierung hat die Reform der Kinderbetreuung als eines ihrer Leitprojekte formuliert; es soll die Belastung der Eltern verringert, so die Vereinbarkeit von Leben und Arbeit verbessert und nicht zuletzt die Qualität der frühkindlichen Bildung gesteigert werden.

Die Perspektive wird als insgesamt unproblematisch eingeschätzt, da alle öffentlichen Akteure dem Thema eine klare Priorität beimessen. Vereinzelt Fehlbefunde wird es aufgrund der knappen Kalkulation voraussichtlich weiterhin geben. Die Gefahr von perspektivischen Überangeboten wird bisher nicht berücksichtigt.

Handlungsbedarf besteht vor allem im Bereich der Finanzierung. Die aufgebrachten Themen der überlasteten Fördertöpfe, der hohen Elternbeiträge und der möglicherweise unterbezahlten Tagesmütter machen dies deutlich. Elternbeiträge dürfen keine Nutzungshürde darstellen.

Aufgrund der komplexen demografischen Entwicklungen wäre eine flexiblere Bereitstellung von Plätzen, also bspw. eine Orientierung an Mindest-Betreuungsschlüsseln als Ziel, nötig, um Ausfälle zu vermeiden.

Um den langfristig nachhaltigen Ressourceneinsatz zu sichern, sollten Nachnutzungsoptionen für zukünftig potenziell nicht mehr benötigte Einrichtungen mitgedacht werden.

Außerdem sollte der Bedarf an 24-Stunden-Betreuung untersucht werden.

Handlungsoptionen, abgesehen davon, die finanzielle Situation zu verbessern, sind folgende:

- Die Gedanken, die das Land sich zur Entlastung der Eltern und der Kommunen bei der Bereitstellung von Betreuungsplätzen macht, könnten angelehnt an die Finanzierung der Schulen ausgeweitet werden, indem die



Träger Einrichtung und Ausstattung stellen würden, aber das Personal wie im Fall der Lehrkräfte direkt beim Land beschäftigt wäre.

- U.U. könnte die Situation im Kreis Ostholstein optimiert werden durch eine stärker koordinierte Bedarfsermittlung, wie sie im Kreis Plön stattfindet im Rahmen der „AG Ausbau der u3-Plätze“ und der „Fachplanungsgruppe Kindertagesstätten und Kindertagespflege“ für die gleichmäßige Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit.
- Eine Untersuchung, welche Bedarfe bestehen und zu erwarten sind, auch hinsichtlich Sonderwünschen wie 24-Stunden-Betreuung, wie Malente sie plant, könnte auch der gesamten Region helfen.
- Nachnutzungsoptionen für Kitas könnten als Beispiel für alle Kommunen aufbereitet werden.
- Preetz wünscht sich Transparenz über die Verfügbarkeit von Plätzen, um interkommunal gemeinsam planen zu können.

5.2.2 Begegnung

Begegnungseinrichtungen umfassen Angebote mit dem Ziel der gesellschaftlichen Inklusion und der sozialen Unterstützung im Alltag, vor allem von Senioren und Menschen mit Behinderung.

Die Trägerschaft der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung liegt bei den Kreisen. Sonstige Begegnungsangebote sind i.d.R. von freien Trägern oder Kommunen organisiert. Die Kreise unterstützen soziale Zwecke.

Die Versorgungssituation wird von der Kommunen sehr gut bewertet. Es gibt viele Gemeinschaftshäuser; Ortswehren und Sportvereine übernehmen wichtige Ankerfunktionen und stellen Räumlichkeiten und Angebote. Zum Teil gibt es starke Landfrauen oder Landjugenden.

Auch das Familienzentrum Wankendorf, das im vorangestellten Abschnitt „Soziale Beratung“ kurz benannt wurde, wird als lebendiger Treffpunkt beschrieben mit einer sehr hohen Auslastung der Angebote und Räumlichkeiten.

Als problematisch wird der Rückgang vor allem gastronomischer Angebote beschrieben, die zuvor als Treffpunkte gedient haben.

Der Bereich Inklusion ist nur in den Städten Thema (abgesehen von vereinzelten Maßnahmen zur Barrierefreiheit); die Aufgabe wird aktiv verfolgt.

Der Ist-Zustand kann insgesamt als zufriedenstellend bewertet werden.



Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird voraussichtlich auseinandergehen. Während der Anteil Älterer stetig zunimmt, fällt es kleineren Orten schwer, die Mittel für eine Erhaltung und Aufwertung ihrer Gemeinschaftseinrichtungen aufzubringen.

Planungen wurden auf kommunaler Ebene nur sehr vereinzelt erwähnt.

Im Bereich Inklusion richtet der Kreis Plön zum September 2018 eine Schlüsselstelle mit einem Sozialplaner ein, um die lokalen Bedarfe zu ermitteln und bereits laufende Förderung inklusiver Treffpunkte zu untermauern.

Die Perspektive ist kritisch, da gerade dort, wo die Gemeinschaftseinrichtungen besondere Bedeutung für die Orte haben, die zukünftige Finanzierung unklar ist.

Handlungsbedarf besteht bei der Sicherung lokaler Angebote und Treffpunkte als Anker der Ortsgemeinschaft - vor allem, da es kaum mehr Gastronomie gibt, die diese Aufgabe übernimmt.

Handlungsoptionen sind folgende:

- Kleinere Orte könnten über alternative Finanzierungsmodelle für Gemeinschaftseinrichtungen informiert werden.
- Familien- oder Freiwilligenzentren wurden in den Gesprächen als potente Basis für sozialen Austausch und ehrenamtliche Aktivitäten beschrieben. Bspw. im Rathaus Süsel, das mit Auszug eines Großteils der hauptamtlichen Verwaltung viel Raum bietet, könnte ein ähnliches Konzept schrittweise etabliert werden.





5.2.3 Jugend

Jugendeinrichtungen gehören zur freien Jugendpflege - im Gegensatz zur öffentlichen Jugendpflege, zu der v.a. die Jugendämter gehören und die hier nicht näher betrachtet werden. Jugendliche zu erreichen ist ein schwieriges Thema, an dem sich viele Kommunen - auch in der Region - schon lange die Zähne ausbeißen.

Die Trägerschaft der Jugendhilfe liegt bei den Kreisen, die Kreisjugendringe sind die eigenständigen, aber durch die Kreise geförderten Dachorganisationen der Jugendeinrichtungen. Sie arbeiten mit den Jugendpfleger/innen der Gemeinden, organisieren Austausch und Ausbildung.

Der Zielstandard laut LEP von 2010 ist, dass Einrichtungen für Jugendliche in allen Zentralen Orten vorhanden sind. Zudem soll in den ländlichen Räumen „auch bei zurückgehenden Nutzerzahlen ein möglichst wohnortnahes Angebot bestehen.“⁴⁴

Die Versorgungssituation mit Jugendeinrichtungen ist weitestgehend kritisch. Die meisten Kommunen beschreiben ihre Jugendeinrichtungen als nicht erfolgreich, einige wurden geschlossen oder kürzlich in andere Hände gegeben, laut dem Kreis Ostholstein sind viele Jugendpfleger den kommunalen Einsparmaßnahmen zum Opfer gefallen. Viele Kommunen berichten, dass es ausreichende Aktivitäten und Vereine gibt, aber keine Treffpunkte. Vereinzelt wird auch von Versuchen berichtet, bspw. einen Skatepark oder einen Basketballplatz zu schaffen, die dann aber nicht angenommen wurden. Treffpunkte würden eher in den Großstädten gesucht; kleinere Kommunen nennen hier die Orte, in denen zur Schule gegangen wird. In Preetz hingegen gebe es mehr Orte als Angebote.

Die Problemwahrnehmung bezieht sich in den Kommunen auf sehr verschiedene Zielgruppen - Plön nennt die Situation problematisch, weil nur Jugendliche bis 14/15 erreicht würden; in Wankendorf wurde als Problem genannt, dass „schwierige“ Jugendliche nicht erreicht würden; Eutin ging es hingegen darum, dass die Stadt nur die „schwierigen“ Jugendlichen erreichen würde. Die Jugendarbeit wird auf der einen Seite als Attraktivitätsfaktor, auf der anderen als soziale Dienstleistung gesehen; Defizite gibt es auf beiden Seiten.

Das Amt Bokhorst-Wankendorf gibt zudem an, laut Bericht des Allgemeinen Sozialen Dienstes fänden sich keine Jugendarbeiter, weil das Gewaltpotenzial im Kreis Plön hoch sei. Dies wurde allerdings nur einmal geäußert.

Der Ist-Zustand kann demnach nur als defizitär bewertet werden. Die Problemwahrnehmung ist sehr individuell, aber Probleme bestehen in

⁴⁴ Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein S. 101



den meisten Kommunen. Ein sichergestelltes Angebot oder eine Orientierung dafür besteht in der Region offenbar nicht.

Trends der demografischen Entwicklung, also der tendenzielle Rückgang junger Menschen, wirkt sich auf die Jugendarbeit entsprechend aus. Die Zentralisierung von Schulen und die gute Mobilität zu den benachbarten Großstädten gibt Jugendlichen die Möglichkeit, mehr Zeit außerhalb des Wohnorts zu verbringen.

Die zunehmende Jugendbeteiligung kann mittelfristig möglicherweise neue Ansätze hervorbringen.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage hängt dementsprechend an der niedrigen Zahl Jugendlicher, die zu beeinflussen bisher kaum kleineren Kommunen gelungen ist.

In Malente und Bosau ist geplant bzw. bereits umgesetzt, dass der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) die Jugendarbeit angegliedert an die jeweils als sehr erfolgreich beschriebenen offenen Ganztagschulen übernimmt.

Planungen oder erfolgversprechende Strategien gibt es bisher weitestgehend nicht. Plön erarbeitet aktuell ein Konzept gemeinsam mit einer Kirche.

Die Landesentwicklungsstrategie führt die Sicherung von Freiraum und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche als wichtiges Ziel auf.

Die Perspektive verspricht keine baldigen Veränderungen, bleibt also kritisch.

Handlungsbedarf besteht scheinbar darin, überhaupt zu definieren, was an Jugendarbeit mit welchem Ziel und welchen Zielgruppen geleistet werden soll und dann auf übergeordneter Ebene Handlungsansätze anzuregen.

Handlungsoptionen sind aktuell nicht bekannt; die positiven Beispiele sollten ausgewertet werden:

- Erfolgreiche Ansätze wie in Preetz sollten als gute Beispiele dienen; auch das Konzept, an dem Plön aktuell arbeitet, und die Arbeit des DKSB in Bosau und Malente sollte im Auge behalten werden.
- Es sollte eine Recherche angestoßen werden, ob es übertragbare Positivbeispiele gibt, z.B. in den themenbezogenen Forschungsfeldern des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus“ des Bundes.

5.3 Kultur, Sport und Freizeit

Die freizeitbezogenen Leistungen der Daseinsvorsorge unterteilen sich in Kultur, inkl. kultureller und gesellschaftlicher Bildung, Sport und sonstige

Angebote. Die sonstigen Angebote werden aufgrund ihrer schweren Erhebbarkeit nicht näher betrachtet.

5.3.1 Kultur

Die Trägerschaft kultureller Einrichtungen und kultureller oder gesellschaftlicher Bildungseinrichtungen verteilt sich auf viele öffentliche, freie und kommerzielle Akteure; nur einige Grundangebote wie Bibliotheken, Kreismuseen oder Musikschulen sind über die Kreise institutionalisiert. Darüber hinaus betreiben beide Kreise Kulturförderung. Volkshochschulen und deren Außenstellen werden von Kommunen bzw. von Vereinen mit kommunaler Unterstützung getragen und erhalten Zuwendungen von Land und Kreisen.

Der Zielstandard laut LEP von 2010 ist, dass Menschen in allen Teilräumen Zugang zu „den verschiedenen Formen von Kunst und Kultur“ inkl. kultureller Bildung haben sollen.

Die Versorgungssituation bzw. die Angebotsstruktur im Bereich Kultur und gesellschaftliche Bildung ist allgemein als sehr ausgeprägt und vielfältig zu bezeichnen.

Nach dem Wortlaut beider Regionalpläne verfügt die Region *„über ein breitgefächertes Angebot an Musik- und Sprechbühnen, Museen, Galerien, Musik- und Vortragsveranstaltungen sowie ein großes Potenzial an professionellen Künstlern und zahlreichen in Vereinen organisierten Laienkünstlern. Das Angebot wird ergänzt durch die Arbeit der gemeindlichen und regional tätigen Vereine und Verbände in den Bereichen Kultur- und Heimatpflege.“* Hinzu kommen insbesondere in der AktivRegion zahlreiche überregional bedeutende Kulturveranstaltungen.

Während gerade die größeren Tourismusorte mit vielen Veranstaltungen versorgt sind, spielen in den kleineren Gemeinden zumeist Lokalvereine eine zentrale Rolle für das kulturelle Angebot.

Ob Angebote für alle Zielgruppen bestehen oder das Angebot die gewünschte Attraktivität hat, ist nicht systematisch erhoben. Allerdings konnte den Gesprächen entnommen werden, dass keine Defizite empfunden werden.

Im Kreis Plön gibt es eine jährlich stattfindende Kreiskulturkonferenz für alle Interessierten sowie seit Juni 2018 einen Kulturbeauftragten, der als Vernetzungsstelle fungieren soll. In Eutin gibt es den Kulturbund, der als Schaltstelle der lokalen Kultur agiert. Über das Land ist zudem die Tourist-Info für die Holsteinische Schweiz (Stadt Plön) als „Kulturknotenpunkt“ eingerichtet - der Fokus liegt allerdings auf touristischen Angeboten.



Die Musikschulen haben zentrale Einrichtungen in den beiden Kreisstädten, Volkshochschulen (VHS) finden sich in vielen zentralen Orten. Beide verfügen über zahlreiche Außenstellen und Vor-Ort-Angebote.

Standbibliotheken gibt es in den Städten Eutin, Plön und Preetz. Die anderen Gemeinden werden im dreiwöchigen Rhythmus von Fahrbüchereien des Büchervereins Schleswig-Holstein besucht; unterstützt wird die Finanzierung durch Kreise, Kommunen und die AktivRegion.

Seitens der öffentlichen Hand werden zudem Museen unterhalten - je Kreis ein Kreismuseum mit einer Dauerausstellung zur Geschichte der Region und wechselnden Sonderausstellungen, in Plön auch regelmäßige Aktivitäten für Kinder, v.a. Schulklassen. Theater gibt es nur in privater Hand.

Der Ist-Zustand kann demnach als sehr gut bewertet werden. Alle Kommunen scheinen versorgt; je nach Größe gibt es größere, vielfältigere und stärker institutionalisierte Angebote.

Die Trends, die sich auf den Bereich Kultur besonders auswirken, sind auf der einen Seite die Nachwuchsprobleme im Vereinswesen / Ehrenamt, die zivilgesellschaftliche Trägerstrukturen gefährden, und auf der anderen Seite die Digitalisierung der Unterhaltungsbranche, die die Freizeitgestaltung vermindert.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage, über ein Grundangebot hinaus, ist dementsprechend durch eine Abwärtsspirale von ausfallenden Trägerstrukturen und einem zurückgehenden und damit an Attraktivität verlierenden Gesamtangebot gefährdet. Das betrifft auch die zivilgesellschaftliche Trägerschaft der Vor-Ort-Angebote der Volkshochschulen und Musikschulen.

Die Perspektive kann demnach nur eingeschränkt als gut bewertet werden - ein Grundangebot scheint gesichert, aber der Rückgang zivilgesellschaftlicher Träger gefährdet die Angebotsvielfalt.

Handlungsbedarf besteht damit in der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Trägerstrukturen inkl. der besseren Vermarktung der Angebote. Alternativ muss überlegt werden, welche Leistungen durch alternative Strukturen gesichert werden sollten.

Handlungsoptionen sind bisher nicht bekannt:

- das Angebot reguliert sich weitestgehend selbst, es sind kaum Eingriffe nötig
- die Stärkung des Ehrenamts ist ein eigenes, weiter vorne behandeltes Thema, das sich generell als sehr komplex erwiesen hat



— Die Koordination und gezieltere Förderung von Kulturangeboten wurde bereits erprobt und wieder fallengelassen und erfolgt aktuell seit kurzem in einem neuen Versuch über den Kreis Plön.

5.3.2 Sport

Die Trägerschaft der Sportangebote liegt in der Regel bei Vereinen, vereinzelt bei öffentlichen Einrichtungen oder bei kommerziellen Trägern. Die Kreissportverbände unterstützen die Ausstattung sowie die Übungsleiter-Ausbildung und Vergütung.

Die Versorgungssituation mit Sportangeboten ist sehr breit aufgestellt, es gibt zahlreiche Sportvereine und zusätzliche Angebote, von denen einige durch die Tourismusbranche begünstigt werden.

Die Mitgliederzahlen und Organisationsstrukturen leiden allerdings bereits jetzt unter verschiedenen **Trends**, die die Vereine und die Angebotssituation perspektivisch gefährden. Unter anderem äußert das Amt Großer Plöner See, junge Menschen hätten kaum mehr Zeit für Sport. Zudem wird Sport immer häufiger alleine getrieben. Mehrere Kommunen äußern, es sei schwierig, Übungsleiter zu finden. Und die Vereine litten ebenfalls unter der Schwäche des Ehrenamtes - u.a. seien in größeren Vereinen die Mitglieder zu passiv. Maßnahmen wie das gemeinsame Aufstellen von Mannschaften reagieren auf diese Entwicklung.

Der Ist-Zustand kann demnach als noch gut bewertet werden.

Die Perspektive muss, trotz der breiten Basis, allerdings als kritisch betrachtet werden.

Handlungsbedarf besteht damit, wie im kulturellen Bereich, in der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Trägerstrukturen inkl. der besseren Vermarktung der Angebote. **Handlungsoption**, abgesehen von der Stärkung des Ehrenamtes, ist die Ressourcenbündelung, um Aufwände einzusparen und im Optimalfall Angebote breiter aufzustellen. Der SV Tungendorf Neumünster wird vom Amt Bokhorst-Wankendorf als Positivbeispiel angeführt. In Preetz wird aktuell an einem Zusammenschluss gearbeitet.





5.3.3 Sportstätten

Aufgrund der Unterschiede in der Bereitstellung und der Präsenz des Themas in der Region werden Sportstätten in diesem Abschnitt gesondert betrachtet.

Die Trägerschaft der Rasenplätze, Sport- und Schwimmhallen liegt zumeist bei den Kommunen oder den weitestgehend kommunalen Schulen. Einige größere Vereine haben eigene Rasenplätze. Anlagen anderer, weniger breitensportlicher Sportarten, befinden sich meistens im Eigentum der Vereine. Hinzu kommen vereinzelt Landes- oder Bundessportanlagen. Für die Bereitstellung sind die Kommunen verantwortlich. Bau und Sanierung werden durch die Kreissportverbände unterstützt.

Die Bewirtschaftung der Anlagen wird von den Eigentümern oder den nutzenden Vereinen übernommen, die die Sportstätten ohne bekannte Ausnahme kostenfrei nutzen.

Der Zielstandard wird im LEP von 2010 festgelegt. So sollen in allen Teilräumen **in zumutbarer Entfernung**, aber **mindestens in Zentralen Orten, Sportstätten** vorhanden sein. Der LEP fordert hierfür die Erarbeitung der **kommunalen Sportstättenentwicklungsplanungen** in interkommunaler oder regionaler Zusammenarbeit, um bedarfsgerechte und möglichst multifunktionale Angebote zu schaffen.

Die Versorgungssituation ist vollständig, nur vereinzelt werden zusätzliche Flächen gewünscht. Größere Probleme mit Belegzeiten wurden nicht genannt. Es herrscht **viel Sanierungsbedarf**, der allerdings bis auf wenige Ausnahmen auch **bereits bearbeitet** wird. Interessant ist, dass der Kreis Plön den Zustand der Anlagen insgesamt als gut eingeschätzt, da die möglichen Zuschüsse nicht voll abgerufen werden. Der Zustand privater Anlagen ist allerdings wohl deutlich kritischer - der Kreis Ostholstein spricht von einem enormen Sanierungsstau, was u.a. damit zusammenhänge, dass die Förderung von Sanierungsmaßnahmen an einen Eigenanteil von 50% geknüpft sei.

Die **Bewirtschaftung** der Anlagen gestaltet sich fast überall schwierig - durch die Vereine ist sie häufig nur knapp sichergestellt, weil ihnen Personal fehlt, durch die Kommunen wird die finanzielle Belastung beklagt. In Eutin und Plön wird die Pflege durch die Vereine kooperativ übernommen - in Eutin funktioniert das schon seit langem, in Plön sei die Pflege dadurch für die Kommunen teurer geworden.

Der Ist-Zustand kann insgesamt als gut bewertet werden; mit Einschränkung der Sanierungsbedarfe und der privaten Anlagen.



Trends, die sich auf den Bereich besonders auswirken, sind die Veränderung des Freizeitverhaltens durch die Digitalisierung, die Diversifizierung von Sportarten und der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements.

Die Entwicklung der Nachfrage nach herkömmlichen Sportplätzen wird voraussichtlich weiterhin leicht abnehmend verlaufen. Laut der Stadt Plön wandelt sich die Nachfrage dahingehend, dass weniger Plätze und dafür mehr Hallen benötigt werden. Kleinere oder Nischen- und Trendsportarten werden verstärkt in größeren Städten angeboten. Dass die Auslastung der lokalen Sportanlagen dadurch gefährdet ist, dafür gibt es bisher allerdings keine Anhaltspunkte.

Die Pflege der Anlagen durch Vereine wird mit dem Rückgang des Ehrenamts in Zukunft immer unsicherer werden.

Planungen zur Sanierung von Anlagen und zur Modernisierung von Sporthallen finden auf kommunaler Ebene einige statt. Eutin kritisiert, dass die Landesförderung für die Kommunen, gerade für die größeren, zu gering sei.

Malente strebt ebenfalls eine stärkere Vernetzung und Ressourcenbündelung der Sportvereine und eine stärkere Einbindung in die Bewirtschaftung der Plätze an; kürzlich wurde gemeinsam ein „Netzwerk Sport“ gegründet.

Die Perspektive kann insgesamt positiv bewertet werden. Allerdings besteht Handlungsbedarf, die Bewirtschaftung der Anlagen sicherzustellen.

Handlungsbedarf besteht dementsprechend zum einen darin, die **Bewirtschaftung** der Sportstätten zu **optimieren**. Zum anderen sollten Wege gefunden werden, **notwendige Sanierungen** auch spezialisierter Sportanlagen zu **ermöglichen**.

Handlungsoptionen bestehen Folgende:

- Ressourcen bündeln und gemeinsame Konzepte erstellen, um Kosten der Bewirtschaftung zu senken - bspw. für Koordination, Geräte, Arbeitskräfte
- Mähroboter ermöglichen u.U. eine Automatisierung zumindest der Mäharbeiten
- alternative Finanzierungsmodelle für private Sportanlagen finden
- auch hier wäre eine Stärkung des Ehrenamts notwendig



5.4 Gesundheit

Im Bereich Gesundheit bestehen im ländlichen Raum diverse Schwierigkeiten und Ungewissheiten bei der perspektivischen Aufrechterhaltung der Versorgung in der Fläche. Auf die Personal- und Nachwuchsprobleme des aktuellen Systems können die Kommunen und Kreise allerdings kaum Einfluss nehmen.

Der Bereich umfasst Allgemein- und Fachärzte, ambulante und stationäre Pflege, Krankenhäuser und Apotheken. Letztere wurden nicht betrachtet.

Krankenhäuser werden vom Land geplant; sie sollen vorrangig in Mittel- und Oberzentren vorgehalten werden, wobei die „*Schwerpunktversorgung*“ in Oberzentren erfolgen soll. Mit Krankenhäusern in Preetz und Eutin sowie angrenzend an die AktivRegion in Neumünster, Kiel und Neustadt ist die **Versorgungssituation** als **flächendeckend gut** zu bezeichnen. Die Sana-Klinik in Eutin wird von den privaten Krankenkassen, die in Preetz von einer gGmbH des Kreises Plön (mit eigenständiger Geschäftsführung) getragen. Hinsichtlich der Fahrtzeiten der **Rettungsdienste** sind in den geführten Gesprächen keine Probleme benannt worden. Sie werden koordiniert durch die Kreisleitstellen in Kiel bzw. Lübeck.

5.4.1 Allgemein- und Fachärzt/innen

Die Trägerschaft der Arztpraxen erfolgt privat durch die jeweiligen Ärzte. Modelle mit angestellten Ärzten in der Region sind nicht bekannt. Die Koordination der ärztlichen Versorgung ist Aufgabe der Kassenärztlichen⁴⁵ Vereinigung Schleswig-Holstein.

Der Zielstandard für die medizinische Versorgung wird im SGB V und im LEP von 2010 festgelegt. Laut LEP soll in allen Landesteilen „*eine gleichwertige medizinisch leistungsfähige stationäre und ambulante Versorgung sichergestellt*“ werden. Diese umfasse eine „*wohnnortnahe ambulante Versorgung durch Hausärzte, Fachärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheken sowie das Netz von Rettungsdiensten und Krankenhäusern*“. Das gelte insbesondere auch für die ländlichen Räume. Die Versorgung solle sich „*am zentralörtlichen System orientieren und durch mobile Angebote bedarfsgerecht ergänzt werden*“. Haus- und Zahnärzte sollen mindestens in allen ländlichen Zentralorten vorgehalten werden, Fachärzte in Unterzentren.⁴⁶

Diese Zielvorgaben des Landes sind allerdings nicht gesetzlich abgesichert. Die Vorgaben zur Ärzteversorgung legt der Bund im SGB V fest. So ist es

⁴⁵ bzw., der Kassenzahnärztlichen Vereinigung

⁴⁶ Landesentwicklungsplan SH 2010, S. 103



Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein, eine flächendeckende ambulante ärztliche, psychotherapeutische und zahnärztliche Versorgung sicherzustellen. Kinderärzte sind Teil der hausärztlichen Versorgung. Dazu gehört auch die Gewährleistung eines Facharzt-Termins in zumutbarer Entfernung innerhalb von vier Wochen über die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigung.⁴⁷ Die genaue Festlegung, wie viele Ärzte der jeweiligen Fachrichtung pro Einwohner/in angesiedelt sein sollen, findet sich in der Bedarfsplanung des Landes. Maßnahmen würden der KV nach eigener Auskunft⁴⁸ allerdings seitens des Bundes erst erlaubt, wenn die Situation nach quantitativen Kriterien - nicht nach der lokalen Wahrnehmung - sehr kritisch sei.

Die Versorgungssituation entspricht nicht den gesetzlichen Zielvorgaben. Allgemeinärzte finden sich in Orten mit Versorgungsfunktion und auch sonst im Raum verteilt, allerdings sind sie weitestgehend überlastet und haben lange Wartezeiten. Kinderärzte, die zur hausärztlichen Versorgung zählen, sind insgesamt kaum vorhanden.

Für Fachärzte werden weitestgehend enorm lange Wartezeiten von einem Viertel- bis Dreivierteljahr angegeben, sogar für allgemeinere Bedarfe wie Orthopäden. Auch in den Unterzentren fehlen mittlerweile einige Fachärzte, besonders dünn ist auch in der Region die Versorgung mit Psychologen. In Eutin wird die Lage noch als problemlos beschrieben; viele Patient/innen weichen dorthin und in benachbarte größere Städte aus.

In den Gesprächen als fehlend benannt wurde ein Hautarzt in Plön, besonders überlastet sei der Augenarzt in Plön und der Kinderarzt in Eutin.

Der Bereich der Ärzteversorgung ist zudem besonders von der fehlenden ÖPNV-Anbindung betroffen, da bspw. körperlich kranke Menschen mehrere Stunden zwischen Busverbindung und Arzttermin nicht überbrücken können. In den Gesprächen wurde angebracht, dass z.T. dringend notwendige Arztbesuche aufgrund der eingeschränkten Erreichbarkeit bis in den kritischen Bereich hinein aufgeschoben wurden.

Aufgrund der starken Pendlerbeziehungen zu umliegenden Großstädten ist anzunehmen, dass ein Teil des Bedarfs auch von dortigen Arbeitsplatz-nahen Einrichtungen gedeckt wird.

Der Ist-Zustand muss demnach als grenzwertig bewertet werden. Es sind noch alle Angebote verfügbar, aber nicht nach den notwendigen Standards. Die Strukturen sind deutlich überlastet, rechtzeitige Termine sind nicht mehr gewährleistet, es können nicht mehr alle Fachärzte in den Unterzentren vorgehalten werden und es fehlt deutlich an

47 gemäß §75 Abs. 1 und 1a sowie §73 Abs. 2 SGB V

48 Telefonat mit Hr. Kröger von der Pressestelle am 13.08.2018



Kinderärzten. Nach Eindruck der Gespräche wirkt sich zudem die ÖPNV-Schwäche auf den Bereich am dramatischsten aus.

Trends, die sich auf den Bereich auswirken, sind vor allem:

- die Alterung der Gesellschaft und damit der zunehmende Bedarf nach ärztlicher Versorgung
- die Zunahmen der Nachfrage nach Alternativ- und Naturmedizin, verbunden mit einem z.T. gewachsenen Misstrauen gegenüber der Schulmedizin, die veränderte Bedarfe an die Infrastruktur, bspw. Heilpraktiker/innen, mit sich bringt
- das gesellschaftlich zunehmende Bewusstsein für „gesundes Leben“ (Sport, Ernährung, Entgiftung, aber auch Gesundheitsmanagement im Betrieb, die Entwicklung von Gesundheit als Statussymbol in der Konsumwelt), die die ärztliche Versorgung perspektivisch entlasten könnte
- das Aufkommen intelligenter Sensorik (Wearables) und der Selbstbeobachtung des eigenen Gesundheitszustands sowie die Möglichkeiten technischer Alltagshilfen
- die zunehmenden technischen Möglichkeiten der Telemedizin

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage der ärztlichen Versorgung ist kritisch zu sehen. Mit der steigenden Zahl älterer Menschen wird auch der Bedarf nach Ärzt/innen zunehmen, erschwert durch den zunehmenden Bedarf an Hausbesuchen. Allerdings wird die ohnehin knappe Ärzteversorgung dadurch bedroht, dass viele Ärzt/innen vor dem Rentenalter stehen.

Für die Nachfolge - und die Arbeit im ländlichen Raum allgemein - finden sich wiederum kaum junge Ärzt/innen. In den Städten besteht dieses Problem aktuell noch nicht - Plön äußert allerdings das Bewusstsein, dass diese Entwicklung bevorsteht und für die kleineren Gemeinden ist sie bereits Realität. Als Gründe werden die stärker zwischenmenschlich als medizinisch dominierte Arbeit und die als riskant empfundene Investition im schrumpfenden Raum angeführt. Ein weiteres Problem ist, dass die Kapazitätsgrenzen der Bedarfsplanung des Bundes z.T. die Ansiedlung zusätzlicher Ärzt/innen verhindern.

Zwar ist die Lage in Eutin, das aktuell als Rückversicherung großer Teile der Region Ärzt/innen vorhält, noch als problemlos beschrieben, da jedoch viele Patient/innen nach Eutin ausweichen müssen und die Versorgung auch in Plön und Malente enger wird, wird der Druck auch auf Eutin zunehmen.

Planungen seitens der öffentlichen Hand sind nicht bekannt. Ein einzelnes benanntes Projekt ist ein privates Ärztehaus in Wankendorf.

Die Landesentwicklungsstrategie nennt die Sicherung der medizinischen Versorgung in der Fläche als wichtiges Ziel; insofern sind seitens des Landes möglicherweise Impulse zu erwarten.



Die Perspektive ist als sehr kritisch einzuschätzen. Die Situation wird sich ohne größere Maßnahmen weiter verschlechtern und voraussichtlich schon bald einen kritischen Punkt überschreiten. Das allgemeine Aufkommen von Lösungsansätzen ist in der Region noch nicht wirkungsvoll angekommen.

Handlungsbedarfe bestehen vor allem folgende:

- Alternative finden zur Erreichbarkeit der stationären Praxen durch mangelnde ÖPNV-Anbindungen
- Niederlassungs-System lockern, um Nachfolgen der Babyboom-Generation sicherzustellen
- Hürden überwinden, um Region für Ärzte attraktiver und den Einstieg weniger finanziell riskant zu machen

Handlungsoptionen sind ergänzender und innovativer Natur, da die öffentliche Hand nicht in die Versorgungsstruktur eingreifen kann. Lösungsansätze für den Gesundheitssektor gibt es aktuell zahlreiche:

- Zunächst sollte das System der Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigung bekannter gemacht werden, das die Terminvergabe bei einer/m Facharzt/in in zumutbarer Entfernung innerhalb von vier Wochen gewährleistet.
- Lösungsansätze für die Probleme, junge Ärzte für die Arbeit und vor allem die Investition in den ländlichen Raum zu gewinnen, sind **geteilte (Filial-)Praxen** oder Ärztehäuser in Trägerschaft von Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen oder der Kassenärztlichen Vereinigung mit **angestellten Ärzten** und Probearbeiten. In Büsum gibt es seit 2015 ein solches Ärztezentrum als kommunale Tochtergesellschaft, unterstützt durch ein Förderprogramm der Kassenärztlichen Vereinigung SH. Auch andere Kommunen zeigen Interesse, das Modell zu übernehmen, zuletzt bspw. Bad Bramstedt im Kreis Segeberg.
- Ein Lösungsansatz für die Versorgung in der Fläche, auch um die mangelnde ÖPNV-Anbindung zu umgehen, ist der **Einsatz mobiler Assistent/innen** für grundlegende Diagnosen mit optionaler Zuschaltung der Ärzt/innen über Telemedizin. Telemedizinische Angebote sind auch Teil der Digitalisierungsziele der Landesentwicklungsstrategie.
- Das Ärztenetz Eutin-Malente versucht, die Koordination zwischen Ärzten und die ambulante Versorgung zu verbessern, also Strukturen effizienter zu machen und so unter anderem Facharzt/innen zu entlasten. Solche Netze sind auch förderbar durch die KV.
- Vor allem wäre eine genauere Untersuchung der Situation sinnvoll, um die Fehlbedarfe genau erfassen zu können und entsprechend zielgenaue Lösungen vorzubereiten. (Vollständigkeit der Versorgung, Erreichbarkeiten mit Auto und ÖPNV) Informationen über u.a. die Altersstruktur der Hausarzt/innen sind über die KV erhältlich.



5.4.2 Pflege

Der Bereich Pflege **unterliegt stark aktuellen Trends** und weist bereits jetzt große Probleme auf, die in Zukunft nach aktuellem Stand noch zunehmen deutlich werden. Allerdings bestehen seitens der öffentlichen Hand **kaum Eingriffsmöglichkeiten**, da der Sektor dem freien Markt unterliegt, Personalmangel herrscht und zudem die Finanzierung des Sektors durch Pflegekassen Teil von Problem und Ungewissheit ist.

Der Bereich umfasst die Unterthemen häusliche, ambulante und stationäre Pflege. Die häusliche Pflege umfasst die Betreuung durch Angehörige, möglichst in der eigenen Wohnung. Die ambulante Pflege erfolgt durch professionelle Dienstleister/innen in der eigenen Wohnung - sie kann die häusliche Pflege ergänzen. Eine weitere Ergänzung und Entlastung ist die teilstationäre Pflege, die stundenweise in einer stationären Pflegeeinrichtung erfolgt, Freizeitangebote und Übungen bietet und als aktivierende Hilfe verstanden wird. Die stationäre Vollzeitpflege soll nur bei stärkerer Pflegebedürftigkeit oder fehlenden Möglichkeiten im familiären Umfeld zum Einsatz kommen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip und §3 SGB XI werden **individuellere Leistungen in der häuslichen Umgebung institutionalisierten Lösungen vorgezogen** - häusliche und ambulante Pflege also vor der stationären Pflege gefördert.

Alternativ können auch altengerechte, Mehrgenerationen- oder auch ambulant betreute **Wohnangebote die Pflege entlasten** und die Selbstständigkeit im eigenen Haushalt fördern. Dementsprechend muss das Thema Pflege auch bei der Wohnraumentwicklung berücksichtigt werden - beide Regionalpläne betonen die Entlastungsfunktion für den Pflegesektor, die altengerechte Wohnformen einnehmen können, die einen längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen.

Im Folgenden werden die beiden für die Daseinsvorsorge zentralen Bereiche der ambulanten und der stationären Pflege näher betrachtet.

Die Trägerschaft der Dienste und Einrichtungen liegt bei Wohlfahrtsverbände, Vereinen, Kirchen und privaten Anbietern. Für die Sicherstellung einer den örtlichen Bedürfnissen entsprechenden pflegerischen Versorgungsstruktur sind per Landesgesetz Kreise zuständig⁴⁹, allerdings werden ihnen vom Land nicht die finanziellen Mittel bereitgestellt, bei Marktversagen Maßnahmen zu ergreifen. Die Bereitstellung der Angebote ist deshalb abhängig vom freien Markt und dadurch nicht vollständig gewährleistet. Obwohl das Thema regionsweit problematisch ist und dies vielen Kommunen bewusst

49 It. Landespflegegesetz SH; die Kreise erstellen hierfür regelmäßig eine Pflegebedarfsplanung



ist, herrscht aufgrund der Zuständigkeit der Kreise nicht in allen Kommunen ein volles Bewusstsein für die Situation der Pflege.

Der Zielstandard für die räumliche Pflegeversorgung wird im LEP von 2010 festgelegt. So sollen **stationäre und teilstationäre Altenhilfe- und -pflegeeinrichtungen in zumutbarer Entfernung** - mindestens in Unterzentren, möglichst auch in ländlichen Zentralorten - vorgehalten werden. Als Reaktion auf den demografischen Wandel sollen zudem die Strukturen an die steigende Nachfrage angepasst werden, vor allem in ländlichen Regionen sollen ambulante und stationäre Angebote abgestimmt geplant werden und insbesondere **offene ambulante Angebote sowie Unterstützung beim Erhalt der „eigenen Häuslichkeit“** sollen bereitgestellt werden - **orientiert am zentralörtlichen System und ergänzt durch mobile Angebote**.

Die Versorgungssituation erfüllt Zielstandard und Bedarf nicht. Nach Auskunft der Kommunen sind sämtliche **ambulanten Pflegedienste überfüllt**, Kund/innen würden abgewiesen und kürzlich hätte das DRK sogar Kund/innen die Haushaltshilfe aufkündigen müssen. Eine absolute Ausnahme stellen die Kommunen des Amtes Bokhorst-Wankendorf dar, die durch ambulante Pflegedienste aus Neumünster und Bordesholm versorgt würden, die eher in Konkurrenz stünden.

Stationäre Angebote gebe es vor allem in größeren Orten, außerhalb würden diese fehlen. Die vorhandenen Angebote hätten lange Wartelisten; außerdem ist nicht geklärt, ob die Preise der häufig auch privat betriebenen Einrichtungen bedarfsgerecht sind oder ob der starke Zustrom von Menschen, die für den Ruhestand in die Region ziehen, die Preise (zu) hoch treibt. Orientiert an der Tourismusregion findet sich in Ostholstein wohl eine höhere Dichte stationärer Angebote. Allerdings sei in diesem Zuge der Anteil privater Heimbetreiber (gegenüber öffentlichen und Wohlfahrtsverbänden) in Ostholstein hoch, was den Bereich - also v.a. Preise und Qualität - anfällig gegenüber marktwirtschaftlichen Schwankungen mache. In der Tourismusregion entstünden auch viele altersgerechte Wohnungen.

Das Problem der knappen Angebote liegt bei der Verfügbarkeit von Pflegekräften. Das gilt sogar für Preetz, wo eine Pflegeschule angesiedelt ist. Im Plöner Umland sei sogar ein Pflegeheim wegen Personalmangels aufgelöst worden. Gründe für das fehlende Personal werden in den unattraktiven Arbeitsbedingungen, der geringen Bezahlung und den Finanzierungssätzen durch Pflegekassen gesehen - diese Debatte wird aktuell bundesweit geführt.

Als ergänzendes Angebot (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) wurde genannt, dass die Kreise mit Pflegestützpunkten Beratung und auch Außenprechstunden anbietet.



Der Ist-Zustand muss angesichts der überfüllten und nicht bedarfsgerecht bereitgestellten Pflegeangebote als sehr problematisch bewertet werden.

Trends betreffen den Bereich im Angebots- und Nachfragebereich. Das Angebot ist abhängig von der Personalverfügbarkeit, die durch die allgemeine Schwäche der Ausbildungsberufe, aber vor allem durch die über lange Zeit versäumte Attraktivierung der Pflegeberufe beeinträchtigt wird. Allerdings rückt die Notlage des Sektors zunehmend in die Öffentlichkeit und damit auch in den Beschäftigungsbereich der Politik. (Laut Lars Winter wird auf Landesebene bisher allerdings noch nicht zielgerichtet diskutiert.) Die Nachfrage steigt kontinuierlich durch den demografischen Wandel, die stetige und wachsende Zunahme älterer und hochbetagter Menschen, und die stetig steigende Lebensdauer.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage wird dementsprechend immer stärker divergieren, solange keine wirksamen Maßnahmen für die Attraktivierung der Pflegeberufe in Kraft treten. Mit steigendem Durchschnittsalter wird auch der **Pflegebedarf steigen**, da im Prinzip für alle pflegeintensiven Erkrankungen mit dem Alter auch die Wahrscheinlichkeit der Erkrankung steigt. Auch die **Finanzierung der Pflege** ist allerdings bisher **nicht zukunftsfähig aufgestellt**, da die **Tragfähigkeit der Pflegekassen** mit zunehmenden Empfängern und abnehmenden Einzählern **unklar** ist.

Im **Kreis Plön** nimmt die aktuelle Pflegebedarfsplanung von 2016 einen **Zuwachs der Pflegebedürftigen von 4.112 im Jahr 2015 auf 5.313 im Jahr 2025** an. Basis sind die Daten zur Pflegebedürftigkeit von 2011 und die Bevölkerungsprognose des Statistikamtes für Hamburg und Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein wies 2011 bereits einen im Bundesdurchschnitt **sehr hohen Anteil vollstationärer Pflege** am Gesamtbedarf auf - und einen entsprechend **niedrigen Anteil ambulanter und häuslicher Pflege**.

Nach Schätzung der Prognose werden im Kreis Plön von 2015 **bis 2025 mindestens 1150 zusätzliche Pflegekräfte benötigt** (inkl. des Ersatzes für mindestens 350 Personen, die in Rente gehen), was eine Steigerung von fast einem Drittel zu den 2015 beschäftigten 1.800 bedeutet.

In Schleswig-Holstein bestehe zudem ein Defizit von 42.000 barrierearmen Wohnungen.



Abbildung 31: Perspektive Pflegebedürftigkeit [Quelle: Pflegebedarfsplanung Kreis Plön von 2016]



Planungen seitens der öffentlichen Hand sind nicht bekannt, allerdings sind die Sicherung der Pflege und die Schaffung altersgerechter Strukturen präsent in der Landesentwicklungsstrategie.

Die Perspektive ist, mangels Lösungen für die Personalprobleme und angesichts einer zunehmend älteren Bevölkerung als sehr kritisch einzuschätzen.

Handlungsbedarf besteht vor allem in der Bereitstellung ausreichender Plätze, womit auch die Qualifizierung von Personal einhergeht. Laut Pflegebedarfsplan für den Kreis Plön von 2015 besteht insgesamt Bedarf nach ambulanten Pflegediensten, Tagespflegeplätzen, Personal, Pflege- und Wohnberatung sowie stationären Pflegeheimplätzen (hierbei sei allerdings laufend auf die Auslastung zu achten). Um der kritischen Perspektive auszuweichen, braucht es Maßnahmen, die die Pflegebedürftigkeit vermeiden.

Seitens des Landes muss eine klare Perspektive angeboten werden, wie der angestrebte Versorgungsgrad finanziert werden kann.

Die Handlungsoptionen der öffentlichen Hand sind angesichts des Fachkräftemangels und des ungeklärten Finanzierungsmodells stark eingeschränkt.

Mögliche Lösungsansätze sind laut der Pflegebedarfspläne:

- die Förderung neuer altengerechte Wohnformen und die Sicherung eines altengerechten Wohnumfeldes, um die Selbstständigkeit zu erhöhen und den Pflegebedarf zu entlasten - hier ist vor allem die Verbreitung erfolgreicher Wohnraumkonzepte eine Option
- die Optimierung der Auslastung vorhandener Pflegeplätze
- die Unterstützung und Schaffung von Anreizen für Ehrenamt und pflegende Angehörige
- Beratungsangebote, um voreilige Heimaufnahmen zu vermeiden

Auch die Attraktivität der Kommunen für junge Familien und Arbeitskräfte werden als langfristig relevante Rahmenbedingungen genannt.

Weiterhin denkbar wäre:

- die Werbung von Pflegediensten aus den besser versorgten Städten; hierfür wäre eine Auflockerung der beschränkten Geschäftsgebiete notwendig
- die Bezuschussung der gering vergüteten Personalstellen oder die Schaffung kreiseigener Pflegeangebote
- vor allem wäre eine genauere Untersuchung der Situation sinnvoll, um die Fehlbedarfe genau erfassen zu können und entsprechend zielgenaue Lösungen vorzubereiten.



5.5 Sicherheit

Der Bereich Sicherheit umfasst die Unterthemen Feuerwehr und Polizei, die zur Gefahrenabwehr gehören, den Katastrophenschutz und das Ordnungsamt.

Der **Katastrophenschutz** obliegt den Kreisen, die Gefahrenpotenziale abschätzen, Einsatzpläne erarbeiten sowie die Verfügbarkeit von Einsatzkräften und -mitteln sicherstellen. Finanziert wird der Katastrophenschutz aus Bundes- und Landesmitteln. Für alle Aufgaben, die über den Tätigkeitsbereich der Feuerwehr hinausgehen, wurde kein Handlungsbedarf geäußert, weshalb der Katastrophenschutz nicht näher betrachtet wird.

Mit der Hilfsfrist des Rettungsdienstes wurden keine Probleme genannt.

5.5.1 Feuerwehr

Die Feuerwehr wird aufgrund von Schwierigkeiten mit der personellen Besetzung und der Finanzierung der Ausstattung im Folgenden vertieft betrachtet.

Die Trägerschaft der freiwilligen Feuerwehren liegt bei den Kommunen⁵⁰, die für die Feuerwehrarbeit Steuereinnahmen vom Land zugewiesen bekommen, die sie auf freiwilliger Basis bezuschussen können. Die freiwilligen Feuerwehren stellen Einsatzkräfte und -mittel; Berufsfeuerwehren gibt es in der Region nicht.

Die Koordination der Feuerwehreinätze ist Aufgabe der Kreise. Die Koordination von Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst wird von den kreisübergreifenden Leitstellen mit Sitz in Kiel bzw. Stormarn übernommen.

Die knappe Finanzierung der Ausstattung der Einsatzkräfte ist dauerhaftes Thema zwischen Kommunen, Kreisen, Land und Bund.

Der Zielstandard für den Brandschutz ist die flächendeckende Gewährleistung der Hilfsfrist von zehn Minuten. Zudem gibt es diverse Anforderungen an die Ausstattung und personelle Besetzung der einzelnen Wehren, die den Rahmen dieser Betrachtung überschreiten und die im Folgenden nur allgemein adressiert werden.

Die Versorgungssituation ist schwer zu beurteilen, entspricht nach eigenen Angaben der Kommunen aber noch weitestgehend den Anforderungen.

⁵⁰ Die Kommunen sollen Feuerwehrbedarfspläne erstellen (mithilfe eines Software-Tools der Landesfeuerwehrschule), aus denen sich die nötige räumliche Abdeckung mit Wachen und die nötige Ausstattung ergibt; allerdings tun das wohl nicht alle.



Auch die Landesentwicklungsstrategie schätzt die Versorgung als weitestgehend gut ein. Dass die Hilfsfrist nicht vollständig gewährleistet werden kann, wird nur von Malente (Krummsee) angegeben, allerdings stellen einige Kommunen infrage, dass die Einschätzung regionsweit realistisch ist. Allerdings werden die Feuerwehrbedarfspläne von vielen Kommunen wohl nicht aufgestellt, deshalb fehlt hier ein vollständiges, quantifizierbares Bild. Kasseedorf kritisiert andererseits, dass die Bedarfspläne an der Realität des ländlichen Raums vorbeigingen. Der Kreisfeuerwehrverband Ostholstein kritisiert, dass einige Verwaltungen „leichtfertig“ mit dem flächendeckenden Feuerschutz umgingen.⁵¹

Viele Kommunen geben an, dass sich viele Ortswehren personell nur knapp über Wasser hielten. Die Tagesverfügbarkeit, vor allem für große Fahrzeuge, ist offenbar nur in den Städten leistbar, da in den kleineren Orten zu wenig Arbeitstätige anwesend sind. Vor allem für Verantwortungspositionen sei häufig niemand zu finden. Allerdings spricht der Kreisfeuerwehrverband Ostholstein zuletzt von einem leichten Aufwärtstrend der Mitgliederzahlen.⁵² Die Jugend- oder teils auch Kinderfeuerwehren sind häufig stark.

Zudem gibt es Stimmen, dass vielerorts die Ausstattung „in die Jahre käme“ und aufgerüstet werden müsste. Allerdings geben alle kleineren Kommunen an, dass sie mit den stets neuen Anforderungen an die Ausstattung finanziell überfordert seien. Aktuell müssten mit den neuen, größeren Fahrzeugen auch gleich die bisherigen, jetzt zu kleinen Gerätehäuser erneuert werden. Zum Teil würden Anschaffungen doppelt getätigt, weil kürzlich Angeschafftes nach neuen Richtlinien nicht mehr genutzt werden dürfe. Auch die Städte belasten diese Ausgaben, doch sie müssten getätigt werden, um die Sicherheit zu gewährleisten und das Ehrenamt zu unterstützen. Die kleineren Kommunen sind damit finanziell zumeist überlastet.

Die Vorgaben und die Finanzierung des Landes würden die Distanzen im ländlichen Raum nicht berücksichtigen und seien damit kaum anwendbar.

Sehr positiv gesehen wird der Feuerlöschverband Groß-Plön, der gemeinsam ein voll ausgestattetes zusätzliches Löschfahrzeug unterhält.

Die bisherige Förderung ist lt. Eutin für größere Wehren keine ernsthafte Unterstützung.

Der Ist-Zustand kann demnach als noch ausreichend bewertet werden - mit starken funktionalen Einschränkungen. Das noch bestehende System funktioniert, v.a. personell, eigentlich nicht mehr.

⁵¹ Ostholsteiner Anzeiger (12.02.2018): Kampf um jede Feuerwehr. von Achim Krauskopf.

⁵² Ostholsteiner Anzeiger (12.02.2018): Kampf um jede Feuerwehr. von Achim Krauskopf.



Trends, die die Feuerwehr beeinflussen, sind zum einen die Schwäche des Ehrenamts, die Ursache der Personalprobleme ist, vor allem ausgelöst durch die Ausbildungsabwanderung, die die in der Jugend gewonnene Mitgliederbasis auslöst, und zum anderen werden voraussichtlich perspektivisch die technologischen Möglichkeiten (z.B. in der Aufklärung) die personellen Anforderungen senken, aber u.U. die finanziellen Anforderungen noch weiter erhöhen.

Die Entwicklung der Strukturen wird auf die personelle Situation reagieren müssen. Unterbesetzte Wehren können bereits jetzt häufig nicht ausrücken und müssen eigentlich geschlossen werden. Ein großer problematischer Nebeneffekt der Schließung wäre, dass auch die gesellschaftlich-kulturellen Funktionen der Wehren verlorengehen, die eine zentrale Rolle in vielen Dorfgemeinschaften einnehmen.

Zusammenlegungen hat es bereits gegeben, aber diese werden wegen der gesellschaftlichen Funktion, aber auch der räumlichen Einschränkungen (Gebietsabdeckung erfordert Standorte) und Problemen im Bereich persönlicher Diskrepanzen und Lokalpatriotismus als sehr kompliziert eingeschätzt. Viele Gesprächspartner/innen geben an, die Initiative müsse aus den Wehren kommen, da es bei erzwungenen Zusammenlegungen schon Zusammenbrüche ganzer Wehren gegeben habe. Andernorts habe es zwar diese Drohungen gegeben, am Ende seien aber stabile Strukturen entstanden.

Planungen im Bereich der Investitionen gibt es seitens der Kommunen diverse; organisatorische Maßnahmen werden aktuell nicht durchgeführt.

Die Perspektive muss demnach unter den aktuellen Bedingungen außerhalb der Städte als weitestgehend sehr kritisch bewertet werden.

Handlungsbedarf besteht reichlich - das Personal und die Finanzierungsgrundlage muss gesichert werden.

Die Handlungsoptionen sind trotz der Zuständigkeit der Kommunen eingeschränkt durch die geringe Mittelverfügbarkeit und die aktuell unabwendbare Ausbildungsabwanderung.

Seitens des Landes muss eine klare Aussage dazu getroffen werden, welcher Versorgungsstandard angestrebt wird und dann auch eine klare Perspektive angeboten, wie dieser finanziert werden kann.

Mögliche Lösungsansätze könnten sein ...

- interkommunale Zusammenarbeit bei der Koordination der Geräte wie im Beispiel des Feuerlöschverbands Groß-Plön - auf diese Weise ist u.U. finanzielle Entlastung, aber auch attraktivere Feuerwehrarbeit durch eine gute Ausstattung möglich



- Nutzung der Landesförderung für Neubau, Ausbau und Erweiterung von Feuerwehrhäusern (50%, bis zu 300.000€, also v.a. für kleinere Kommunen)
- als Beispiel für mögliche Zusammenschlüsse wird der Zweckverband Probstei Nord genannt aus drei Gemeinden im Amt Probstei - allerdings sagen diese selbst, das Modell sei aufgrund räumlicher Unterschiede, aber auch häufig vorhandener persönlicher Differenzen, kaum übertragbar
- darüber hinaus sollte ein Best-Practice-Recherche ausloten, ob es Ansätze gibt, von denen man lernen kann

5.5.2 Sicherheit und Ordnung

Aufgrund einiger Schwierigkeiten im Amt Großer Plöner See wird der Bereich in kompakter Form gesondert betrachtet.

Die Trägerschaft der Polizeiarbeit (Verbrechensbekämpfung) liegt beim Land - in Abgrenzung zu den Ordnungsämtern, die auf kommunaler Ebene organisiert sind.

Die Versorgungssituation muss getrennt betrachtet werden. Das Sicherheitsgefühl in der Region ist flächendeckend stark, allerdings treten lokal Probleme mit gehäuften Einbrüchen auf, denen aufgrund der dünnen Personaldecke zeitweise nicht ausreichend begegnet werden konnte.

In vielen kleineren Kommunen wurden auch die letzten Polizeiwachen geschlossen. Da die kleineren Gemeinden aus Kapazitätsgründen auch nicht über mobile Ordnungsbeamte verfügen, gibt es also keine Präsenz von „Ordnungshütern“ mehr.

Im Amt Großer Plöner See wird beklagt, dass zuletzt Ordnungswidrigkeiten und kleinere Straftaten wie Vandalismus und Vermüllung zunehmen. Die Polizei aus Kiel käme, sofern es sich nicht um einen akuten Notfall handle, mit einer Wartezeit von zwei Stunden. Deshalb müssten die Bürgermeister/innen selbst als Ordnungsbeamte agieren; allerdings sei die Vermüllung bspw. im Wald, an Badestellen und um öffentliche Mülleimer herum nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die Entsorgung durch einen Bauhof zu beauftragen, sei zudem sehr teuer.

Allerdings wurden Probleme in diesem Bereich nur im Amt Großer Plöner See geäußert.

Der Ist-Zustand kann insgesamt als gut bewertet werden - es besteht keine Gefahr, aber einige Kommunen fühlen sich alleingelassen und überfordert.



Trends beeinflussen den Bereich eher nicht. Das Thema fehlender Polizist/innen ist in der Bundespolitik präsent, die Polizei soll aufgestockt werden.

Planungen seitens des Landes gibt es ebenfalls einige. Laut der Landesentwicklungsstrategie wurden in der Landespolizei in den vergangenen Jahren einige Maßnahmen umgesetzt, um die Effektivität zu erhöhen und das Personal bedarfsgerecht zu verteilen. Außerdem wurde und soll weiterhin in Ausstattung investiert werden; v.a. um die Beamt/innen zu schützen. 2016 wurde zudem ein Landeskonzept Wohnungseinbruchdiebstahl beschlossen.

Die Perspektive kann demnach eher positiv bewertet werden - ob die Maßnahmen bei den kleineren Kommunen ankommen, ist allerdings unklar.

Handlungsbedarfe bestehen dahingehend, dass auch die kleineren Kommunen eine Handhabe brauchen, die Ordnung im öffentlichen Raum sichern und auch bei der Ahndung kleinerer Vergehen oder Gefahren kurzfristig Hilfe zu erhalten.

Handlungsoptionen seitens der Kommunen bestehen keine. Mit der Beauftragung gemeinsamer Entsorgungsdienste, möglicherweise unterstützt durch ein digitales Meldesystem und/oder ehrenamtliche „Ranger“, die Vermüllung melden, könnte eine regelmäßige Entsorgung in bezahlbarem Umfang gewährleistet werden.





5.6 Nahversorgung

Der Bereich Nahversorgung umfasst den täglichen Bedarf - hier wird vor allem die Ausstattung mit Vollversorgern betrachtet, ergänzend werden auch Aussagen zu Post-, Bank- und sonstigen Dienstleistungen getroffen.

Die Trägerschaft der Geschäfte ist privat.

Ein Zielstandard ist, soweit bekannt, nicht definiert. Die Sicherstellung der Versorgung ist bisher nicht als Aufgabe zugewiesen. Da Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs Teil der Grundversorgung sind, wäre die Gewährleistung der wohnortnahen Erreichbarkeit ein bedarfsgerechter Zielstandard.

Die Versorgungssituation in der Region ist, trotz teils recht weiter Wege in Folge der Konzentration des Einzelhandels in großflächige Geschäfte in den Zentralorten, als gewährleistet zu bezeichnen.

Geschäfte befinden sich in alle größeren und Zentralorten sowie in Ascheberg, mit Ausnahme von Süsel als Ort mit ergänzenden Versorgungsfunktionen für die gleichnamige Gemeinde. Dort gibt es nur einen Bäcker.

In den kleineren Gemeinden befinden sich in der Regel keine Geschäfte, in Ausnahmefällen gibt es Bäcker oder Schlachter. Allerdings wird dieser Umstand in den Gesprächen nicht als Problem benannt.

Viele der Supermärkte böten zudem einen Lieferservice an. Inwieweit diese angenommen werden und wie ihre räumliche Abdeckung ist, ist unklar.

Aufgrund der starken Pendlerbeziehungen zu umliegenden Großstädten ist anzunehmen, dass ein Teil des Bedarfs auch von dortigen Arbeitsplatz-nahen Einrichtungen gedeckt wird. Im Gegensatz zu Kindertagesstätten und Ärzt/innen, die eher überlastet sind, schadet dieser Umstand der Auslastung des Einzelhandels und gefährdet so Standorte.

Der Ist-Zustand kann demnach als bedarfsgerecht bewertet werden; allerdings mit Problemen in Süsel.

Trends, die den Bereich betreffen, sind:

- die zunehmende Immobilität einer alternden Bevölkerung, v.a. mit Blick auf den Transport gekaufter Waren
- das Aufkommen von Lieferservices, die die Mobilität der Kund/innen entlasten
- die Stärke des Online-Handels, der sich im Lebensmittelhandel bisher nicht durchsetzen konnte



- der Trend zum Kauf von regionalen und frischen Produkten und dem gewachsenen Einfluss der Lebensqualität auf die Kaufentscheidung, der Geschäfte stärkt
- das stetig zunehmende Pendleraufkommen, das die wohnortnahe Nachfrage senkt

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage ist konstant einzuschätzen. Für einen weiteren Nachfragerückgang nach lokalen Angeboten gibt es keine Anhaltspunkte, für eine weitere Konzentration aufgrund gefährdeter Standorte ebenfalls nicht. Ebenso wenig ist in Süssel eine Perspektive für die Schaffung eines Angebots erkennbar.

Planungen zu Stabilisierung und Ausbau der bestehenden Struktur laufen - scheinbar befinden sich die kleineren Zentralorte im Aufschwung. EDEKA erweitert in Hutzfeld und Schönwalde, in Wankendorf wurde kürzlich ein Sky-Markt errichtet. Auch in Plön sind Aufwertungen geplant.

Die Perspektive kann demnach sehr positiv bewertet werden; die bestehenden Strukturen werden gesichert und verbessert. Für Süssel besteht aktuell keine positive Perspektive.

Handlungsbedarfe bestehen demnach nur darin, in Süssel als Ort mit ergänzenden Versorgungsfunktionen für die gleichnamige Gemeinde ein Angebot zu schaffen.

Als Handlungsoption sollte Süssel bei der Ansiedlung eines Vollsortimenters oder beim Aufbau eines Multifunktionsgeschäfts unterstützt werden. In Kirchbarkau funktioniert ein Markttreff über ein genossenschaftliches Modell engagierter Bewohner/innen. Dabei muss der frühere, gescheiterte Versuch für ein solches Vorhaben in Süssel einbezogen werden.



5.7 Zentren

Die Zentren werden aufgrund ihrer besonderen Versorgungsfunktion in kompakter Form gesondert betrachtet.

Der Zielstandard für die Funktion von Zentren ist sehr technisch formuliert. Kompakt gefasst sollen Mittelzentren (Eutin) und Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums (Plön) die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs übernehmen.

Darüber hinaus spielen sie aber auch eine Rolle als wichtiger Ort für soziale Interaktion und regionale Identität. Sie sind charakteristische Stadträume mit gebündelten Funktionen, die es ermöglichen, „unter Leute zu kommen“ („sehen und gesehen werden“), öffentliche Freiräume und Gastronomie als unkomplizierte Treffpunkte und Orte zum Verweilen bieten und natürlich Geschäfte für Güter und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs - Kleidung, Drogerieartikel, Einrichtung und sonstige Fachgeschäfte.

Die Versorgungssituation ist ambivalent - es gibt vergleichsweise viele Zentren in der Region, allerdings sind die meisten in ihrer Funktionalität eingeschränkt.

Neben den „offiziell“ im zentralörtlichen System ausgewiesenen Eutin und Plön sind auch Preetz und Malente mit ihren Zentrumsbereichen in diese Betrachtung aufgenommen. Mit Ausnahme des Bereichs um Wankendorf befinden sich damit die meisten Kommunen in der Nähe eines der Zentren.

Eutin ist der einzige Ort mit einem funktionsfähigen „Bummelzonen“-Angebot. Allerdings wurde im Gespräch geäußert, dass Nahversorgungsangebote für die lokale Bevölkerung fehlen, was die Vitalität des Zentrums gefährdet. Die Stadt nutzt ihre Steuerungsmöglichkeiten stark, um das Zentrum attraktiv zu halten.

Plön gibt selber an, über kein konkurrenzfähiges „Bummelzonen“-Angebot mehr zu verfügen. Die Stadt arbeitet deshalb daran, die Erlebnis- und Verweil-Funktionen zu stärken.

Preetz gibt an, dass das Zentrum trotz abgeschlossener Investitionen im Rahmen der Städtebauförderung unter vielen Schließungen, wenig Vielfalt und Sanierungsstau leidet. Die Stadt hätte Bedarf nach einer Wirtschaftsförderung und/oder einem Citymanagement.

Malente arbeitet aktuell an einem Zentrumskonzept im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Aktive Zentren“. Es gibt Probleme mit Ladenschließungen und Leerständen, aber dank des starken Tourismus könne ein Grundstock an Geschäften bisher gehalten werden.



Auch die Zentren der benachbarten Großstädte werden nach Auskunft der Kommunen, vor allem von Jugendlichen, viel aufgesucht.

Der Ist-Zustand ist demnach nur eingeschränkt als gut zu bewerten. Zwar gibt es recht viele Zentren und v.a. mit Eutin und Kiel auch funktionierende - allerdings ist die Situation der restlichen lokalen Zentren im Augenblick als nur sehr eingeschränkt funktional zu betrachten, wodurch der Region identitätsstiftende Räume verloren gehen.

Der Trend, der sich auf die Zentren kleiner Städte auswirkt, ist die Großstadt-Wanderung bzw. die Landflucht, die lange Jahre galt. Der aktuelle Rückkopplungseffekt aufgrund der Überfüllung der Städte und ihrer Wohnungsmärkte bietet ein Potenzial für die gut angebundene Kleinstädte der Region.

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage hängt voneinander ab. Die Angebote werden voraussichtlich weiter zurückgehen, wenn keine wirksamen Maßnahmen ergriffen werden. Die Nachfrage bleibt, wird sich aber zu attraktiven Angeboten verlagern.

Planungen der Zentrenentwicklung mit Unterstützung von Städtebaufördermitteln laufen (oder liefen, in Preetz) in allen Zentralorten außer Schönwalde.

Die Perspektive ist ungewiss - es wird viel investiert und der Trend steht gut, aber Wunder sind nicht zu erwarten.

Handlungsbedarfe bestehen in der Attraktivierung und Stabilisierung des Angebots und der Schaffung hochwertigen Freiraums.

Handlungsoptionen werden weitestgehend bereits ausgeschöpft.

Schönwalde könnte u.U. bei einer möglichen Bewerbung für das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ unterstützt werden.

Die Wirtschaftsförderungen der Kreise könnten die Kommunen stärker bei der Zentrumsentwicklung unterstützen.



5.8 Verwaltung

Die Versorgung mit Anlaufstellen und Bürgerservices ist innerhalb der Gemeinden in ausreichendem Umfang gedeckt und wird hier deshalb nicht näher behandelt. Allerdings gibt es Schwierigkeiten mit den Kapazitäten der Verwaltung.

Die Verwaltungen der Kommunen der AktivRegion haben sich aufgrund der häufig geringen Einwohnerzahl zu großen Teilen in Ämtern oder Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen, in denen sie **gemeinsame Fachabteilungen** unterhalten, die sie alleine nicht finanzieren könnten.

Die Situation vieler Verwaltungen (nicht die Städte) ist z.T. schwierig, da sie mit spezifischeren Aufgaben überfordert sind; in den Gesprächen kamen v.a. die Fördermittelakquise und die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit, inkl. Bürgerservices, auf. Vielen Verwaltungen fehlt nach eigener Aussage das spezialisierte Know-How und die Kapazität, es sich anzueignen.

Für die Unterstützung der Kommunen bei Aufgaben, die sie überfordern, gibt es die Kreise. Für die Koordination der Digitalisierung ist das Land zuständig. Die Unterstützung der höheren Ebenen kommt allerdings offenbar nicht bei allen Kommunen an. Außerdem wird beklagt, dass einige Programme, die das Land anbietet, nicht miteinander kompatibel seien.

Planungen zur Digitalisierung gibt es auf Landesebene mit der **E-Government-Strategie für Schleswig-Holstein** von 2016, die Abläufe vereinfachen, nutzerfreundlicher und digitaler machen soll. Laut Landesentwicklungsstrategie soll auch Kompetenzaufbau bei Verwaltungen und Bürger/innen erfolgen. Auch der Kreis Plön steigt aktuell verstärkt in das Thema ein.

Handlungsbedarf besteht vor allem darin, die Kommunikation zwischen Kreis und Kommunen zu verbessern, damit die angestrebte Funktionsteilung zwischen Kreisen und Kommunen funktioniert. Dann brauchen die Kommunen Unterstützung bei Themen, die sie alleine nicht bewältigen können.

Handlungsoptionen liegen vor allem in der Vermittlung von Gesprächen zwischen Kreisen und Kommunen zu wichtigen gemeinsamen Themen. Auf dieser Basis sollten v.a. zwei Initiativen begonnen werden:

- Im Gespräch mit Malente zeigt sich Interesse an einem digitalen Regionalmanagement, das dezidiert darauf vorbereitet ist, was die Digitalisierung bringt, z.B. welche Hard- und Software nötig sein wird - und ein kurzfristig adaptierbares Gerüst für digitale Agenden der Kommunen erarbeitet.



— Möglichkeiten und Ansprechpartner/innen der Kommunen für die Fördermittelakquise sollten möglichst nutzungsfreundlich vermittelt werden.

6. Gesamtbild AktivRegion: Versorgungssituation, Handlungsbedarf, Zuständigkeiten

Dieses Kapitel fasst die **allgemeine Versorgungssituation der Aktiv-Region** zusammen.

Zu diesem Gesamtbild gehören auch die in Kapitel 4 aufgeführte räumliche Struktur und die teilräumlichen Unterschiede. In einigen Bereichen hängt die Versorgungsqualität von der Ausstattung der Zentren ab, in anderen ist die flächige Versorgung wichtig. Nicht in die Betrachtung der einzelnen Bereiche einbezogen wurde der ÖPNV, mit dem die Versorgungssicherheit vieler stationärer Einrichtungen steht und fällt - dieser wurde deshalb separat betrachtet.

Die verschiedenen Kommunen schätzen ihre Versorgungssituation zum Teil sehr unterschiedlich ein. Vor allem zwischen den Städten, die stolz auf viele eigenständige Errungenschaften einer guten Versorgungssituation sein können und sind, und den kleineren und peripheren Kommunen, die z.B. angeben (Amt Großer Plöner See) „*Wir Kleineren haben nichts und sind nicht angebunden*“ - aber aufgrund der attraktiven Natur und der Seen werde das in Kauf genommen, klafft in vielen Bereichen eine große Lücke.

Die folgende Darstellung fasst diese Unterschiede in Kernaussagen und differenzierte Handlungsempfehlungen zusammen.

6.1 Versorgungssituation und Handlungsbedarf

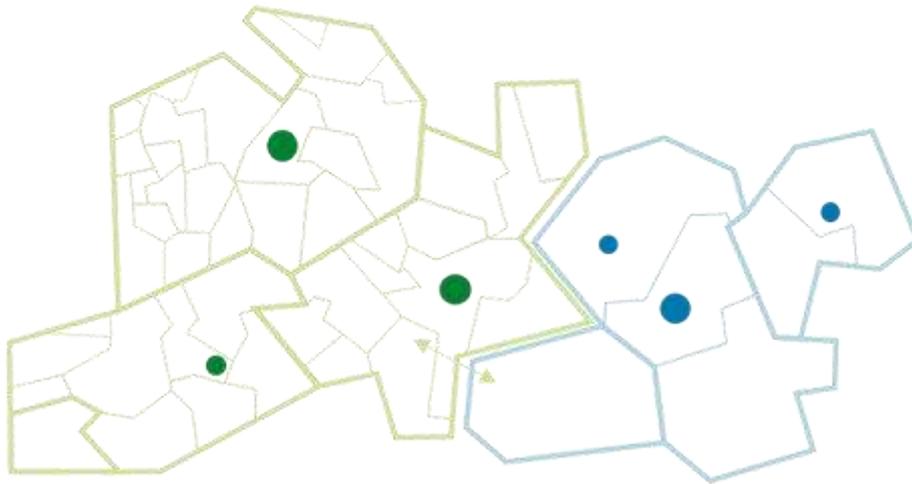
Die Betrachtung konzentriert sich, nach einem ersten Überblick, darauf, zu beantworten, welche Handlungsbedarfe bestehen. Auf diese Weise soll direkt auf die Handlungs- und Projektebene gesprungen werden.

Folgende Fragen sollen verdeutlicht werden:

- wo bestehen **Anpassungsbedarfe** der Infrastruktur (fehlende Einrichtungen, mangelnde Erreichbarkeit, mangelnde Angebotsqualität/-flexibilität, gefährdete Trägerstruktur; zukünftiges teures Überangebot; wo gibt es evtl. ungenutzte Ressourcen)
- in welchen Bereichen sind **weitere Untersuchungen** nötig, um treffsichere Empfehlungen zu formulieren
- wo gibt es Gemeinsamkeiten, die durch **kooperative Maßnahmen** angegangen werden können
- wo benötigen die Kommunen bei der individuellen Lösungsfindung (bspw. der Finanzierung) **Unterstützung**

Versorgungssituation

AktivRegion



6 Zentralorte
7 Nahbereiche
ca. 95.000 EW

aktuelle Themen

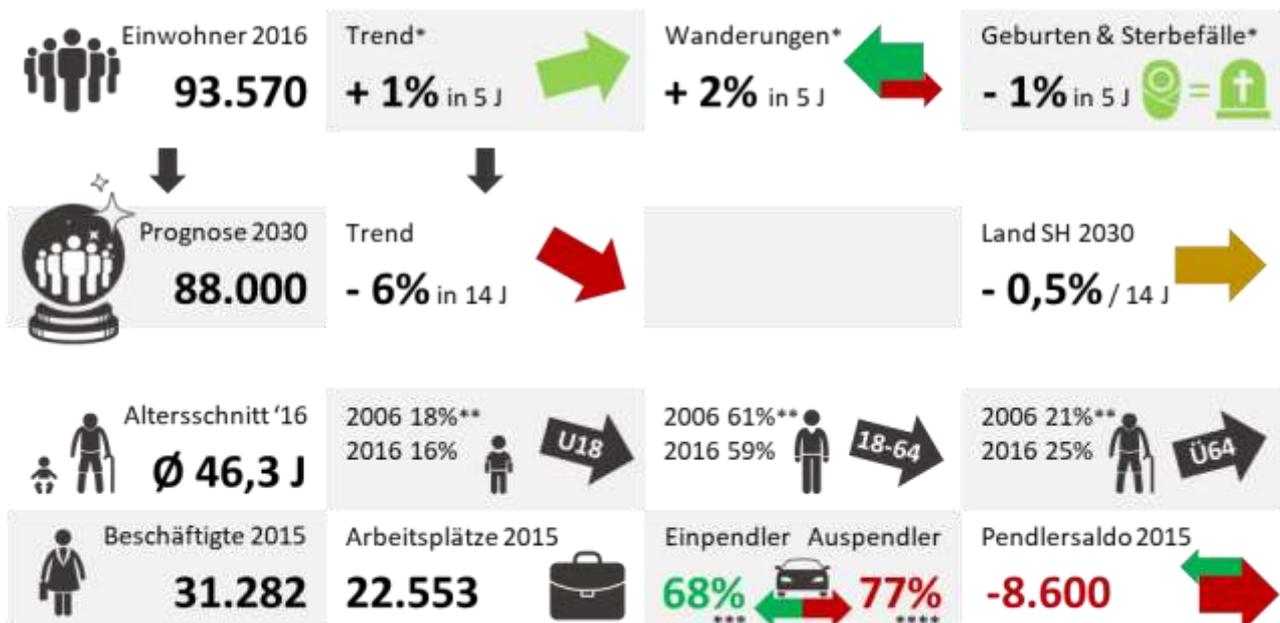
Glasfaser-Ausbau – Mobilitätsstrategien – Schulprofilierung –
Feuerwehr-Struktur – Kommunal Finanzen – Zentrenentwicklung

Schwerpunkte



mögliche Projekte

Kommunikation & Austausch – Mobilitätsstrategie – Unterstützung
der Kommunen – Zweckverbände – mobile Ärzteversorgung



* von 2011 bis 2016

**Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung;

Zahlen aufgrund Zensus 2011 (Neuzählung ohne Kaserne Plön) leicht verfälscht

*** der vor Ort Beschäftigten

**** der vor Ort Wohnhaften

Zuständigkeit

Verantwortung &
Trägerschaft

Land
Kreis
Kommune
frei/privat

Versorgungssituation & Handlungsoptionen

gut
eingeschränkt
kritisch

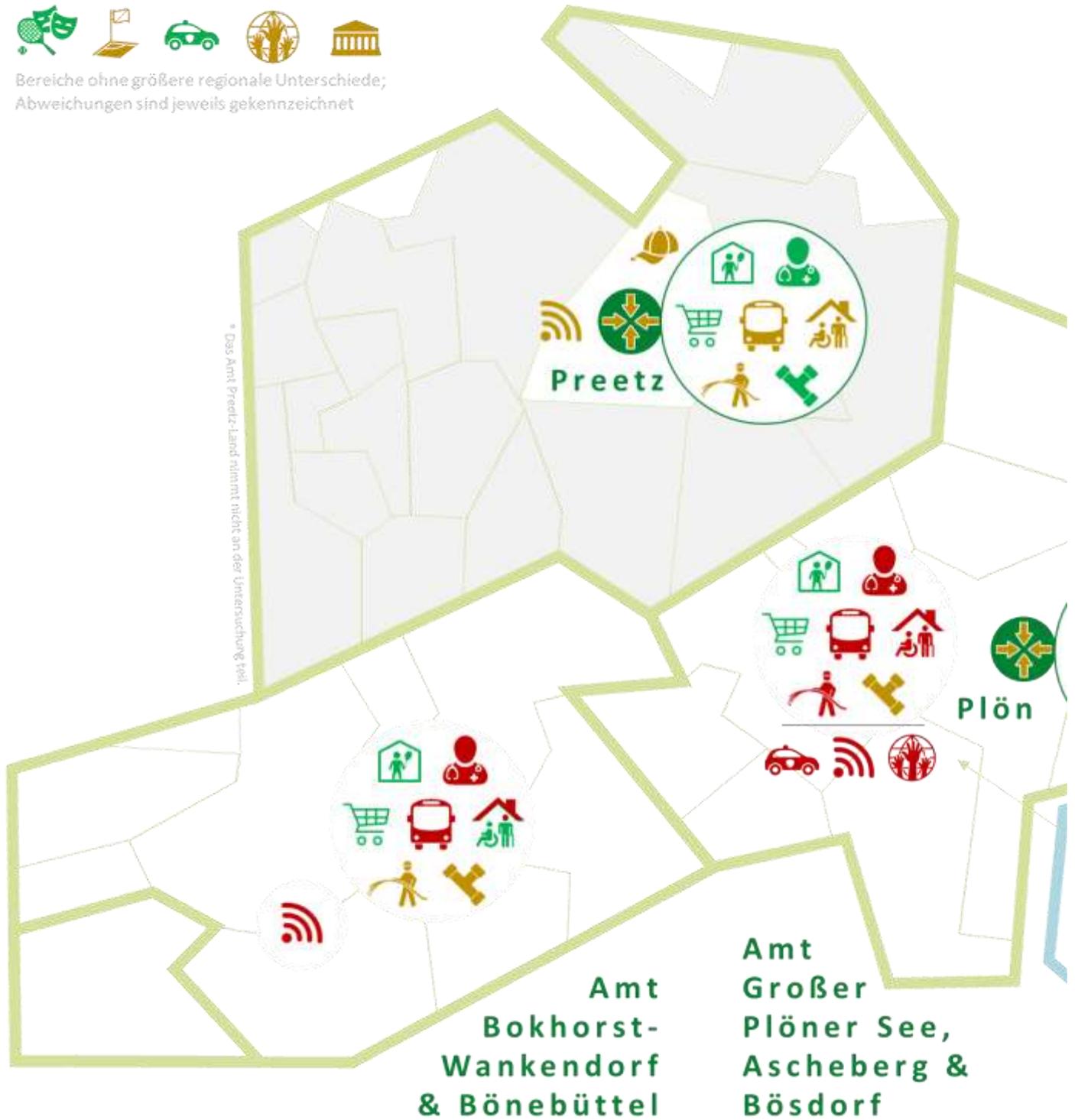
Ansätze
stark eingeschränkt

Ist-Zustand
Perspektive
Handlungsoptionen

Zuständigkeit	Öffentlicher Nahverkehr	technische Infrastruktur	Internet	Kinderbetreuung	Bildung	Begegnung	Jugend	Kultur & Sport	Sportstätten	Ärzte	Pflege	Feuerwehr	Sicherheit & Ordnung	Nahversorgung	Zentren	Verwaltung	Ehrenamt & lokale Identität
Land, Kreis, Kommune																	
	faktisch keine Versorgung außerhalb größerer Orte – Maßnahmen laufen	Versorgung gut, aber Sanierungsbedarfe; Finanzierung z.T. unklar	Ausbau läuft, Vollversorgung unsicher, schwarze Flecken unsicher	Versorgung weitestgehend gedeckt, aber knapp, Kosten steigen stetig	Versorgung meist sehr gut, Sanierung und Aufwertung läuft	gute Ausstattung; perspektivisch Finanzierung ungewiss	Einrichtungen defizitär, keine klaren Ziele, kaum Perspektive	ortsgerecht versorgt, zivilgesellschaftliche Trägerschaft gefährdet	ausreichende Angebote, Sanierungsbedarfe werden i.d.R. angegangen	Angebote überfüllt, z.T. lange Wege, Nachfolgen ungewiss, Konzentration	Dienste und Einrichtungen überfüllt, Bedarf steigt, Personal nicht in Sicht	noch fast vollständig; große Personal- und Geldprobleme, System defizitär	Sicher, aber kleinere Kommunen ohne Präsenz, Ordnung eingeschränkt	Versorgung gut und wird aufgewertet – aber Süsel fehlt Geschäft	viele Zentren, aber mit Funktionsverlusten, Perspektive ungewiss	Digitalisierung & Förderung überfordern Kommunen	viele Engagierte – aber Strukturen überlastet – Nachwuchs kritisch

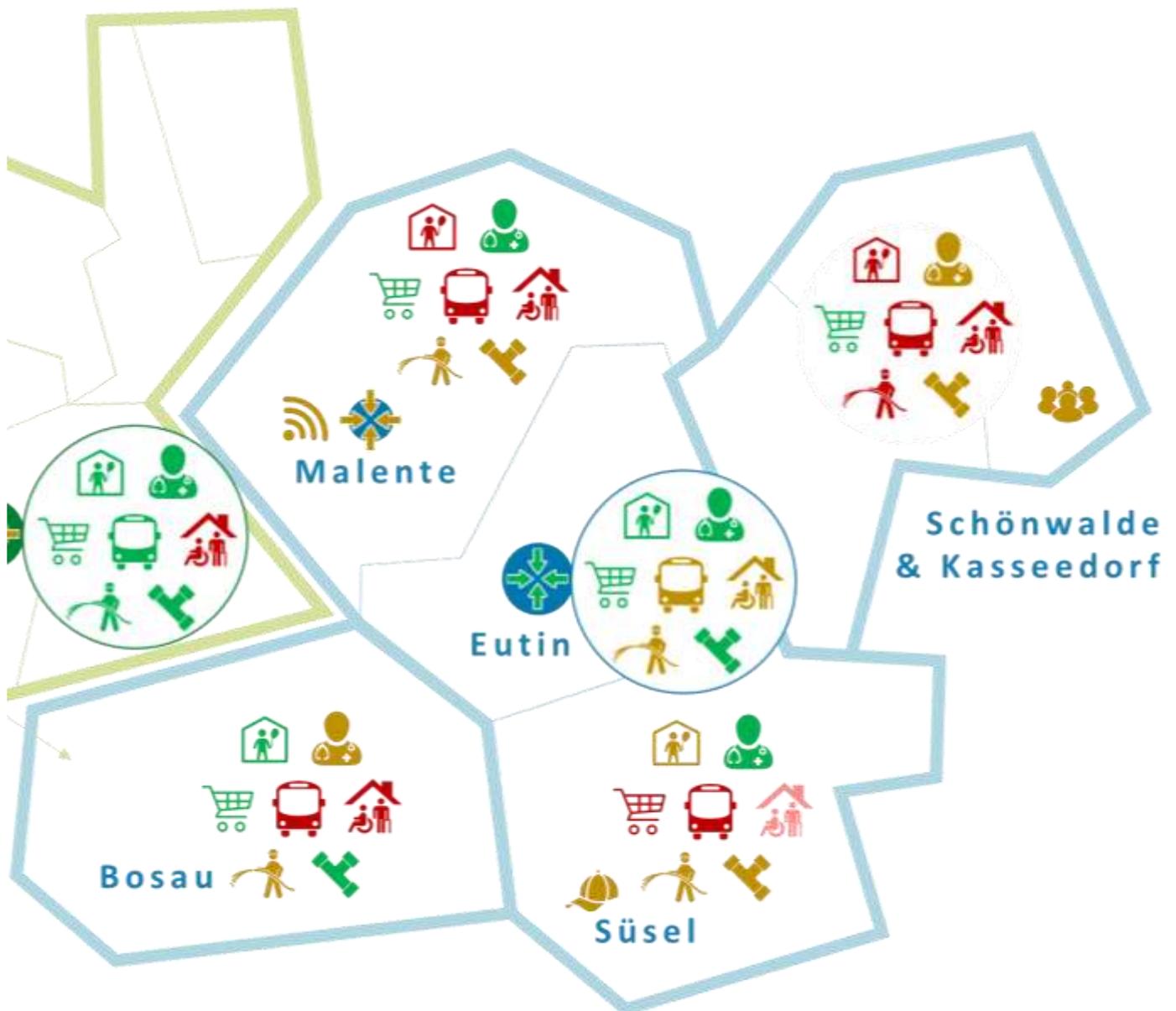


Bereiche ohne größere regionale Unterschiede;
Abweichungen sind jeweils gekennzeichnet



Versorgungssituation

Die Kommunen



Zuständigkeit

Verantwortung &
Trägerschaft

Land
Kreis
Kommune
frei/privat

Versorgungssituation & Handlungsoptionen

gut
eingeschränkt
kritisch

Ansätze
stark eingeschränkt

Ist-Zustand
Perspektive
Handlungsoptionen

Zuständigkeit	Land	Kreis	Kommune	frei/privat	Öffentlicher Nahverkehr	technische Infrastruktur	Internet	Kinderbetreuung	Bildung	Begegnung	Jugend	Kultur & Sport	Sportstätten	Ärzte	Pflege	Feuerwehr	Sicherheit & Ordnung	Nahversorgung	Zentren	Verwaltung	Ehrenamt & lokale Identität	
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		
	■	■	■	■																		

Handlungsbedarfe

Anpassungsbedarfe der Infrastruktur – notwendige weitere Untersuchungen – mögliche gemeinsame Maßnahmen – individuelle Unterstützung

Zusammenfassung der Bereichsbetrachtungen in Kapitel 4 & 5



Erreichbarkeit der Zentralorte auch für nicht eigenständig Mobile sicherstellen, zu ausreichend flexiblen Zeiten – Erwartungen und Möglichkeiten zwischen Kommunen und Kreisen offen besprechen – Option, Nahverkehr als ernsthafte Alternative zum Auto zu positionieren, durchdenken



Fähigkeit der Kommunen sichern, notwendige Sanierungen zu finanzieren – Zustand der Netzinfrastruktur und sonstigen technischen Ausstattung genauer untersuchen



Bund muss die selbstgesteckten Ziele (100%-Abdeckung GigaBit & 5G) mit ausreichender Finanzierung untermauern



Fördervolumen muss dem nötigen Ausbau angeglichen werden, möglichst über Mindeststandard, um eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen – Eltern müssen entlastet werden, damit Beiträge keine Nutzungshürde darstellen – Nachnutzungsoptionen für den anstehenden Bevölkerungsrückgang sollten bereits mitgedacht werden



Finanzierung notwendiger Sanierungs- und standortstärkender Maßnahmen muss auch für kleinere Kommunen gesichert werden – mittelfristig in attraktive Konzepte investieren, um Schulen zu profilieren



Sicherung lokaler Angebote und Treffpunkte als Anker der Ortsgemeinschaft – und deren Finanzierung



gemeinsam (mögliche) Ziele und Mindestanforderungen der Jugendarbeit definieren & Kommunen und Kreisen bewusst machen – funktionsfähige Angebote entwickeln



Stärkung der zivilgesellschaftlichen Trägerstrukturen – Optimierung der Bekanntheit der Angebote – Möglichkeiten, personelle und materielle Ressourcen gemeinsam zu nutzen, ausloten



Bewirtschaftung der Anlagen sicherstellen und optimieren – Finanzierung der Sanierungen sicherstellen – neue Wege finden, auch spezialisierten privaten Anlagen notwendige Sanierungen zu ermöglichen



Erreichbarkeit sicherstellen, vermutlich Alternativen zur ÖPNV-Anbindung notwendig – Niederlassungsschlüssel lockern, um Nachfolgen der Babyboom-Generation sicherzustellen - Hürden überwinden, um Region für Ärzte attraktiver und den Einstieg weniger finanziell riskant zu machen



Bereitstellung ausreichender Plätze – Qualifizierung von Personal (Lösungen für Personalmangel v.a. auf höherer Ebene) – Maßnahmen, die die allgemeine Pflegebedürftigkeit verringern – Perspektive seitens des Landes, wie der angestrebte Versorgungsgrad finanziert werden kann



Sicherung von Personal und Finanzierung – Angleichung von Anforderungen (v.a. für kleine, ländliche Wehren) und Finanzierung – Stärkung des Ehrenamts



gleichwertige (kurzfristige) Unterstützung in kleinen Kommunen bei kleineren Vergehen oder Gefahren – Verbesserung der Handhabe kleiner Kommunen bei Ordnungswidrigkeiten



Einzelhandelsgeschäft entwickeln für Süsel als Ort mit ergänzenden Versorgungsfunktionen der gleichnamigen Gemeinde



Attraktivierung und Stabilisierung des Angebots – Schaffung hochwertigen Freiraums



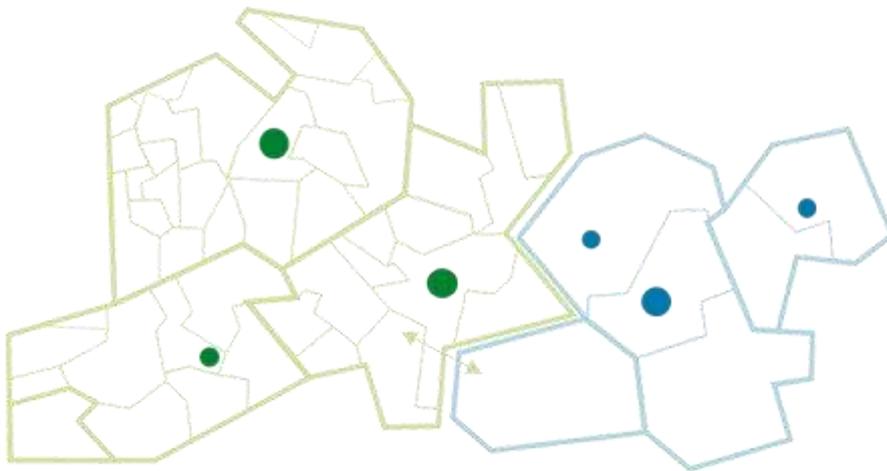
Kommunikation zwischen Kreis und Kommunen verbessern, um angestrebte Funktionsteilung zu ermöglichen – Unterstützung für Kommunen bei Themen, die sie alleine nicht bewältigen können



neue Wege finden zur Stärkung der lokalen Identifikation und des Bewusstseins für die gemeinsame Verantwortung für den Ort – der Staat muss die Arbeits- bzw. Wirkungsbedingungen im Ehrenamt attraktiver gestalten – notfalls Trägerstrukturen essenzieller Infrastrukturen für den Ausfall des Ehrenamts aufstellen

Versorgungssituation

Kommunen Kreis Ostholstein



3 Zentralorte
2 Nahbereiche
 ca. 95.000 EW

aktuelle Themen

Glasfaser-Ausbau – Mobilitätsstrategien – Schulprofilierung –
 Feuerwehr-Struktur – Kommunalfinanzen – Zentrenentwicklung

Schwerpunkte



mögliche Projekte

Kommunikation & Austausch – Mobilitätsstrategie – Unterstützung
 der Kommunen – Zweckverbände – mobile Ärzteversorgung



* von 2011 bis 2016
 **Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung
 *** der vor Ort Beschäftigten
 **** der vor Ort Wohnhaften

Zuständigkeit

Verantwortung &
Trägerschaft

Land
Kreis
Kommune
frei/privat

Versorgungssituation & Handlungsoptionen

gut
eingeschränkt
kritisch

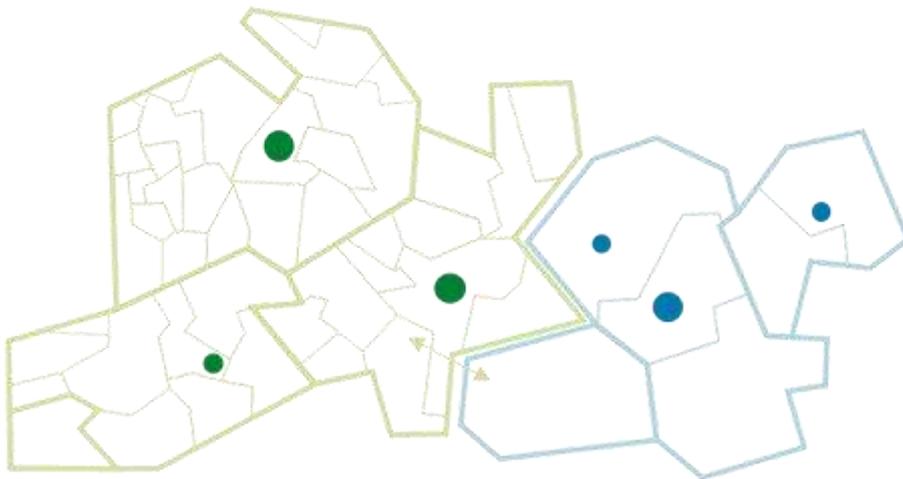
Ansätze
stark eingeschränkt

Ist-Zustand
Perspektive
Handlungsoptionen

Zuständigkeit	Träger	Icon	Ist-Zustand	Perspektive	Handlungsoptionen	Beschreibung
Öffentlicher Nahverkehr	Land, Kreis, Kommune		kritisch	eingeschränkt	Ansätze	faktisch keine Versorgung außerhalb größerer Orte – Maßnahmen laufen
technische Infrastruktur	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	Ansätze	Versorgung gut, aber Sanierungsbedarfe; Finanzierung z.T. unklar
Internet	Land, Kreis, Kommune		kritisch	gut	Ansätze	Ausbau läuft, fast Vollversorgung, schwarze Flecken unsicher
Kinderbetreuung	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	Ansätze	Versorgung weitestgehend gedeckt, aber knapp, Kosten steigen stetig
Bildung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	Ansätze	Versorgung meist sehr gut, Sanierung und Aufwertung läuft
Begegnung	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	Ansätze	gute Ausstattung; perspektivisch Finanzierung ungewiss
Jugend	Land, Kreis, Kommune		kritisch	eingeschränkt	Ansätze	Einrichtungen defizitär, keine klaren Ziele, kaum Perspektive
Kultur & Sport	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	Ansätze	ortsgerecht versorgt, zivilgesellschaftliche Trägerschaft gefährdet
Sportstätten	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	Ansätze	meist viele Angebote, Sanierungsbedarfe werden i.d.R. angegangen
Ärzte	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	Ansätze	Angebote überfüllt, z.T. lange Wege, Nachfolgen ungewiss, Konzentration
Pflege	Land, Kreis, Kommune		kritisch	eingeschränkt	Ansätze	Dienste und Einrichtungen überfüllt, Bedarf steigt, Personal nicht in Sicht
Feuerwehr	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	Ansätze	noch fast vollständig; große Personal- und Geldprobleme, System defizitär
Sicherheit & Ordnung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	Ansätze	Sicher, aber kleinere Kommunen ohne Präsenz, Ordnung eingeschränkt
Nahversorgung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	Ansätze	Versorgung gut und wird aufgewertet – aber Süsel fehlt Geschäft
Zentren	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	Ansätze	im Verhältnis starke Zentren, Funktionsverluste, Perspektive ungewiss
Verwaltung	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	Ansätze	Digitalisierung & Förderung überfordern Kommunen
Ehrenamt & lokale Identität	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	Ansätze	viele Engagierte – aber Strukturen überlastet – Nachwuchs kritisch

Versorgungssituation

Kommunen Kreis Plön



3 Zentralorte
5 Nahbereiche
ca. 95.000 EW

aktuelle Themen

Glasfaser-Ausbau – Mobilitätsstrategien – Feuerwehr-Struktur – Kommunalfinanzen – Zentren – Gemeinschaft & Verantwortung

Schwerpunkte



mögliche Projekte

Kommunikation & Austausch – Mobilitätsstrategie – Unterstützung der Kommunen – mobile Ärzteversorgung – selbstständiges Wohnen



* von 2011 bis 2016

**Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung;
Zahlen aufgrund Zensus 2011 (Neuzählung ohne Kaserne Plön) verfälscht

*** der vor Ort Beschäftigten

**** der vor Ort Wohnhaften

Zuständigkeit

Verantwortung &
Trägerschaft

Land
Kreis
Kommune
frei/privat

Versorgungssituation & Handlungsoptionen

gut
eingeschränkt
kritisch

Ansätze
stark eingeschränkt

Ist-Zustand
Perspektive
Handlungsoptionen

Zuständigkeit	Träger	Icon	Ist-Zustand	Perspektive	Handlungsoptionen	Beschreibung
Öffentlicher Nahverkehr	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	faktisch keine Versorgung außerhalb größerer Orte – Maßnahmen laufen
technische Infrastruktur	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	Versorgung gut, aber Sanierungsbedarfe; Finanzierung z.T. unklar
Internet	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	Ausbau läuft, Vollversorgung unsicher, schwarze Flecken unsicher
Kinderbetreuung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	stark eingeschränkt	Versorgung gedeckt, aber knapp, Kosten steigen stetig
Bildung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	stark eingeschränkt	Versorgung meist sehr gut, Sanierung und Aufwertung läuft
Begegnung	Land, Kreis, Kommune		gut	eingeschränkt	stark eingeschränkt	gute Ausstattung; perspektivisch Finanzierung ungewiss
Jugend	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	stark eingeschränkt	Einrichtungen defizitär, keine klaren Ziele, kaum Perspektive
Kultur & Sport	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	stark eingeschränkt	ortsgerecht versorgt, zivilgesellschaftliche Trägerschaft gefährdet
Sportstätten	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	ausreichende Angebote, Sanierungsbedarfe werden i.d.R. angegangen
Ärzte	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	stark eingeschränkt	Angebote überfüllt, z.T. lange Wege, Nachfolgen ungewiss, Konzentration
Pflege	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	stark eingeschränkt	größtenteils überfüllt, Bedarf steigt, Personal nicht in Sicht
Feuerwehr	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	stark eingeschränkt	noch fast vollständig; große Personal- und Geldprobleme, System defizitär
Sicherheit & Ordnung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	stark eingeschränkt	Sicher, aber kleinere Kommunen ohne Präsenz, Ordnung eingeschränkt
Nahversorgung	Land, Kreis, Kommune		gut	gut	stark eingeschränkt	Versorgung gut und wird aufgewertet
Zentren	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	viele Zentren, aber mit Funktionsverlusten, Perspektive ungewiss
Verwaltung	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	gut	stark eingeschränkt	Digitalisierung & Förderung überfordern Kommunen
Ehrenamt & lokale Identität	Land, Kreis, Kommune		eingeschränkt	eingeschränkt	stark eingeschränkt	viele Engagierte – aber Strukturen überlastet – Nachwuchs kritisch

6.2 aktuelle Schwerpunktthemen der Kommunen

Die folgenden Themen haben sich in den Gesprächen mit den Kommunen als Schwerpunktthemen herausgebildet. Die Auswahl der Impuls-Projekte in Kapitel 7.1 berücksichtigt diese Gewichtung.

Schwerpunkte der Gesamtregion

- **Mobilität** - heterogene Äußerungen mit konstantem Kern: es fehlt Anbindung
- **Feuerwehr** - Probleme mit Personal und Finanzierung immer neuer Anforderungen bei Erhaltung der Flächenabdeckung und gesellschaftlich wichtigen Ortswehren
- **Pflege** - überfüllte Angebote aus Personalmangel
- **Ehrenamt** - ehrenamtliche Trägerstrukturen, aber auch lokale Identität / Verantwortung für die Kommune allgemein
- **Ärzte** - lange Wartezeiten, immer weniger Ärzt/innen

Schwerpunkte ländlicher Kommunen

- **Gemeinschaftseinrichtungen** - wie finanzieren?
- **Zustand technischer Infrastruktur** - perspektivisch sehr teuer

Schwerpunkte der größeren Kommunen

- **Zentren** - größere Maßnahmen überall in Arbeit
- **Bildung** - Sanierung, Aufwertung, Profilierung - läuft
- **Gesundheitsstandort** weiterentwickeln (Eutin, Preetz) - läuft
- **Sport und Kultur** (Eutin, Malente) - läuft
- **Wärmenetze** - nur im Kreis Plön

Themen einzelner Kommunen

- **Dorfladen** und Geldautomat (Süsel)
- **Kita-Ausbau** (Preetz, Malente, Kasseedorf, Überprüfung in Süsel)
- Kasseedorf wünscht sich ein **Mehrgenerationenhaus**

6.3 Zuständigkeiten

Die folgende Grafik fasst die Verantwortung und Trägerschaft der verschiedenen Ebenen für die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge zusammen:

Bereich	Zuständigkeit	Verantwortung & Trägerschaft				
		Land	Kreis	Kommune	frei/privat	
Öffentlicher Nahverkehr						Verantwortung für Schienenverkehr beim Land, für Busse beim Kreis Trägerschaft der Fahrten durch Private (Rohde/NOB und Autokraft), Ausnahme Verkehrsbetriebe Kreis Plön, finanziert durch Kreise
technische Infrastruktur						kommunale Pflichtaufgaben, Netze Eigentum der Kommunen, Versorgung durch kommunale Unternehmen, Zweckverbände oder (v.a. Strom) Private; Straßensanierung durch Kommunen oder Zweckverband
Internet						Bund und Land setzen Versorgungsquoten fest, für deren Erfüllung sind sie selbst bzw. die Mobilfunk-Netzbetreiber verantwortlich; Träger der Glasfasernetze sind Private, Kommunalwerke & kommunale Zweckverbände
Kinderbetreuung						Sicherstellung Aufgabe des Kreises, Bereitstellung Aufgabe der Kommunen, Trägerschaft der Einrichtungen durch Kommune selbst, soziale Träger oder andere Vereine / Zusammenschlüsse, Finanzierung durch alle + Eltern
Bildung						allgemeinbildende Schulen in Trägerschaft der Kommunen, Ausnahme Gymnasien im Kreis Plön in Trägerschaft des Kreises; Schülerverkehr und quantitative Bedarfsplanung (Prognose Schülerzahlen) Aufgabe der Kreise
Begegnung						meiste Angebote von freien Trägern, häufig Ortswehren oder Sportverein, oder Kommunen; Kreise unterstützen soziale Zwecke und sind Aufgabenträger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
Jugend						Kreise sind Träger der Jugendhilfe, Kreisjugendringe als Dachorganisation der Jugendeinrichtungen werden durch Kreise gefördert; Einrichtungen werden durch freie Wohlfahrts-träger oder vereinzelt Kommunen betrieben
Kultur & Sport						Kultur versch. öffentliche, freie und kommerzielle Akteure; Sport Vereine und vereinzelt öff. Einrichtungen oder kommerzielle Akteure; Bibliotheken, Kreismuseen, Volkshochschulen oder Musikschulen sind institutionalisiert
Sportstätten						weitestgehend in Trägerschaft der Kommunen (inkl. Schulen); größere Vereine und speziellere Sportarten besitzen auch eigene Anlagen; Bewirtschaftung durch Kommunen oder Vereine
Ärzte						Praxen in Trägerschaft der Ärzt/innen, Ärztezentren in kommunaler Hand gibt es in Region noch nicht; Sicherstellung der Versorgung Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, gesteuert durch den Bund
Pflege						für die Sicherstellung der Versorgungsstruktur sind die Kreise zuständig, die Dienste und Einrichtungen sind in Trägerschaft freier oder kommerzieller Anbieter
Feuerwehr						Verantwortung und Trägerschaft für die freiwilligen Feuerwehren liegt bei den Kommunen; Koordination der Einsätze ist Aufgabe der Kreise
Sicherheit & Ordnung						Verbrechensbekämpfung Aufgabe des Landes, Ordnungsämter kommunal
Nahversorgung						private Trägerschaft, keine Zuständigkeit für die Gewährleistung der Versorgung
Zentren						Sicherung von Zentralorten ist Aufgabe des Landes, für den Rest ist die Kommune zuständig
Verwaltung						Kommunen sind für ihre Verwaltung selbst verantwortlich, aber Kreise sollen Funktionen übernehmen, die die Kommunen entlasten und strukturelle Software muss vom Land bereitgestellt werden

Abbildung 32: Zuständigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge

7. Empfehlungen

Aktuell unterliegt die Einwohnerentwicklung in der Region einer guten Konjunktur; das gilt vor allem für die größeren Orte. Dennoch ist die realistische Perspektive eine immer stärkere Schrumpfung - sowohl rein rechnerisch, denn die Entwicklung aus aktueller Bevölkerung und Kinderquote pro Frau ist nicht zu leugnen, als auch hinsichtlich der aktuellen Zuwanderungen, die nicht endlos ausschöpfbar sind, wie sich bereits in den aktuellen Zahlen für 2017 zeigt.

Um also eine ernsthafte Chance auf eine Entwicklung entsprechend dem positivsten der drei Entwicklungsszenarien aus Kapitel 2.7.2 zu ermöglichen, sind größere Aufwände nötig; müssen „alle Strippen gezogen werden“. Sich auf dem aktuellen Hoch auszuruhen, sich auf Glück zu verlassen oder zu resignieren, wäre höchst gefährlich.

Drei zentrale Empfehlungen bieten eine Basis für eine erfolgreiche Entwicklung:



1. unattraktive Versorgung ist ein Teufelskreis

Der Ansatz, der diesem Masterplan Daseinsvorsorge zugrunde liegt, einen Gesamtüberblick über die zentralen Bereiche der Versorgung der Einwohner/innen zu gewinnen, ist richtig und wichtig und muss in den Köpfen aller lokalen Akteur/innen verankert sein. Wird das Themenfeld unterschätzt, drohen in naher Zukunft massive Attraktivitätseinbußen.

Die Perspektive für Bewohner, keine vollwertige Versorgung nutzen zu können - besonders im Alter, wenn man umso mehr darauf angewiesen ist - und so möglicherweise hilflos ausgeliefert zu sein, ist ein hoher Unsicherheitsfaktor und kann damit für viele ein Grund werden, die Region zu verlassen. Auf diese Weise ist eine unsichere Versorgungssituation mit dafür verantwortlich, ihre eigene Klientenbasis zu schwächen. Im Gegenzug ist die Kommunikation einer guten Daseinsvorsorge-Situation nach außen einfache Werbung für eine Kommune oder Region.

Aus diesem Grund muss Kommunen und Kreisen die genaue Kenntnis und, auch über Hürden, die gemeinsame Bearbeitung des Problems höchstes Anliegen sein. Dazu gehört auch eine strategische und übergreifende Beschäftigung mit dem Thema auf Ebene der Kreise, die bisher nicht in ausreichender Form geschieht.



2. Kommunikation ist essenziell

Kreise und Kommunen müssen sich an einen Tisch setzen und ernsthaft gemeinsam die Probleme besprechen, die sich im MPDA ergeben haben. Die Schwierigkeiten der Vergangenheit müssen zumindest für die aktuellen Handlungserfordernisse außen vorgelassen werden - beide Ebenen sind wichtige Verantwortliche für die Daseinsvorsorge, die auf Augenhöhe gemeinsam für eine Versorgung ihrer Einwohner/innen sorgen müssen.

Die Kreise zeigen sich beide willens, im Bereich Daseinsvorsorge umzudenken und aktiver zu werden. Die AktivRegion tritt als neue und willige Akteurin, die vermitteln und fördern kann, in den Bereich der Daseinsvorsorge ein. Damit besteht die Möglichkeit, diesen Prozess als Startpunkt für neue Lösungsansätze zu nutzen.

Das bedeutet, dem Prozess eine Chance zu geben und nicht von Beginn an resigniert zu sein. Es bedeutet, die eigenen Positionen darzulegen und auch ein Hinterfragen zuzulassen. Vor allem bedeutet es, mit der eigenen Situation ehrlich zu sein.

Dazu gehört auch, Transparenz zu schaffen - viele Gesprächspartner äußern diesen Wunsch. Wer ist wofür zuständig, auf welcher Grundlage werden Entscheidungen zur Versorgung getroffen? Welche Versorgung lässt sich verbessern, wenn sie abgestimmt wird - zwischen Anbieter/in und Abnehmer/in, zwischen verschiedenen Anbieter/innen? Wo bestehen Kapazitäten von Angeboten der Daseinsvorsorge, aber auch im Wohnraum, die nicht an anderer Stelle doppelt geschaffen werden brauchen? Was wird in der Region geplant, was sind die Themen der anderen Kommunen, wo finden sich bereits gute Lösungsansätze?

Kooperationen gibt es bereits viele in der Region. Dieses Potenzial muss ausgereizt werden, denn eine starke und attraktive Region ist wichtig für alle Kommunen. Die Kommunen der Region hängen miteinander zusammen; auch Zentren leben von der Nachfrage aus dem Umland. Ausfälle einzelner Kommunen schaden auch den restlichen Kommunen.

Um dieses regionale Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, übernehmen die Kreise übergeordnete Aufgaben der Kommunalverwaltungen. Dass Kommunen mit der Ausführung von Kreisaufgaben unzufrieden und gleichzeitig mit ihren eigenen Aufgaben überfordert sind, aber nicht auf die Unterstützung der Kreise zurückgreifen, ist ein Zeugnis beidseitig defizitärer Kommunikation.

Kommunikation und Kooperation dürfen natürlich nicht bei Kommunen und Kreisen enden. Auch die Einbindung von Entscheidungsträger/innen (Träger der Infrastruktur, Politik) und Abnehmer/innen (Einwohner/innen) muss an der jeweiligen Stelle berücksichtigt werden.



3. Mobilität ist die Grundlage

Als abschließende der zentralen Empfehlungen steht die Berücksichtigung der Rolle der Mobilität. Ungeachtet dessen, dass möglicherweise viele Einwohner/innen auf ein eigenes Auto oder Nachbarschaftshilfe zurückgreifen können, ist es gerade Aufgabe der Daseinsvorsorge, auch diejenigen zu erreichen, die sich nicht selbst versorgen können.

Ist die Zahl derjenigen, die den ÖPNV wirklich brauchen, damit zu klein, um den ÖPNV zu finanzieren, muss auch über ein Umdenken nachgedacht werden: Weg von einer „Lücken-Versorgung“, hin zu einem expansiven Modell, das aufgrund seiner Attraktivität seine Kundenbasis über den „Notbedarf“ hinaus erweitert.

7.1 mögliche Impuls-Projekte

Die Auswahl der folgenden Projekte stützt sich auf mehrere Grundgedanken. Priorität hat die Handlungsfähigkeit der Verwaltungen, da ohne diese tendenziell jede andere Maßnahme unnötig aufwändiger und ineffektiver wird. Besondere Berücksichtigung finden zudem die Schwerpunktthemen der Kommunen aus Kapitel 6.2 und die in den Gesprächen geäußerten Ansätze, für die verschiedene Akteur/innen bereits Interesse oder erstes Engagement aufbringen. Diese Berücksichtigung soll gewährleisten, dass bereits Interesse an bzw. eine grundlegende Identifikation mit den Ansätzen besteht. Zuletzt lässt sich in vielen Bereichen nicht direkt Einfluss nehmen. Auch können beschädigte oder veraltete Systeme nicht immer stabilisiert werden. Häufig sind deshalb ausweichende und Entlastungsmaßnahmen erfolgsversprechender.

Die folgenden **zehn Vorschläge für Impulsprojekte** werden als realisierbarer und potenter Einstieg in die „aktive Phase“ des Masterplans Daseinsvorsorge (MPDa) für die AktivRegion erachtet.

regelmäßige Gesprächsrunden 1

- Die fehlende Kommunikation ist das zentrale Thema, das die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand behindert und mögliche gemeinsame Lösungsansätze verhindert.
- Im Rahmen des MPDa sollten regelmäßige Gesprächsrunden aus Kommunen, Kreisen, AktivRegion und weiteren bereichsspezifisch wichtigen Akteur/innen zu den Themenfeldern der Daseinsvorsorge eingerichtet

werden. Sie sollten nicht pauschal, sondern organisiert und zielgerichtet stattfinden.

- Die Gespräche müssen auf Augenhöhe und ohne Hierarchie stattfinden. Deshalb sollten sie an wechselnden Orten, zunächst vielleicht auch auf „neutralem Boden“, stattfinden.
- Auf diese Weise soll ein gemeinsamer Wissensstand⁵³ über Situation, Bedarfe, Vorstellungen und Zuständigkeiten sichergestellt und die Handlungsmöglichkeiten und u.U. auch darüberhinausgehende Bedarfe gemeinsam auslotet werden.
- Rolle der AktivRegion: Vernetzung & Moderation
- Gelingt es, eine Gesprächsbasis auf Augenhöhe, einen guten Austausch und einen respektvollen Umgang zu erreichen, sollten mittelfristig Dokumentation und Koordination des Austauschs, in der dann etablierten Form, durch die Kreise erfolgen - bspw. durch Schlüsselstellen für strategische Daseinsvorsorge. Die AktivRegion sollte nur so lange als Katalysator agieren, wie es erforderlich erscheint.



Mobilitätsstrategie

2

- Obwohl bereits viele Planungen und Maßnahmen im Bereich Mobilität laufen - in beiden Kreisen - ist es zu essenziell, um nicht über eine „große Lösung“ zu sprechen. Wie beschrieben sind viele der Maßnahmen darauf ausgerichtet, eine Grundversorgung herzustellen, also „Lücken zu schließen“.
- Um eine attraktive, zukunftsfähige und auch nach außen positiv wahrgenommene (also als positives Zuzugskriterium) fungierende Mobilität zu erreichen, werden diese Ansätze mit großer Sicherheit nicht ausreichen.
- Deshalb muss über die Möglichkeiten einer Mobilitätsstrategie nachgedacht werden, die ein Umdenken signalisiert - dahingehend, dass Fahrgäste als Kunden und die Gesamtbevölkerung als Kundenpotenzial gesehen wird, das es mit einem attraktiven Angebot zu akquirieren gilt. Nicht nur, um eine wirtschaftlich tragfähige Auslastung zu erzielen, sondern auch um die Verkehrs- und Stellplatzbelastung in Durchfahrtsstraßen und Zentren zu reduzieren.
- Als Grundlage kann eine breite Erhebung des Fahrgastpotenzials dienen, quer durch Vereine und Altersgruppen und Institutionen, die Fahrtziele darstellen. Da auch die Verflechtungen mit dem Umland einbezogen werden müssen, sollten auch benachbarten Städte und AktivRegionen einbezogen werden.

53 Die Einschätzung der Situation geht zwischen Kommunen und Kreisen zum Teil deutlich auseinander.

- Auf Basis dieser Erhebung sollte entschieden werden, ob ein detailliertes, „ausgetüfteltes“ Konzept, wie es bspw. das Konzept „Muldental in Fahrt“ erscheint, für die Region wünschenswert ist.
- Rolle der AktivRegion: Förderung oder Beauftragung des Konzepts, anfängliche Moderation des Prozesses
- Parallel und/oder integriert sollten die bereits vorhandenen Handlungsansätze verbreitet werden - wie bspw. die Beratungsangebote der KielRegion für Mobilitätsstationen oder Dorf-Auto-Sharing (s. auch Konzept Dörpsmobil SH“ des AktivRegionen-Netzwerks).



Projekte erleichtern + ermöglichen

3

- Gerade für größere und/oder multifunktionale Daseinsvorsorgeprojekte stehen in kleinen Kommunal- bzw. Amtsverwaltungen nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung, dies betrifft die oft anspruchsvollen Projektvorbereitungen, -finanzierungen und -begleitungen gleichermaßen. Schwierigkeiten mit der Finanzierung benötigter oder gewünschter Investitionen waren vor allem in den Gesprächen mit kleineren Gemeinden ein zentrales Thema. Kommunen und Ämter arbeiten häufig an ihren Kapazitätsgrenzen, Bürgermeister/innen agieren als Projektleiter - die Fördermittelakquise oder Konzeption alternativer Finanzierungsansätze stellt einen zusätzlichen Aufwand dar, der Projekte verzögert oder gar nicht erst ermöglicht. Da ein entsprechender Personalaufbau für diese spezialisierten, aber eben nur temporären, Aufgaben nicht sinnvoll ist, sind andere Wege zur „Erleichterung + Ermöglichung“ von Daseinsvorsorgeprojekten notwendig.
- Die Nutzung aus den Erfahrungen der bundesweit und auch in Schleswig-Holstein wachsenden Anzahl an vielfältigsten „guten“ Daseinsvorsorge-Beispielprojekten ist dafür ein wichtiger Baustein. Hierbei kann das gut vernetzte Regionalmanagement der Aktivregion unterstützen und ggf. könnte auch eine landesweite Aufbereitung von Beispielprojekten zu einem Projektpool hilfreich sein,
- Bei der Suche nach geeigneten Finanzierungs- und Förderwegen könnten auch die Wirtschaftsförderungen der Kreise stärker unterstützen; so wurde bei der Wirtschaftsförderung des Kreises eine entsprechende Personalstelle geschaffen. Auf die Fördermöglichkeiten der Aktivregion im Rahmen der Umsetzung der IES sei auch hier nochmals verwiesen. Ab 2019 sind zudem regionale „ländliche Regionalbudgets“ aus Bundesmitteln vorgesehen, die für Daseinsvorsorgeprojekte genutzt werden könnten. Für kleinere Projekte und Konzepte könnte so die AktivRegion z. B. zudem die Möglichkeit eines „Handgeld“-Fördertopfes ausloten, über den kleinere Summen außerhalb komplizierter Antragsverfahren verfügbar wären.

- Für größere Daseinsvorsorgeprojekte wird aber im Regelfall immer die frühzeitige Einbeziehung externer Kompetenz notwendig sein, was auch gefördert werden kann.



Zweckverbände stärken

4

- Auch die Finanzierung von Pflichtleistungen fällt vielen kleineren Kommunen schwer - notwendige Sanierungen der technischen Infrastruktur, die ständig neue Ausstattung der Feuerwehren, die Beseitigung von Vermüllung.
- Der Schwarzdeckenerhaltungsverband, der ZVO, der Feuerlöschverbund Groß Plön, der Abwasserzweckverband Preetz und Pohnsdorf, der Schulverband Plön und Umland u.v.m. - viele Zweckverbände machen es vor, dass die gemeinsame Organisation aufwändiger oder spezialisierter Aufgaben ein Erfolgsmodell ist.
- Vom Kreis Ostholstein kam das Signal, dass Interesse daran besteht, Zweckverbände zu stärken.
- Es sollte genau erfasst werden, welche Kommunen in welchen Bereichen Finanzierungsprobleme haben. Es sollten Faktoren untersucht werden, weshalb bisherige Ansätze gescheitert sind und mit welcher Unterstützung ein neuer Versuch gelingen kann. Es sollten die Erfolgsfaktoren der zahlreichen erfolgreichen Zusammenschlüsse untersucht werden.
- Dafür sollte im Vorfeld eine kleine Arbeitsgruppe mit den bereits im Vorfeld positiv eingestellten Akteur/innen einberufen werden, um gemeinsam das grundlegende Vorgehen zu entwickeln.
- Die wichtigsten Themenfelder wären die Sanierung von technischen Infrastrukturen und die gemeinsame Beschaffung von Ausstattung für Feuerwehren.⁵⁴ Im Plöner Umland könnte eine gemeinsame Entfernung von Vermüllung oder anderen Schäden interessant sein.
- Aber auch im Bereich der Wärmenetze, deren Umsetzung als sehr kompliziert beschrieben wird, könnte ein Zweckverband oder eine Schlüsselstelle (Beratung, Koordination, Umsetzung) die Zugänglichkeit zum Thema verbessern. Unterstützungsmöglichkeiten bestehen auch über die Klimaschutzmanager der Kreise, beim Kreis Plön liegt ein Schwerpunkt beim Thema Wärme.

⁵⁴ Wie im Löschverbund Groß Plön können, soweit möglich, Gerätschaften an zentraler Stelle gemeinsam bereitgestellt werden, was die Kosten vor Ort reduzieren kann, aber gleichzeitig die Arbeit durch möglicherweise zusätzliche Technik auch attraktiver machen kann.



Weißbuch digitale Verwaltung

5

- Als zweiter großer Punkt, der viele Kommunalverwaltungen überfordert, wurde die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit genannt. Es fehle an klaren Richtlinien und sogar an kompatibler Software.
- Ein Thema für die gemeinsamen Gesprächsrunden von Kommunen und Kreisen sollte die gemeinsame Erarbeitung eines Weißbuchs für Digitalisierungskonzepte der Verwaltungen sein - und, wenn es sich als notwendig erweist, auch die Möglichkeiten tatkräftiger Unterstützung.
- Rolle der AktivRegion: Vernetzung & Moderation



Detailanalysen Fehlbedarfe

6

- Die Versorgung in den Bereichen Ärzt/innen und Pflege ist kritisch, aber die genaue Situation und der verräumlichte Fehlbedarf sind nicht bekannt. Als Grundlage für Handlungsansätze und für die Artikulation der Problematik gegenüber den verantwortlichen Stellen sollte präzises Wissen über die Situation vorliegen.
- Eine detaillierte Untersuchung der Auslastung und Erreichbarkeit der Ärzt/innen und Pflegeeinrichtungen und -dienste wird als Teil der 2. Stufe des MPDa empfohlen.
- Rolle der AktivRegion: Förderung oder Beauftragung der Analyse



Jugendarbeit modernisieren

7

- Nur in Preetz wurde die Situation der lokalen Jugendarbeit als positiv beschrieben, viele Kommunen äußern sich ratlos. Die Vorstellungen, was die Jugendarbeit leisten soll, gehen deutlich auseinander.
- Es braucht eine Zielvorstellung, welche Möglichkeiten es gibt und was Kreise und Kommunen wünschen. Dann braucht es Lösungsansätze - was allerdings ein so schwieriges Thema ist, dass sich schon der Experimentelle Wohnungs- und Städtebau der Bunds damit befasst hat.

- Für das Modul II des MPDa wird eine Best-Practice-Recherche für den Bereich Jugendarbeit empfohlen - es soll herausgefunden werden, ob es erfolgreiche und potenziell übertragbare Ansätze für die Region gibt.
- Es sollte ein Austausch zu Jugendarbeit angestoßen werden - eine Gesprächsrunde zum Thema, v.a. zwischen den Kommunen, die nach einem ersten Austausch kurzfristig durch die Best-Practice-Recherche unterfüttert wird. Preetz als scheinbarer Erfolg, aber auch erfahrene Akteur/innen wie der DKSB Ostholstein sollten als Inputgeber Teil der Gesprächsrunde sein.



selbstständiges Wohnen

8

- In fast der gesamten Region sind Pflegeangebote überlastet und die Situation wird sich weiter zuspitzen. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, die - zumindest perspektivisch - den Pflegebedarf lindern. Dazu gehört vor allem, die Selbstständigkeit älterer Menschen in der eigenen Wohnung zu verbessern.
- Vielen Kommunen ist das Thema bereits bewusst und dort, wo es wirtschaftlich attraktiv ist, bauen private Investoren bereits solche Wohnangebote. In anderen Kommunen zeigen Investoren bisher kein Interesse.
- Diese Kommunen sollten dabei unterstützt werden, solche Wohnformen zu entwickeln - mithilfe von Weißbuch-Konzepten, Best-Practice-Ansätzen und Fördermöglichkeiten - oder bei der Akquise von Investoren unterstützt werden.
- Wo nötig, sollte das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass lange Selbstständigkeit im Alter den Pflegebedarf senkt und die Würde erhält.
- Rolle der AktivRegion: Sensibilisierung, Beratung, Vermittlung



mobile Ärzteversorgung

9

- Die Ärzteversorgung leidet am stärksten unter der defizitären ÖPNV-Ausstattung, da sie insbesondere die weniger Mobilen versorgt. Deshalb müssen Lösungen erörtert werden, die unabhängig von der ÖPNV-Versorgung in der Fläche Versorgung sicherstellen - auch für die mit dem steigenden Durchschnittsalter voraussichtlich zunehmende Zahl vollständig Immobiler.

- Das Thema ist bundesweit im ländlichen Raum sehr präsent und es gibt zahlreiche Ansätze für „Gemeindeschwester“-Modelle; mobile Pfleger/innen, die für grundlegende hausärztliche Untersuchungen geschult werden und, wenn nötig, eine/n Ärzt/in per Telemedizin zuschalten können.
- Ein solcher Ansatz könnte in Pilotprojekten auch in der Region angewendet werden.
- Rolle der AktivRegion: Förderung der Pilotprojekte, Unterstützung

Austauschplattform 10

- Wie eingangs im Kapitel benannt, besteht von vielen Seiten der Wunsch nach mehr Transparenz in der Region. Einige der Aspekte betreffen den Austausch zwischen Kommunen - um doppelte Strukturen und Angebote zu vermeiden, aber auch, um voneinander zu lernen.
- Es wird daher vorgeschlagen, in einer gemeinsamen Gesprächsrunde zu überlegen, welche Informationen gewünscht sind und welche bereitgestellt werden können und gemeinsam ein Format zu entwickeln.
- Inhalte sollten vor allem aktuelle und geplante Kapazitäten in Daseinsvorsorge und Wohnraum, die aktuellen Themen, mit denen sich beschäftigt wird, und Bereiche oder Maßnahmen, die Kommunen als besonders erfolgreich oder erfolglos beurteilen, umfassen. Kapitel 5 hat gezeigt, dass in der Region bereits einige erfolgreiche Ansätze erprobt wurden.
- Rolle der AktivRegion: Pflege der Plattform, Bereitstellung eines Grundstocks an Informationen, regelmäßige Abfragen und Verbreitung von Anregungen

	regelmäßige Gesprächsrunden	1
	Mobilitätsstrategie	2
	Projekte erleichtern + ermöglichen	3
	Zweckverbände stärken	4
	Weißbuch digitale Verwaltung	5
	Detailanalysen Fehlbedarfe	6
	Jugendarbeit modernisieren	7
	selbstständiges Wohnen	8
	mobile Ärzteversorgung	9
	Austauschplattform	10

Abbildung 33: Übersicht Impuls-Projekte

7.2 Organisation und Rolle der AktivRegion

Für die Umsetzung der Projekte sollte mit Kommunen und Kreisen gemeinsam in Arbeitsgruppen auf Augenhöhe gearbeitet werden. Ein solcher direkter Austausch der jeweiligen Interessen, Positionen und Rahmenbedingungen ist bisher im Bereich der Daseinsvorsorge offenbar zu kurz gekommen.

Hierbei sollten auch die großen Träger der Infrastrukturen, auch und insbesondere ehrenamtliche Strukturen, von Beginn an einbezogen werden.

Die „möglichen Impuls-Projekte“ sind allgemeine Empfehlungen für Maßnahmen - umsetzbar von Kreisen, Kommunen, Trägern oder Zusammenschlüssen - mit Unterstützung oder soweit finanziell möglich auch in Trägerschaft der AktivRegion. In der aktuellen Förderperiode ist dies wegen fehlender Vorfinanzierungsmittel nur schwer umsetzbar; für die kommende Förderperiode wäre alternative Finanzierungsconstellations der Aktivregion denkbar.

Hierbei ist es nicht das Ziel der AktivRegion - und das darf es auch nicht sein - in die Aufgaben anderer Institutionen einzugreifen oder ihnen Pflichten aufzugeben, die Teil eines funktionierenden Systems sein müssen, abzunehmen. Die AktivRegion agiert als Unterstützung, Beratung und, wo nötig, als Moderatorin und kann bei Projekten, die zusätzliche oder innovative Ansätze darstellen, in Einzelfällen auch als Träger agieren.

Die Möglichkeiten der AktivRegion umfassen folgende Ansätze:

- Vernetzung & Unterstützung - Anregung und Koordination von Arbeitsgruppen & sonstigem Austausch, Unterstützung bei Fragen der Regionalentwicklung (inkl. Finanzierung)
- Förderung inhaltlicher Vertiefung - Gutachten & Konzepte
- Förderung von projekt- oder themenbezogenen Personalstellen
- Förderung investiver Maßnahmen

Dabei gelten vor allem folgende Kriterien:

- Bedeutung über die kommunale Ebene hinaus
- keine Doppelstrukturen oder Abnehmen von Pflichten aufgaben, wo andere zuständig sind - die AktivRegion schaltet sich in größerem Rahmen nur in Bereichen ein, die über die Pflichten aufgaben hinausgehen

7.3 Vorschlag Modul II: vertiefte Untersuchungen und Best-Practice-Recherchen

In einigen Bereichen musste die vorliegende Untersuchung mit dem Urteil schließen, dass ein kritischer Zustand herrscht, konnte aber keine genaue Problembeschreibung oder greifbare Handlungsansätze formulieren.

Als Bestandteile eines weiterführenden Moduls II für den Masterplan Daseinsvorsorge werden daher vorgeschlagen:



- **Erhebung**, welche der benannten Sanierungsstaus die finanzielle Tragfähigkeit der Kommunen systembedingt überfordern - mit dem Ziel, **finanzielle Fehlbedarfe** deutlicher beziffern zu können



- **detaillierte Untersuchung** der Auslastung und Erreichbarkeit der Ärzt/innen und Pflegeeinrichtungen und -dienste - gute Beispiele hierfür finden sich u.a. in den Untersuchungen für Neustadt⁵⁵ (Abb. rechts) und Glückstadt⁵⁶



Abbildung 34: Erreichbarkeitsanalyse Hausärzte Neustadt und Umland [Quelle: s. Fußzeile]



- Best-Practice-Recherchen und **Entwicklung von Strategieansätzen** für die bisher scheinbar „aussichtslosen“



- Bereiche Jugend, Pflege und Ehrenamt (inkl. der davon betroffenen Bereiche, v.a. der Feuerwehr) - unter Einbezug der in der Region vorhandenen und in Entwicklung befindlichen Ansätze



- darüber hinaus sollte zu einem vergebenen Mandat die **Begleitung** bei Koordination und Umsetzung der aktuellen und kommenden Handlungsansätze gehören

55 Zukunftskonzept Daseinsvorsorge Neustadt in Holstein und Umland

56 Zukunftskonzept Daseinsvorsorge Glückstadt und Umland

8. Ausblick

Das Interesse am Thema in der Region ist in den Gesprächen deutlich geworden. Allerdings wurde es auch häufig begleitet von der Skepsis, ob der „Konzept- und Förderwahn“ am Ende wirklich einen Nutzen bringt. („*Wir wollen eine E-Ladesäule und nicht noch ein Konzept.*“)

Es ist anzunehmen, dass bei den Kernthemen, bei denen die **Kommunen** (zumindest die meisten) noch händerringend nach Lösungsansätzen suchen, auch Akteur/innen für die gemeinsame Arbeit über die AktivRegion mobilisierbar sind. Dabei ist allerdings wichtig, eine glaubwürdige Perspektive zu präsentieren - mit interessanten und entweder erfolgsversprechenden oder neuartigen (vielleicht sogar „revolutionären“) Ansätzen.

Seitens der **Kreise** ist nach aktuellem Stand Interesse zu erwarten, da zumindest den Gesprächspartnern im Rahmen dieser Untersuchung das Fehlen einer übergeordneten, strategischen und auch genaueren Betrachtung der Daseinsvorsorge bewusst ist. Der Kreis Plön will stärker in das Thema einsteigen und die AktivRegion unterstützen; dafür haben Landrätin und Kreistagsvorsitzender sogar ihre Zusicherung gegeben. In welchem Tempo die Strukturen wandlungsfähig sind, ist allerdings noch nicht klar. Die Kreise erhalten zudem Unterstützung seitens KielRegion bzw. Metropolregion Hamburg.

Das **Land** legt in seiner aktuellen Strategie einen der Schwerpunkte auf das Thema Daseinsvorsorge (vgl. Kapitel 3.2). Viele Ansätze fallen in die Kategorie „Stärkung durch Rückbau“, die die Versorgungsqualität vor Ort nicht verbessert (Konzentration, Schließung, Kapazitätsrückbau, Ausbau temporärer Angebote und die Einführung kombinierter Nutzungen oder flexiblerer Organisationsansätze). Allerdings gibt es **auch zukunftsweisende Ansätze**, aus denen für die Region interessante Handlungsansätze, -spielräume und Fördermöglichkeiten erwachsen könnten. So soll die gemeinsame Entwicklung neuer Ansätze und Trägermodelle angeregt werden, um Infrastrukturen aufrechtzuerhalten - und dafür soll den Kommunen mehr Handlungsfreiheit gewährt werden, indem z.B. Standards flexibler gestaltet und rechtliche Hürden abgebaut werden sollen. Die experimentelle Erprobung solcher Ansätze will das Land im Rahmen von Modellvorhaben unterstützen. Schwerpunkte setzt das Land in den Bereichen Digitalisierung, Altenpflege, Kinderbetreuung, Freizeit für Kinder und Jugendliche sowie Vereinswesen.

8.1 Fördermöglichkeiten

Wie in Kapitel 4.1 beschrieben, sind viele Anpassungen der Daseinsvorsorge für die Kommunen finanziell überfordernd - unmittelbar notwendige eher für kleinere, freiwillige und experimentelle auch für viele größere Kommunen.

Einige kleinere Gemeinden äußern, dass sie bspw. integrierte Konzepte trotz der 75%-Förderung des Landes nicht finanzieren können, da die Untergrenze der Förderung bei 12.000 € Projektkosten liegt. Vorbereitende Untersuchungen waren von dieser Grenze in der Vergangenheit ausgeschlossen, allerdings gilt diese Ausnahme nicht mehr. Ungeachtet der individuellen Möglichkeiten sollte die Wiedereinführung dieser Ausnahme wieder in die Diskussion gebracht werden. Die Grenzen sind je nach Fördertopf unterschiedlich, aber das Problem gilt für die meisten Programme.

Fördermittel können allerdings auch **von mehreren Kommunen gemeinsam beantragt werden**, wenn diese ein gemeinsames Konzept beauftragen. Auf diese Weise können Mindestbeträge erreicht und dazu noch Gutachterkosten gespart werden. Außerdem können die wichtigen interkommunalen Zusammenhänge auf diese Weise deutlich gründlicher untersucht werden.

Vielen, vor allem kleineren, Kommunen fällt es schwer, Investitionen zu finanzieren, die für die Sicherung der Daseinsvorsorge oder die Attraktivität der Kommune für essenziell erachtet werden. Fördermöglichkeiten sind häufig nicht vollständig bekannt oder tauchen zu spontan auf, um die Voraussetzungen rechtzeitig zu erfüllen. Es wird empfohlen, wichtige Projekte frühzeitig zu konzipieren, damit die Konzepte, wenn Fördermöglichkeiten auftauchen, bereits in der Schublade liegen. Darüber hinaus ist allerdings die Transparenz der Förderungs- und generell die Unterstützung bei der Findung von Finanzierungsmöglichkeiten für viele Kommunen bisher nicht ausreichend.

Der Kreis Plön bietet eine solche Unterstützung an, allerdings ist das Verhältnis zwischen Kommunen und Kreis bisher nicht gut genug, als dass diese wahrgenommen würde. Der Kreis Ostholstein mit größeren Kommunen sieht den Bedarf eher darin, nicht-öffentliche Organisationen über Fördermöglichkeiten aufzuklären. Es gibt leider keine Möglichkeit, pauschal vorherzusagen, ob eine Maßnahme für Förderung qualifiziert ist oder nicht. Förderfibeln gibt es bereits in vielen Ausführungen, diese werden aufgrund der Komplexität der Strukturen allerdings nicht für nützlich gehalten.

Die Stadt Plön hat eine Stabsstelle Wirtschaftsförderung eingerichtet, die einen Überblick über Förderprogramme und -möglichkeiten behält. Dieser Ansatz könnte auch für andere Kommunen oder Ämter oder auch in Kooperation interessant sein.

8.2 Fortschreibungskonzept

Um die Fortschreibung / Aktualisierung und die sukzessive Erweiterung / Vertiefung des Masterplans Daseinsvorsorge zu sichern, wird folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

- Die **Informationen zur Versorgungssituation** sollten **jährlich** zu einem Stichtag gegengelesen und **auf Aktualität kontrolliert** werden. Die kommunalen Steckbriefe sollten dafür an die jeweiligen Verwaltungen gesandt werden; mit der Bitte um Aktualisierung. Nach Rücklauf kann auf diese Weise auch die Bewertung der Gesamtsituation aktualisiert werden.
- Mit der Etablierung des MPDa **sollte überlegt werden**, die **Bevölkerung** der jeweiligen Kommunen in die Beurteilung der Versorgungssituation und die Entwicklung von Handlungsoptionen **einzubinden** und so möglicherweise auf kommunaler Ebene deutlich detailliertere Bestandserhebungen zu erzielen.
- Dazu könnte auch die **Erhebung einzelner Einrichtungen** inkl. deren Erreichbarkeits-, Qualitäts- und Stabilitätsparametern gehören.
- Der **Gesamtbericht** sollte zudem in regelmäßigen Abständen, bspw. **alle fünf Jahre, von Gutachtern aktualisiert** werden hinsichtlich der demografischen Grundlagendaten, der übergeordneten Planungen.
- Anhand der jeweils aktualisierten Informationen sollte **geprüft** werden, inwiefern sich u.a. **Handlungsbedarfe und -optionen** sowie Fördermöglichkeiten **ändern**.
- Die aktualisierten Ergebnisse sollten den Kommunen mit Hinweisen auf mögliche besonders relevante Neuerung zur Verfügung gestellt werden.

9. 1. *Aktivregion-Forum Lebensqualität und Daseinsvorsorge* – Ergebnisvorstellung

Rund 60 Vertreter aus Gemeinden, Städten, den beiden Landkreisen Ostholstein und Plön sowie des Landes folgten der Einladung zum 1. AktivRegion-Forum Lebensqualität und Daseinsvorsorge. Die vom Unternehmen EBP Deutschland erarbeiteten Ergebnisse des Basismoduls zum Masterplan Daseinsvorsorge wurden vorgestellt und diskutiert.

Andreas Betz, Amtsdirektor des Amtes Hüttener Berge, zeigte zunächst den bereits 2012 begonnenen Wege einer umfassenden regionalen Zukunftsstrategie Daseinsvorsorge auf. Im Ergebnis einer umfassenden Beteiligung wurde diese Strategie in Arbeitsgruppen vertieft und in konkreten Projekten z. B. im Bereich der Mobilität, des Ehrenamtes und des Tourismus umgesetzt. Aktuell wird mit Hüttis digitaler Agenda eine stufenweise Nutzung der wachsenden digitalen Möglichkeiten in den Gemeinden vorbereitet. Als geförderter Modellkommune des Landes werden auch andere Kommunen und Regionen von den Erfahrungen profitieren. Joachim Schmidt bedankte sich bei Herrn Betz für den Mut machenden Vortrag und den Apell für mehr regionales Agieren.

Stephan Kathke von EBP stellte komprimiert die Ergebnisse der Analyse und Bewertungen des Basismoduls zum Masterplan vor. Erstmals liegt ein Überblick über die Gesamtregion vor. Die Gesamtregion verzeichnet insgesamt eine stabile bis positive Entwicklung. Den demographischen Veränderungen und dem in vielen Gemeinden zu verzeichnendem Wachstum müssen durch den vielfältigen Um- und Ausbau der Daseinsvorsorgestrukturen noch stärker Rechnung getragen werden. begegnet Das Nebeneinander von Überalterung und Zuwanderung wird anhalten und weitere kommunale und regionale Lösungen erfordern. Die Themen Lebensqualität + Daseinsvorsorge + Wohnen werden immer stärker „zusammengedacht“. Die in einigen Gemeinden erfolgenden integrierten Gemeindeentwicklungsprozesse bieten allen „Nutzern“ der Daseinsvorsorge eine direkte Plattform für Sorgen, Ideen und die stärkere Identifikation mit „ihrer“ Gemeinde und Region.

In der Schlussdiskussion zum „wie weiter“ ergaben sich drei künftige Schwerpunktthemen, die gemeinsam in der Aktivregion vertieft werden sollen; Mobilität + Wohnen + digitale Kommunen. Seitens des Landes lobte Katrin Kahl vom LLUR die regionale Zusammenarbeit in der Aktivregion und plädierte auch für noch mehr kommunale Entwicklungsprozesse. Die Förderaussichten für daraus abgeleitete Projekte im Bereich der Dorfentwicklung und Daseinsvorsorge sind weiterhin gut, auch durch ein ab 2019 vorgesehenes Instrument ländlicher Regionalbudgets.

Joachim Schmidt bedankte sich bei allen Teilnehmern für das Interesse und die Impulse für eine noch lebenswertere Holsteinische Schweiz als Region zum Bleiben und Kommen. Weitere AktivRegion-Foren werden folgen und sich den vereinbarten Schwerpunktthemen widmen.

sonstige Grafik-Quellen

Aufgrund der Komplexität der grafischen Darstellungen der Versorgungssituation werden die Grafikquellen an dieser Stelle gebündelt aufgelistet:

Symbole für Daseinsvorsorge-Bereiche (freie Lizenzen) von oben nach unten:

- Bus by i cons from the Noun Project
- pipe by Bakunetsu Kaito from the Noun Project
- wifi by Hassan ali from the Noun Project
- Child by Delwar Hossain from the Noun Project
- School by David from the Noun Project
- assembly by Robert Bjurshagen from the Noun Project
- Cap by anbileru adaleru from the Noun Project
- Theater by Travis Beckham from the Noun Project
- Tennis by Dumitriu Robert from the Noun Project
- corner flag by Iain Hector from the Noun Project
- Doctor by Wilson Joseph from the Noun Project
- Firefighter by Gilberto from the Noun Project
- Police Car by jeff from the Noun Project
- cart by Alfa Design from the Noun Project
- gathering points by ani from the Noun Project
- Government by 23 icons from the Noun Project
- Volunteer by Stephen Borengasser from the Noun Project

Symbole für demografische Daten (freie Lizenzen) von oben links nach unten rechts:

- people by Wilson Joseph from the Noun Project
- Grave by Yazmin Alanis from the Noun Project
- Aging Process & Elderly & CEO by Gan Khoon Lay from the Noun Project
- Briefcase by Setyo Ari Wibowo from the Noun Project
- Car by i cons from the Noun Project

Die nicht benannten Grafiken sind lizenzfrei.